



23. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall vom 18. bis 24. Oktober 2015



Gute Arbeit.
Gutes Leben.
IG Metall.

Protokoll Dritter Tag
21. Oktober 2015

Mittwoch, 21. Oktober 2015

3. Tag

Beginn: 9.00 Uhr

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Euch einen wunderschönen guten Morgen! Ich freue mich, Euch heute Morgen zur Fortsetzung unseres Kongresses begrüßen zu können.

Ich bin Bettina Haller, komme aus der Verwaltungsstelle Berlin, aus dem Innovationsbezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen (Heiterkeit - Beifall) und bin die Vorsitzende des Konzernbetriebsrats von Siemens.

Zuerst sind die Geburtstagskinder an der Reihe. Geburtstag hat heute Dirk Schäfer, Verwaltungsstelle Duisburg-Dinslaken. Wo steckt er? - Herzlichen Glückwunsch. (Beifall). Außerdem hat heute Geburtstag Christian Walter, Verwaltungsstelle Mainz-Worms. Auch Dir alles Gute. (Beifall)

Zu uns gekommen ist heute Morgen, sicher um dem Zukunftsreferat von Jörg zu lauschen, Herr Dr. Rainer Dulger, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall. Herzlich willkommen. (Beifall)

Noch etwas Organisatorisches: Wenn die Kollegin Olga Rosiek schon ganz besorgt ist wegen ihrer fehlenden EC-Karte. Diese kann im Tagungsbüro wieder abgeholt werden. (Beifall)

Wir haben gestern unter Beweis gestellt, dass wir nicht nur diszipliniert beraten, sondern auch tüchtig feiern können. Ich denke, das war ein rauschendes Fest. Vielen Dank an die Organisatoren. (Beifall - Pfiffe)

Man sagt mir gerade, inzwischen sei auch Herr Ingo Kramer, der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Arbeitgeberverbände eingetroffen. Auch ihm ein herzliches Willkommen. (Beifall)

Jetzt ist wieder Zeit für Konzentration. Wie Ihr sicher alle noch wisst, haben wir gestern Abend mit der Satzungsberatung geendet. Wir fahren damit aber jetzt nicht fort. Das ist deshalb so, weil wir heute mit dem Zeitplan relativ eng getaktet sind. Die Presse wartet darauf, dass sie nach seinem Zukunftsreferat mit Jörg sprechen kann. Dann erwarten wir heute die Kanzlerin. Bei ihr, so könnt Ihr Euch vorstellen, ist der Zeitplan ebenfalls sehr eng getaktet. Deswegen machen wir Folgendes:

Wir hören jetzt den Jörg mit dem Zukunftsreferat. Und dann schauen wir entsprechend der Tagesordnung nach, wann wir wieder in die Satzungsberatung einsteigen können.

Jörg, wir wollen jetzt den Ablauf auch gar nicht weiter verzögern. Wir sind gespannt auf Dein Zukunftsreferat. Dazu erteile ich Dir das Wort. (Beifall)

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste! Gewerkschaftstage sind Orte der Debatte. Aber am Ende des Tages geht es auch bei einem Gewerkschaftstag darum, sich darauf zu verständigen, was wir gemeinsam in den nächsten vier Jahren angehen wollen. Diesen Verständigungsprozess bereiten wir seit Monaten vor. Anträge und Entschlüsse ebnen ihm den Weg.

Ich danke allen, die diese Programmarbeit bis hierher vorbereitet haben, und setze heute und in den nächsten Tagen hier im Saal auf eine lebendige Debatte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war schon mehrfach Thema dieses Gewerkschaftstags - ich glaube, auch zu Recht, und ich möchte es deshalb auch an dieser Stelle ansprechen -: Im Herbst 2015 reicht unser Blick über die üblichen Themen hinaus. Sigmar Gabriel hat es am Sonntag „die Rückkehr der Politik“ genannt.

Die Flüchtlingskatastrophe hat uns wachgerüttelt. Die Debatten der letzten Wochen haben gezeigt, wer Deutschland als Einwanderungsland sieht und vor allem, was ein jeder darunter versteht. Abenteuerliche Vorstellungen kamen zutage: Einwanderung, Asyl- und Flüchtlingsstatus, Armutsmigration in Europa. Jedes dieser Themen ist für sich eine gesellschaftliche Debatte wert. Und keiner sollte so tun, als habe er eine fertige Antwort parat.

Aber diese unbeantworteten Fragen unserer Gesellschaft kriegen jeden Tag tausendfach Gesichter: die Gesichter der ankommenden Flüchtlinge. Und jedes Gesicht steht für eine eigene individuelle Geschichte: unterschiedliche Herkunftsländer, Sprachen, Kulturen, Religionen, Bildungsstände.

Die Flüchtlinge kommen in ein Land, das auch viele Gesichter hat. Es gibt nicht den Flüchtling, es gibt nicht den Deutschen. Was uns verbindet, ist das Menschsein, und das muss uns zu Humanität und Solidarität auffordern. (Lebhafter Beifall)

Viele Metallerrinnen und Metallerr sind dieser Aufgabe gefolgt. Und das, was ich in den letzten Tagen gehört, gelesen und gesehen habe, macht mich richtig stolz. Das

ist bewiesene Solidarität, Kolleginnen und Kollegen. Und die Metallerrinnen und Metallerr sind ganz vorne dran. (Beifall)

Flüchtlingen und Migranten auf echter Augenhöhe zu begegnen, damit tun sich viele schwer. Viele gleiten stattdessen in Besserwisserei, in Bevormundung und -schlimmer noch - zu oft dumpfem Rassismus ab. Und die Rohheit und Aggressivität der Sprüche - wir haben es gestern in Dresden wieder erlebt - nehmen zu. Jüngst wurde ein Galgen gezeigt, Menschen wurden als „Gelumpe“ und „Viehzeug“ beschimpft. Da darf der Staat nicht mehr zuschauen. Da muss gehandelt werden, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Und wir sagen klar und deutlich: Dem Rassismus keinen Platz in diesem Land! Null Toleranz für Faschisten und Rassisten in den Betrieben, in der Gesellschaft! (Starker Beifall - Pfiffe)

Und wir sagen auch: Verbiertet endlich die Organisationsstrukturen der Hintermänner der Brandanschläge und Menschenjagden gegen Flüchtlinge. Ein Verbot der NPD ist mehr als überfällig, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und gesellschaftliche Integration entstehen und entwickeln sich vor allem in der Arbeit. Arbeit ist der zentrale Platzanweiser in unserer Gesellschaft, auch für Flüchtlinge.

Eine der ersten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Politik war es, die Leiharbeit für Asylsuchende zu öffnen, weil damit - ich zitiere die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung - eine rasche Integration „gerade durch Leiharbeit möglich“ wäre.

Prompt fordern Arbeitgeber niedrigere Einstiegsentgelte für Flüchtlinge, und der Mindestlohn wird in Frage gestellt. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, so nicht! (Beifall)

Sonst würden wir bloß der Logik folgen, die sich spätestens mit der Agenda 2010 fest etabliert hat, die seither an allen Ecken und Rändern des Arbeitsmarktes am gesellschaftlichen Zusammenhalt nagt.

Ich meine das arbeitsmarktpolitische Credo, Arbeit von Menschen, die es eh schon schwerer haben, noch ein bisschen billiger am Markt anzubieten. Gibt es irgendwo ein Problem, dann löse es mit Preisnachlass. Mach ein Schnäppchen daraus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht unser Verständnis von einem fairen Arbeitsmarkt. (Beifall)

Wenn Arbeitgeber Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz anbieten, einen Arbeitsplatz mit Tarif oder auch ein Förderjahr, um zunächst die sprachliche und fachliche Kompetenz für Ausbildung oder Arbeit zu schaffen, dann ist das gut, dann ist es der richtige Weg.

Deutschland sollte sich nur dann Einwanderungsland nennen, wenn es bereit ist, die Menschen und den Wert ihrer Arbeit anzuerkennen. Wir akzeptieren keine Beschäftigungsverhältnisse zweiter Klasse; denn sie machen aus den Beschäftigten Menschen zweiter Klasse. Deshalb wünsche ich mir, dass wir den Flüchtlingen und Migranten als Willkommensgruß zurufen: Eure Arbeit ist so viel wert wie unsere Arbeit. Dafür setzen wir uns ein, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Arbeit und ihre Stellung in der Gesellschaft rückt wieder in den Mittelpunkt der Debatten. Der Autor Thomas Piketty hat mit seinen Thesen, dass dem Kapitalismus ökonomische Ungleichheiten immanent und daher staatliche Regularien unverzichtbar sind, für Aufsehen gesorgt. Allerorten begegnet uns die Einsicht, dass Arbeit im Kapitalismus wie eh und je eben doch im Mittelpunkt der Gesellschaft steht. Das gibt Hoffnung.

Doch welche sichtbare politische Idee formt sich daraus für die zukünftige Entwicklung unserer Arbeitsgesellschaft? Welche Ansätze wollen wir verfolgen? Und woran orientiert sich Politik?

Die aktuelle Politik der Bundesregierung gibt auf diese Fragen keine klare Antwort. Die Politik der Bundesregierung ist trotz der positiven Ansätze von Mindestlohn, der Erweiterung des Entsendegesetzes und der Rente ab 63 im Wesentlichen eines: Sie ist unklar und unentschieden. Trotz der massiven Herausforderungen durch Digitalisierung und der Spaltung der Gesellschaft verliert sie sich im Tagesgeschäft des Klein-Klein.

Die Flüchtlingskrise hält uns gegenwärtig vor Augen, wie sehr insbesondere die CDU/CSU um einen stimmigen Kurs der gesellschaftlichen Teilhabe ringt. Immerhin ringt sie endlich, mag manch einer denken. Ein taugliches Bild fürs Ganze - Fehlangezeigt.

Jede Organisation und jede Gesellschaft braucht aber ein Leitbild. Um Ausgestaltung und Art und Weise mag gestritten werden, aber eine Idee von Ziel und Zweck des Seins und Handelns muss formuliert und im Kern unumstritten sein.

Die Bundesrepublik hat sich immer noch nicht von dem alten Leitbild, dem neoliberalen markt- und wettbewerbsfreundlichen Ungeist der Achtziger- und Neunziger-

jahre verabschiedet. Agenda-Politik und Hartz-Gesetzgebung haben die gesellschaftliche Spaltung durch einen staatlich geförderten Niedriglohnsektor und die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse durch Leiharbeit und Befristungen befördert.

Noch sind wir mit der Reparatur dieser Zeit beschäftigt, sowohl tarif- und betriebspolitisch als auch gesetzgeberisch. Aber das reicht nicht, um nach vorne zu kommen. Und es reicht schon gar nicht, um den Anforderungen der vierten industriellen Revolution gerecht zu werden.

Für eine innovative Gestaltung dieses Mega-Wandels, der die Industriebetriebe und auch alle Dienstleistungsberufe erfasst, benötigen wir eine neue Verständigung über die Arbeit der Zukunft. Deshalb brauchen wir ein neues Leitbild für Wirtschaft und Sozialstaat. Dieses neue Leitbild soll als Kompass dafür dienen, wie wir unsere eigenen Ziele, aber auch unsere Vorschläge in Richtung der Bundestagswahl 2017 formulieren.

Wie sieht das aus? Wie kann das gelingen? Ich setze auf drei Pfeiler.

Erstens: Ich setze auf ein wirtschaftliches Handeln, das sich zur Regulierung bekennt und das freie Spiel der Marktkräfte begrenzt, vor allem bei Themen wie Umwelt, Klima und Arbeitsbedingungen. Auf diesen zentralen Feldern für das Überleben und den Zusammenhalt der Gesellschaft darf es keinen Unterbietungswettbewerb der Unternehmen, keine irrsinnigen Dumpingstrategien geben.

Zweitens: Wir wollen ein sicheres, ein gerechtes und ein selbstbestimmtes Arbeitsleben. Dazu brauchen wir ein neues Normalarbeitsverhältnis, und zwar für alle.

Drittens: Wir setzen konsequent auf eine neue Verzahnung der Handlungsebenen im Sozialstaat. Gesetz, Tarifvertrag und Mitbestimmung, das Handeln des Arbeitsteams und des Einzelnen müssen zusammenpassen. Nur so kommen wir zu einer neuen Sozialstaatlichkeit. Dabei ist Tarifbindung ein zentraler Hebel.

Lasst mich aus meiner Sicht diese Pfeiler erläutern.

Arbeit ist Teil der Ökonomie. Wirtschaftspolitik wirkt daher unmittelbar auf unsere Arbeits- und Lebenslagen.

Wie stellen wir uns eine gute und an den Menschen ausgerichtete Wirtschaftspolitik vor? Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die Arbeit, Gesundheit, Umwelt und Klima dem wettbewerblichen Unterbietungskampf entzieht. Wir wollen eine Wirt-

schaftspolitik, die Innovation fördert und die Lebensverhältnisse der Menschen verbessert, und dazu bedarf es gesellschaftlicher Regulierung. Regulierung und Wettbewerb sind in dieser Perspektive keine Gegensätze. Wettbewerb wird auf die Felder verwiesen, wo er nicht zerstörerisch wirkt. Lasst mich das an zwei aktuellen Themen erläutern.

Metallerinnen und Metaller sind gleichzeitig Produzenten und Verbraucher. Sie sind besorgt um die Belastung der Umwelt, die Endlichkeit der Ressourcen und die Veränderung des Klimas. Deshalb stellen wir kritische Fragen, und es ärgert uns zutiefst, dass auch jenseits der Manipulation von Fahrzeugen bei Volkswagen - das ist eher eine Frage für den Staatsanwalt - die Fahrzeughersteller in diesem Lande vor Bräsigkeit triefen.

Sie machen Angaben über Verbrauch und Emission, die unter unrealen Testbedingungen ermittelt werden, und glauben immer noch, Verbraucher damit überzeugen zu können, und das, obwohl die tatsächliche Feinstaubemission für jeden zu jeder Zeit messbar ist.

Eine Lobbyarbeit, die gegen eine solche Offenlegung agiert, ist kurzfristig und schadet der Branche und damit auch den Beschäftigten nachhaltig. Ich meine gerade jetzt: Die Automobilindustrie muss die realen Verbrauchs- und Emissionswerte ausweisen, und zwar kompromisslos. Wir fordern von der deutschen Automobilindustrie, auch im Interesse der Nachhaltigkeit unserer Beschäftigung, dass sie sich nicht von der Politik treiben lässt, sondern in dieser Frage selbst aktiv nach vorne schreitet, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Hätten wir weltweit die gleichen, möglichst hohen und guten Klima- und Umweltstandards und wären Handelsabkommen darauf angelegt, solche durchzusetzen, wären sie etwas Gutes. Das ist aber in der Regel kein zentrales Thema im Rahmen internationaler Handelsabkommen, etwa von TTIP. Hier gilt eher das Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners, und der ist in diesem Fall bei Arbeitnehmerrechten gleich Null, bei Umwelt- und Klimaschutz nahe Null.

Wir wollen freien und fairen Welthandel. Aber selbst wenn uns die Bundesregierung auf ganzseitigen Anzeigen verspricht: „Eine Absenkung der erreichten Standards wird es nicht geben“, dann kann uns das nicht beruhigen. Was heißt das denn? Das zementiert, dass deutsche Standorte mit Lohndumping konfrontiert sind, etwa durch staatlich sanktioniertes Union-Busting in den Südstaaten der USA. Ein Land, das bis heute die ILO-Kernarbeitsnormen nicht ratifiziert hat, ist kein fairer Handelspartner, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Auch deshalb haben viele Metallerinnen und Metaller, insgesamt 250.000 Menschen, am 10. Oktober in Berlin gegen die TTIP-Verhandlungen demonstriert. Ich danke allen, die nach Berlin gefahren sind, für ihr Engagement. Das war eine beeindruckende Demonstration. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Latte des Klima- und Umweltschutzes ist hoch gelegt, und zwar nicht, damit wir in Europa, in Deutschland erhobenen Hauptes darunter durch gehen können. Richtig ist: Es ist dem Weltklima nicht gedient, wenn sich die Stahlproduktion von Deutschland nach China verlagert. Genauso richtig ist aber auch, dass wir durch Innovationen durchaus in der Lage sind, die Emissionen weiter zu senken, und zwar ohne an Wettbewerbsfähigkeit und damit auch an Beschäftigung zu verlieren.

Die zentrale Herausforderung ist, den richtigen Anspannungsgrad zwischen Innovation für einen besseren Umwelt- und Klimaschutz und der Sicherung von Beschäftigung zu finden. Dies verlangt zwingend die Einbeziehung von Arbeitgebern und Gewerkschaften in diese Aushandlungsprozesse. Das ist auch eine Form der notwendigen Wirtschaftsdemokratie, die wir einfordern, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Wir fordern sie ein etwa in den vor uns stehenden Verhandlungen zur vierten Emissionshandelsperiode. Das ist eine zentrale Frage für die energieintensive Industrie, insbesondere des Stahls.

Regulation ist die eine Seite, Innovation die andere. Auch hier ein Beispiel: Es ist überfällig, dass die Bundesregierung nachzieht, wenn es um die Förderung alternativer Antriebe und der Batterietechnologie in Deutschland geht.

Es ist beschämend, wie inkonsequent die Bundesregierung mit ihrem selbstgesteckten Ziel, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf der Straße zu haben, umgeht.

Wollen wir die gesamte Wertschöpfung des Automobils in Deutschland halten, verlangt dies zwingend, die Batterieherstellung in Deutschland zu industrialisieren. Es ist schon ein Trauerspiel, wie hier die Verantwortung zwischen Fahrzeugherstellern, Zulieferern und Politik hin und her geschoben wird.

Es wird stattdessen abgewartet und zugeguckt, wie sich diese Schlüsseltechnologie dynamisch in Fernost und USA entwickelt.

Wenn die Fahrzeugindustrie nicht das Schicksal der Unterhaltungselektronik erleben will, dann muss jetzt gehandelt werden, und zwar flott, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Nicht nur Produkte verändern sich, sondern auch Prozesse. Die Digitalisierung der Arbeitswelt kommt in mächtigen Schüben, und wir stehen bereits mittendrin.

Was die Arbeitgeber sich dazu ausdenken, wissen wir: Im Mai hat die BDA ein Positionspapier zur „Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt“ verfasst. Im Mittelpunkt stehen Forderungen zum Abbau von Mitbestimmung und Schutzrechten, etwa der Höchstarbeitszeiten.

Ihnen sollten wir das Thema nicht überlassen. Deshalb müssen wir uns dringend einbringen. Denn die Digitalisierung der Arbeit schreitet mit großer Wucht voran, und sie ist für uns von existenzieller Bedeutung.

Die Konturen der Digitalisierung der Arbeitswelt sind bereits zu erkennen: Zugriff auf riesige Datenmengen, realtime und online, Ausbau der Sensortechnik, cyberphysikalische Systeme, Leichtbauroboter, Intelligenz in Produkt und Material. Das ist nicht mehr Science-Fiction, das ist kein Zukunftsszenario, sondern das ist heute Realität. Das sind verfügbare Technologien, die im Begriff sind, die Werkhallen und Büros unserer Betriebe zu verändern.

Die Digitalisierung von Produkten und Prozessen hat weitgehende Folgen für die Arbeit. Einerseits handelt es sich um klassische Rationalisierungstechnologie. Aber zugleich entstehen völlig neue Tätigkeitsprofile und damit auch neue Qualifikationsanforderungen.

Wir fragen: Welche Tätigkeiten fallen weg? Durch welche werden sie ersetzt?

Eins ist aber sicher: Die deutsche Industrie und insbesondere der Maschinenbau müssen das Cockpit der Industrie 4.0 besetzen. Nur so können wir auch die Beschäftigungschancen nutzen, die aus den Innovationen entstehen.

Noch ist unentschieden, ob Digitalisierung zu einer Zunahme von restriktiver, unqualifizierter Tätigkeit oder zu Tätigkeiten mit höheren Qualifikationsanforderungen, mehr Handlungsspielraum und Verantwortung führen.

Steuert und kontrolliert die Maschine den Menschen? Oder unterstützt sie den Beschäftigten, um komplexe Aufgaben zu lösen und Entscheidungen besser zu fällen?

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass eine zukunftsfähige Ökonomie auf qualifizierte Tätigkeiten setzen muss, wenn sie den technologischen Fortschritt schnell auf die Straße bringen will.

Das ist aber kein Selbstläufer. Einmischen ist gefragt. Wir begleiten das im Vorstand, in vielen Verwaltungsstellen beschäftigt Ihr Euch aktiv mit Industrie 4.0, und in immer mehr Betrieben wird der Stand der Digitalisierung von Euch genau unter die Lupe genommen.

Wir sind auf dem richtigen Weg - in den Bezirken, den Bildungszentren, den Verwaltungsstellen und Betrieben. Unser Anspruch ist weitgehend: Die Digitalisierung wird eine Nagelprobe für unsere Betriebs- und Tarifpolitik sein. Zwei Ziele sind unabdinglich:

Erstens: Keiner darf unter die Räder kommen. Das betrifft die Sicherheit des Arbeitsplatzes genauso wie den Erhalt von Qualifikation und Entgelt. Hier sind Tarifverträge und Mitbestimmung gefordert. Unsere bestehenden Verträge und Vereinbarungen werden wir dazu weiterentwickeln müssen.

Und zweitens: Gute Arbeit in der digitalen Arbeitswelt ist möglich – ja, aber nur dann, wenn wir uns einmischen. Unser Pfund ist: Sie brauchen uns. Innovationsstrategien gegen die Belegschaft scheitern. Innovation funktioniert nur mit Eurem Wissen, mit Eurer Erfahrung, mit Eurem Engagement.

Genau hier liegt unsere Chance. Wir müssen Alternativen aufzeigen, Handlungsempfehlungen geben. Wir müssen im Gehen lernen. Und dies tun wir am besten, wenn wir die Belegschaften in diesen Lernprozess einbeziehen. Wir müssen Betriebsräte und Vertrauensleute bezüglich ihrer Möglichkeiten schulen, damit wir uns kompetent im Betrieb einmischen können. - Eine große Herausforderung für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und eine operative Kernaufgabe für die IG Metall!

Ob wir die Chancen der Digitalisierung nutzen können, entscheidet sich auch daran, ob unser Bildungssystem mit der Dynamik der technologischen Veränderung Schritt hält.

In der Vergangenheit war es so: Große technologische Umbrüche fanden ihren Weg in die Fabrik über den Generationenwechsel. Der ältere Facharbeiter musste sich nolens volens mit der CNC-Technologie anfreunden. Aber richtig Einzug hielt CNC erst dann, als die Azubis übernommen wurden, die mit dieser Technologie ab dem ersten Ausbildungsjahr umgehen konnten.

Diese Zeitspannen werden nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies bedeutet zweierlei:

Erstens: Eine breite, fachlich fundierte Berufsausbildung ist auch zukünftig notwendig. Sie ist die Ausgangsbasis für eine erfolgreiche berufliche Entwicklung. Das duale System ist ein Erfolgsmodell und seine Entwicklung ist bei uns, den Sozialpartnern, in guten Händen.

Daneben gewinnt die Hochschule als Ort beruflicher Erstausbildung an Bedeutung. Letztes Jahr begannen erstmals mehr junge Menschen ihre Erstausbildung an einer Hochschule als in der dualen Berufsausbildung - eine Entwicklung, die wir nicht umkehren werden.

Wir sollten unseren Blick deshalb ebenso auf die akademische Ausbildung als Ausbildungsort richten. Auch diese sollten wir mitgestalten. Dort gibt es viel zu tun.

Mir ist besonders die vielgepriesene Vielfalt ein echter Dorn im Auge. Wir haben in Deutschland zurzeit 850 unterschiedliche technische Hochschulabschlüsse, teilweise extrem spezialisiert. Diese Unübersichtlichkeit verwirrt Studieninteressierte wie Arbeitgeber gleichermaßen. Der erfolgreiche Grundgedanke einer verlässlichen und nachhaltigen Basisbildung, der die Berufsausbildung so stark macht, taucht hier fast nicht mehr auf.

Stattdessen leistet sich jedes größere Unternehmen seinen eigenen Studiengang in der nahe liegenden Hochschule, eng abgestimmt auf seine aktuellen Bedürfnisse. Die Folge: Ausbildung gehorcht den kurzfristigen betrieblichen Anforderungen von heute und eben nicht dem gesellschaftlichen Bedarf von morgen.

Die Hochschule ist längst nicht mehr Reproduktionsanstalt des Bildungsbürgertums. Sie soll aber auch nicht Protektorat der Arbeitgeber werden. Die Hochschule ist gesellschaftlicher Ausbildungsort.

Deshalb fordern wir die gleichberechtigte Mitwirkung von Gewerkschaften und Arbeitgebern bei der Entwicklung bundesweit einheitlicher akademischer Berufsbilder und Ausbildungsinhalte. (Beifall)

Die zweite Schwachstelle der beruflichen Bildung ist offensichtlich die berufliche Fortbildung. Hier treten wir seit Jahrzehnten auf der Stelle oder kriechen im Krebsgang.

Die berufliche Fortbildung ist bis heute weitgehend reaktiv ausgerichtet: Fortgebildet wird dann, wenn neue Technik und Abläufe es erzwingen - höchst selektiv: Wer gut qualifiziert ist, wird gefördert, der Rest schaut ins Ofenrohr.

Ich persönlich kann den Spruch vom lebenslangen Lernen nicht mehr hören. (Ver einzelt Beifall) Das ist und bleibt eine hohle Phrase, solange der Anspruch nicht mit Arbeitsorganisation und Personalentwicklung verknüpft ist. Nur dann ist fachliche und berufliche Entwicklung tatsächlich möglich.

Berufliche Entwicklung muss aber ein grundlegendes Arbeitnehmerrecht werden. Sonst haben wir das Ziel weit verfehlt, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Deshalb ist die Bildungsteilzeit so wichtig. Sie öffnet die Tür zur Fortbildung einen Spalt breit.

Nächstes Etappenziel ist es, die Sphären von Arbeit und Lernen stärker miteinander zu verknüpfen. Aus Arbeitsplätzen müssen immer mehr Lernplätze werden, um die Schnelligkeit und Dynamik des Wandels der Arbeitsgesellschaft nachvollziehen zu können. Das ist die Devise, wenn wir uns dieser Herausforderung stellen wollen. Jeder Arbeitsplatz soll zum Lernort umgebaut werden. Erst dann können wir wirklich von Guter Arbeit reden. Denn Gute Arbeit beinhaltet auch Sicherheit für die berufliche Entwicklung, nicht nur heute, sondern auch morgen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die Fragen von Rationalisierung und technologischer Entwicklung prägen die Geschichte der Arbeit und die Geschichte der Gewerkschaften. Die IG Metall begleitet diese Geschichte seit 125 Jahren. Nächstes Jahr feiern wir dieses Jubiläum.

Das sind auch 125 Jahre Ringen um die Gestaltung des Sozialstaats. Auch hier stehen wir wieder vor einer Neuorientierung. Wir brauchen neue Antworten auf neue Fragen. Ohne Gute Arbeit kein gutes Leben! Arbeit steht im Mittelpunkt des Lebens.

Wie soll sie aber aussehen, unsere Arbeit der Zukunft? Und was ist dafür notwendig? Wo können und wo wollen wir mit den Arbeitgebern an einem Strang ziehen? Brauchen wir neue Gesetze? Was können wir durch Tarifvertrag, was durch Mitbestimmung erreichen, was nicht? Sind wir konfliktfähig?

Unsere Mitglieder haben uns auf diese Fragen geantwortet. Unsere Beschäftigtenbefragung im Jahr 2013 hat uns klare Aufträge erteilt. Erstens: Die Beschäftigten wollen sichere Arbeit und Sicherheit im Leben. Und zweitens: Sie wollen, dass es gerecht zugeht - in der Arbeit und im Leben.

Sicherheit und Gerechtigkeit, das sind grundsätzliche, unverrückbare gewerkschaftliche Werte, die wir im Jahr 2015 zu erneuern haben.

Ein drittes Thema wurde uns aufgetragen: der Wunsch nach mehr Selbstbestimmung. Selber Hand anlegen zu können, mitreden zu können, sich einbringen zu können, ernst genommen zu werden, und vor allem, Herr oder Herrin seines eigenen Lebens zu bleiben, auch des eigenen Arbeitslebens: Das ist für viele Beschäftigte heute ein selbstverständlicher Anspruch. (Vereinzelt Beifall) Ohne Selbstbestimmung ist Arbeit keine gute Arbeit, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wenn wir diese Anliegen in unserer Arbeit umsetzen wollen, dann stehen diese drei zentralen Werte - sicher, gerecht, selbstbestimmt - im Mittelpunkt.

Wir müssen dafür nicht alles neu erfinden. Bei vielem sind wir auf dem richtigen Weg. Aber das Bild von Arbeit, an dem wir uns auch tarif- und betriebspolitisch orientieren, das benötigt doch eine Modernisierung. So manchem - auch bei uns - spukt noch ein altes Bild von Erwerbsarbeit im Kopf herum. Das passt aber nicht zu den vorherrschenden betrieblichen Realitäten und erst recht nicht zu den Lebenswünschen der Menschen.

Das Standard-Erwerbsleben der Siebzigerjahre sah so aus: Ausbildung, 40 Jahre beim selben Arbeitgeber, Rente, und überwiegend männlich. Das sieht heute anders aus.

Heute wird kaum ein 20- bis 30-jähriger Mensch ohne Weiterbildung, ohne Kinder- und Familienzeiten und ohne Neuorientierung durchs Berufsleben kommen. Und das spiegelt sich in den Werteorientierungen der Jugend wider. Die aktuell veröffentlichte Shell-Studie resümiert: „Jugendliche wünschen sich Vereinbarkeit von Arbeit, Freizeit und Familie. Dabei geht es vor allem um planbare und verlässliche Gestaltungsmöglichkeiten.“

Deshalb müssen wir unser Bild von Arbeit erneuern, wir sollten nicht eine Arbeit regeln, die weder den betrieblichen Herausforderungen noch den Lebenswünschen entspricht.

Und ganz wichtig: Das alles darf keine Exklusivveranstaltung für gut bezahlte High-potentials werden.

Unser Job ist es, das Ganze so zu organisieren, dass daraus ein Recht für alle wird, ein Recht, das sich dann auch alle leisten können, und zwar unabhängig von Einkommen, Qualifikation und Familienverpflichtungen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Was ist dazu nötig? - Ich sage: Die Strahlkraft des Normalarbeitsverhältnisses, das sich durch sichere Arbeit, geschützt durch Gesetz und Tarifverträge, festes und ausreichendes Einkommen auszeichnet, ist heute bei unseren Kolleginnen und Kollegen noch genauso stark wie gestern.

Damit der Glanz nicht verloren geht, muss dieses Normalarbeitsverhältnis aber neu definiert werden. Ein neues Normalarbeitsverhältnis muss Sicherheit für alle beinhalten, gerade auch, wenn es Brüche und Umorientierungen im Lebenslauf gibt. Das sind die Mindestanforderungen.

Wenn wir sie ernst nehmen, werden sie jedoch zu einer großen Herausforderung. Diese können wir nur gemeinsam lösen, sowohl im Sozialstaat als auch im Betrieb. Nur kollektive Regelungen, Gesetze und Tarifverträge sind in der Lage, allen Beschäftigten Zugang zu diesen Ansprüchen und Sicherheiten zu verschaffen. Individuell geht es nicht.

Ein neues Normalarbeitsverhältnis kann nur zur Norm und zum gelebten Alltag werden, wenn es für alle zugänglich ist.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes wies jedoch in eine andere Richtung: Ausweitung des oft tariflosen Niedriglohnssektors, Leiharbeit, Werkverträge, Befristungen, Praktika, Mini-Jobs. Die Grausamkeiten der Flexibilisierung haben eine offensichtliche Folge: Sie machen unser Sozialsystem kaputt. Denn Erwerbsarbeit ist die Basis unseres Sozialsystems. Und dies soll auch so bleiben.

Beispiel Alterssicherung: Der Anspruch auf eine armutssichere Rente ist richtig. Natürlich ist er das! Aber er ist nur realisierbar mit einem dauerhaft anständigen Einkommen. Das geht nicht mit Minijobs, und – das ist nun auch kein Geheimnis - das geht auch nicht mit dem Mindestlohn von 8,50 Euro!

Unsere Antwort kann aber auch nicht die Kollektivierung der Armut durch ein bedingungsloses Grundeinkommen sein, unsere Antwort ist die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses als Anspruch für alle in dieser Gesellschaft, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wie sicher der Job ist, wie hoch das Einkommen, das entscheidet auch darüber, wie hoch die Rente ist. Arbeit ist und bleibt der zentrale Platzanweiser im Leben. Und das gilt auch im Alter.

Tatsache ist aber auch: Die massive Ausweitung des Niedriglohnssektors ist faktisch ein ungedeckter Scheck in die Zukunft. Die Kosten der sozialen Sicherung werden der nächsten Generation aufgebürdet.

Nein! Diese Entwicklung muss im Interesse von uns allen gestoppt werden, Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen ein gesellschaftliches Umverteilungsprojekt, (Beifall) und dies beginnt mit einer Eindämmung des Niedriglohnssektors auch in unseren Branchen. Daher ist und bleibt ein Schwerpunkt unserer Arbeit, Arbeitsverhältnisse zweiter Klasse zu bekämpfen. Denn viele Werkverträge sind genau das geworden: Arbeitsverhältnisse zweiter Klasse.

Und weil wir es nicht hinnehmen können, dass mitten in der hochprofitablen Metall- und Elektroindustrie ein Niedriglohnsektor entsteht, sagen wir: Schluss damit! Schluss mit dieser Billigstrategie in unseren Betrieben, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Der Missbrauch von Werkverträgen muss beendet werden. Das wäre ein zentraler Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Beschäftigten.

Und diese Forderung werden wir auch massiv an die Politik stellen. Wir wollen, dass das Thema Werkverträge auf die Agenda der Politik jetzt noch im Herbst gesetzt wird. Es ist notwendig, dass wir dort nach vorn schreiten, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und wenn Werkvertrag, dann mit Tarifvertrag, und zwar mit einem, der unseren tariflichen Normen entspricht. Das ist unser Ziel für gerechte Arbeit.

Und wir werden nicht den Arbeitgebern überlassen, ob und mit wem sie Tarifverträge abschließen. Tariffucht vor der IG Metall geht nicht. Wir spielen Hase und Igel: Die IG Metall ist schon da, wenn es um Arbeitnehmerrechte in der Wertschöpfungskette geht. (Beifall)

Bei der industriellen Kontraktlogistik, bei industriellen Services, bei Entwicklungsdienstleistern haben wir große Schritte gemacht. Da werden wir konsequent weiterarbeiten.

Wir hatten in der Vergangenheit Auseinandersetzungen mit Verdi über die zeitliche Zuständigkeit. Abgrenzungsfragen sind nicht immer einfach zu beantworten. Aber es braucht für alle Beteiligten, insbesondere für die Beschäftigten, eine Klarheit, wer innerhalb des DGB für welche Bereiche zuständig ist.

Und ich bin froh, liebe Andrea Kocsis, dass wir kurz vor einer Verständigung zwischen Verdi und IG Metall über die Zuständigkeiten in der industriellen Kontraktlogistik stehen. Nicht die Arbeitgeber, nein, wir, die DGB-Gewerkschaften, bestimmen über unsere Zuständigkeiten, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und es ist wichtig, dass sich die DGB-Gewerkschaften dieser Frage insgesamt angenommen haben. Die alte Organisationsabgrenzung taugt nicht mehr für heute. Wir produzieren hybride Produkte in neuen Wertschöpfungsketten. Das fordert auch den DGB heraus.

Wir brauchen unseren Dachverband als Sprachrohr. Aber er muss neu erfunden werden in seiner inneren Struktur – von seinen Mitgliedsgewerkschaften, also von uns, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ein neues Normalarbeitsverhältnis, das Unterbrechungen durch Bildungs-, Erziehungszeiten abfängt, wird erst dann wirklich „normal“, wenn es auch zur Sicherheit im Alter führt. Dies ist - wie gesagt - heute für viele nicht gegeben.

Die Nettorente für den sogenannten Standardrentner wird ohne Kurswechsel in der Rentenpolitik die 40-Prozent-Marke unterschreiten. 45 Jahre gezahlt und dann gerade an Hartz IV vorbeischrämmt - das ist unerträglich, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Wir müssen die Rentenpolitik auf neue Füße stellen, um Altersarmut zu verhindern.

Schuld an diesem Desaster ist der Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik: Heute wird nicht mehr das Niveau gesichert, sondern der Beitragssatz. Das ist Unsinn – sozial und auch ökonomisch. (Beifall)

Das Dogma des Beitragssatzes verhindert derzeit jegliche ernsthafte Diskussion über ein stimmiges Gesamtpaket in der Rentenpolitik. Beitragserhöhung ist nicht allein die Lösung, aber Teil einer Gesamtlösung. Und seien wir ehrlich: Andere Überlegungen sind gescheitert. Die Riester-Rente müssen wir in der Niedrigzinsphase als historisch gescheitert erklären können. (Beifall)

Es taugt doch nicht, wenn Milliarden von Euro jedes Jahr, auch in diesem Jahr wieder, nur ausgegeben werden, um die Versicherungswirtschaft mit Steuergeldern am Laufen zu halten. (Beifall) Das geht besser. Ich bin überzeugt, dass dieses Geld besser in der betrieblichen Altersversorgung aufgehoben wäre, auch für tarifliche Lösungen. (Beifall) Das sind zwei wichtige Punkte für ein Gesamtpaket zur Rentenpolitik. Ihr findet viele andere mehr im Leitantrag Rente.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Arbeitszeitpolitik ist ein Kern gewerkschaftlichen Handelns. Sie berührt fast alle unsere Politikfelder. Entgeltpolitik und Arbeitszeit sind aufs Engste verwoben. Leistungspolitik ließe sich ohne Arbeitszeitgestaltung nicht konzipieren. Gesundheit und Arbeitsschutz brauchen Arbeitszeitpolitik. Auch

die Vereinbarkeit von privatem und beruflichem Leben entscheidet sich fast ausschließlich über die Lage und Dauer der Arbeitszeit.

Wir dachten lange, mit der 35-Stunden-Woche hätten wir das perfekte Mittel gefunden, all diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Denn die 35-Stunden-Woche war und ist eine brillante Idee. (Beifall) Wir müssen aber auch feststellen, dass sich die 35-Stunden-Woche in der praktischen Anwendung in unserem Organisationsbereich vielfältig entwickelt hat. Punkt 1: Die 35-Stunden-Woche gilt längst nicht für alle Branchen und Regionen dieser Republik. Und Punkt 2: Sie gilt nicht für alle gleich.

Seit dem Tag ihrer Einführung kam sie in unterschiedlichen Formen daher und wurde in unterschiedlichen Bereichen unterschiedlich gehandhabt. Es gab Bereiche, die nutzten sie für den freien Freitagnachmittag, andere entwickelten neue Schichtmodelle, wieder andere verteilten sie regelmäßig und gleichmäßig auf die Werkzeuge.

Und zu oft entschwand sie in Gleitzeitregelungen und tauchte dort als Arbeitszeitguthaben auf, das womöglich am Monatsende gekappt wurde.

So setzte jeder Betrieb oder jede Branche die 35-Stunden-Woche ein bisschen anders um. Unser kollektivstes Projekt ist bei genauem Hinsehen ein Hort großer betrieblicher Vielfalt.

Auch das haben wir lange nicht in den Mittelpunkt unserer arbeitszeitpolitischen Überlegungen gestellt. Vielleicht war es auch nicht nötig, weil jeder sich unter dem Dach der 35 irgendwie gut arrangieren konnte.

Tatsächlich hat sich die Arbeitszeitpolitik in den Betrieben vielfältig und ungesteuert entwickelt, getrieben von den unternehmerischen Interessen, selten von den Wünschen und Bedürfnissen der Beschäftigten.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Die tatsächlichen Arbeitszeiten steigen - trotz Beibehaltung des tariflichen Niveaus.

In nicht tarifgebundenen Betrieben ist diese Entwicklung noch stärker. Die betriebliche Handlungshoheit über die Arbeitszeitpolitik ist in vielen Bereichen verloren gegangen, nicht überall - Gott sei Dank -, aber in vielen. Deswegen sage ich: Wir müssen die Handlungshoheit über die Arbeitszeitpolitik zurückgewinnen, damit wir in diesem zentralen Feld handlungsfähig sind. Das entscheidet sich neben dem Tarifvertrag in der betrieblichen Umsetzung, Kolleginnen und Kollegen. Das ist eine Herausforderung für die IG Metall. (Beifall) Das entscheidet sich nicht erst durch die

Digitalisierung und die Möglichkeiten des mobilen Arbeitens. Deshalb ist die Zeit reif für einen Neustart. Wir alle müssen ehrlich die Frage beantworten: Wie hältst Du es mit der Arbeitszeit?

Ich möchte, dass wir unsere Anliegen und Botschaften zur Neujustierung der Arbeitszeit in einer bundesweiten Kampagne bündeln und in die Betriebe tragen. Und das sage ich sehr unbescheiden: Diese Arbeitszeitkampagne zielt auf nicht weniger als auf die Rückgewinnung der gewerkschaftlichen und der persönlichen Souveränität im Umgang mit der Zeit.

Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Dass Flexibilität gefordert sei, gilt zwischenzeitlich als eine Art Naturgesetz. Dass die Überwälzung des Risikoregimes unternehmerischen Handelns alleine auf die Flexibilität der Beschäftigten erfolgt - so der Soziologe Ulrich Beck -, ist doch keineswegs gottgegeben. Unflexibel zu sein ist zum Schimpfwort geworden.

Der Gegenpol von Flexibilität ist Stabilität. Das ist sehr wohl ein wünschenswerter Zustand für eine Gesellschaft, für wirtschaftliche Prosperität, für die Optimierung unternehmerischer Prozesse und vor allem für die persönliche Lebenslage.

Ist es wirklich nicht zu verhindern, dass der Vertrieb im Stundentakt die Produktionsplanung umwirft, oder hilft da nicht eine bessere Vertriebsplanung? Und welche Ankündigungsfristen sind notwendig, damit der Einzelne stabil seinen Alltag planen kann?

Der schnelle Ruf nach Flexibilität führt uns in eine Sackgasse. Flexibilität ist immer funktional, nie ein Ziel, nie ein Wert an sich. Diese Debatte, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir führen, und zwar nicht abstrakt, sondern konkret, entlang unserer normativen Werte sicher, gerecht und selbstbestimmt. (Beifall)

Gerecht ist, dass geleistete Arbeit erfasst und vergütet wird. Bis heute verfallen aber jährlich Millionen von Arbeitsstunden, weil sie nicht erfasst oder gekappt und gestrichen werden. Diese Praxis ist nicht hinnehmbar. Sie ist eine Missachtung des Werts der Arbeit. Jeder würde sich doch wehren, wenn der Arbeitgeber einseitig das Entgelt kürzt. Jeder Betriebsrat ginge auf die Barrikaden. Aber was ist es anderes, wenn Arbeitszeit verfällt? Es ist doch schizophren, Kolleginnen und Kollegen, wenn wir da nicht mit derselben Bestimmtheit die Bezahlung für geleistete Arbeit einfordern.

Deshalb: Schluss mit dem Verfall von Arbeitszeiten! (Beifall)

Gerecht ist, wenn für das gleiche Entgelt auch die gleiche Arbeitszeit abverlangt wird. Auch hier haben wir noch Unterschiede, etwa zwischen Ost und West. Daher ist und bleibt die Angleichung der Arbeitszeiten und Stundenentgelte in Ost und West kein Versprechen für die ferne Zukunft, sondern Teil einer arbeitszeitpolitischen Kampagne der IG Metall, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Unser zweiter normativer Wert heißt: sicher. Arbeitszeitflexibilität gegen Sicherheit - dies ist die Grundformel einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik, bewiesen in der Krise, bewiesen in vielen betrieblichen Praxisfällen, hinterlegt auch durch die Beschäftigtenbefragung. Hier sagen die Beschäftigten: Flexibilität ja, aber nicht ohne Gegenleistung. Und hier steht ganz oben die Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Tatsache ist, dass in vielen Tarifgebieten unsere Tarifverträge nicht die Werkzeuge beinhalten, um diese Formel wirksam in tarifkonforme betriebliche Regelungen zu bringen; Stichwort: Arbeitszeitkonten, Stichwort: Kurzarbeit mit Zuzahlung.

Ich fordere die Herren von Gesamtmetall und die Mitgliedsverbände von Gesamtmetall auf, in den nun anstehenden Gesprächen zum Thema Arbeitszeit als Allererstes diese Frage endlich für alle Tarifbezirke zu regeln. Es kann doch nicht sein, dass wir heute nach den Erfahrungen der Krise es immer noch schwer haben, Arbeitszeitkonten über Tarifverträge zu sichern und zu regeln, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir müssen uns jetzt, in guter konjunktureller Situation, darauf vorbereiten, dass der Kapitalismus bekanntlich nicht nur Sonnentage kennt, sondern auch stürmische Zeiten. Und für diese Zeiten verlangen wir jetzt Sicherheit, belastbare Regeln und Zusagen.

Und nicht zuletzt unser dritter normativer Wert: selbstbestimmt. Mit der Arbeitszeitkampagne wollen wir der Fremdbestimmung und der freien Verfügbarkeit der Arbeitskraft Grenzen setzen. Wir müssen Lösungen entwickeln, damit die Intensivierung und Extensivierung der Arbeitszeit nicht ständig an Leistungsgrenzen führt, die immer mehr Beschäftigte krank machen. Jeder hat seine biologische Uhr und die verlangt auch einen Knopf zum Abschalten, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das heißt: Nimmt die Arbeit zu, muss Personal her. Und das heißt eben nicht: Wachsende Aufgabenberge müssen durch immer mehr und intensivere Arbeitsstunden bewältigt werden.

Gefordert sind Spielregeln, die den Leistungsdruck an den Bändern durch Zeitvorgaben eindämmen, statt der Gesundheit zu schaden.

Selbstbestimmt heißt auch, dass es Arrangements von Arbeit und Leben gibt, die unsere Bedürfnisse und Notwendigkeiten berücksichtigen. Gleitzeitregelungen sind gut. Aber was ist Gleitzeit, was Mehrarbeit? Unterscheiden wir schon streng genug im Betrieb? Und kann ich auch wirklich freinehmen, wenn ich es brauche, und nicht nur dann, wenn es dem Chef in den Kram passt?

Selbstbestimmung ist nicht nur ein Angestelltenthema. Auch Schichtarbeiter wünschen sich mehr Zeitsouveränität im Alltag. Dass das geht, zeigen gute betriebliche Beispiele. Das geht etwa über eine selbstbestimmte Schichteinteilung der Arbeitsgruppe mithilfe von Smartphone-Apps. Wir stehen dabei noch am Anfang, aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Selbstbestimmt bezieht sich auch immer öfter auf den Arbeitsort. Viele Beschäftigte haben den Wunsch, von zu Hause arbeiten zu können. Nicht ständig, aber einen Tag, zwei Tage in der Woche. Auch dafür brauchen wir Regeln. Sicher ist: Ohne Betriebsvereinbarung, ohne Tarifvertrag geht es nicht. Die Diskussion, was der Gesetzgeber dazu beitragen kann, ist eröffnet.

Wir tun auf jeden Fall gut daran, auch dieses Feld nicht den Arbeitgebern zu überlassen. Und deshalb sollten wir eigene Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitszeitgesetzes vorlegen:

Wie wäre es mit einem Recht auf selbstbestimmte Lage der Arbeitszeit im Rahmen der täglichen Höchstarbeitszeit? Wie wäre es mit einer Verpflichtung zur Erfassung aller geleisteten Arbeit unabhängig von Ort und Tätigkeit? Und wie wäre es mit einem Recht auf Abschalten, Kolleginnen und Kollegen? Lasst uns offensiv in die Debatte gehen und unsere Anforderungen an die Politik formulieren. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Arbeitszeit selbstbestimmt an unsere Lebensphasen anpassen können. Arbeitszeit zu reduzieren, wenn Kinder zu betreuen sind, die Mutter zu pflegen ist oder berufliche Fortbildung angesagt ist. Das verlangt Zeit und Geld, soll der Weg für alle offen stehen. Das verlangt solidarische Lösungen eines Entgeltausgleichs, wenn Arbeitszeit für diese Zwecke verkürzt wird.

Nur so können wir die ungleiche, häufig geschlechterspezifische Verteilung der Arbeitszeit aufbrechen.

Dazu brauchen wir Bewegung im Bereich des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Der Koalitionsvertrag sieht ein Rückkehrrecht nach Teilzeit vor. Wir meinen, das muss auch umgesetzt werden, und zwar noch in dieser Periode, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Diese Gründe rechtfertigen es, der Arbeitszeitpolitik höchste Bedeutung zuzumessen. Für uns sind Fragen der Arbeitszeit auch immer Fragen der Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit in der Gesellschaft. Arbeitszeitpolitik ist nicht nur Kern gewerkschaftlichen Handelns, weil sie alle Bereiche berührt. Arbeitszeitpolitik gehört ins Zentrum der Gewerkschaftspolitik, weil sie Verteilungs- und Gerechtigkeitspolitik ist.

Lasst uns deshalb auf diesem Gewerkschaftstag verabreden, dass wir die Arbeitszeitpolitik in den nächsten Jahren in den Mittelpunkt stellen, betrieblich, tariflich und auch gesellschaftspolitisch. Nur so holen wir uns unsere Zeit zurück. Und wir holen sie uns zurück, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie kann ein neues Leitbild für Wirtschaft und Gesellschaft als gesellschaftlicher Entwurf politische Durchsetzungskraft gewinnen? Wie kann der Sozialstaat - nennen wir es mal Sozialstaat 4.0 - Realität werden. Ich bin davon überzeugt, dass wir dafür konsequent auf eine Verzahnung der Handlungsebenen und der Akteure im Sozialstaat setzen müssen.

Gesetzgebung, Tarifautonomie, Mitbestimmung und Selbstbestimmung sind die Handlungsebenen und Antriebsräder von Wirtschaft und Sozialstaat. Kein Rad allein schafft einen Richtungswechsel. Nur wenn die Räder ineinandergreifen, erlangt unser neues Leitbild gesellschaftliche Relevanz.

Lasst mich dies am Beispiel der Pflegepolitik skizzieren. Es ist schön, dass wir nun theoretisch die Möglichkeit der Pflegezeit haben, sagt der Beschäftigte. Schade nur, denkt er weiter, dass ich mir das praktisch nicht leisten kann.

Erstens. Kann ich mir die Entgelteinbußen leisten? - Nein.

Zweitens. Ich habe auch Angst, dass ich bei meinem Chef in Ungnade falle und nicht mehr auf meinen doch geliebten Arbeitsplatz zurückkehren kann. Kann ich meine Kolleginnen und Kollegen allein mit der Arbeit lassen? Auftragseingänge nehmen keine Rücksicht auf Pflegefälle.

Hier müsste der Betriebsrat das Recht auf Personalausgleich erhalten. Er müsste die Rückkehr mitgestalten, sonst läuft das Gesetz in kleineren Betrieben ins Leere.

Aber das Gesetz kennt bisher nicht mal an einer Stelle das Wort Betriebsrat.

Zu den Entgelteinbußen: Zwar gibt es die Möglichkeit, mit einem Darlehen den Lohnausfall auszugleichen. Aber Schulden machen, wenn man selbst nicht mehr so

lange bis zur Rente hat? Außerdem fehlen die Zeiten der Arbeitszeitreduzierung dann auch in der eigenen Rente.

Ein Tarifvertrag mit solidarisch finanziertem Teillohnausgleich könnte da helfen. Der Teillohnausgleich müsste dann vom Gesetzgeber steuerfrei gestellt werden. Das ist bei jetziger Rechtslage nicht möglich.

Das ist ein Beispiel des integrierten Sozialstaats, wie wir es uns vorstellen. Gesetz, Tarif, Mitbestimmung und die Selbstbestimmung des Einzelnen werden eng verzahnt. Die Räder greifen ineinander, sie bedingen und ergänzen sich.

Das heißt aber nicht, dass immer alles wie geschmiert läuft. Im Gegenteil! Auf jeder Ebene wird dann um Lösungen gerungen. Auf jeder Ebene wird verhandelt. Und so kann auch das Politische des Sozialstaats wieder deutlich sichtbar werden.

Wir haben ein solches Modell bei der Altersteilzeit und bei der betrieblichen Altersvorsorge. Aber es muss erneuert werden, und es muss auf mehr Politikfelder ausgerollt werden. Nur so prägt es den Sozialstaat, der auch in Zukunft auf Arbeit, Tarifautonomie und Mitbestimmung setzt. (Beifall)

Die Alternative - um das auch deutlich zu machen - wäre, Mindestbedingungen gesetzlich zu regeln und alles andere weiter allein zu verhandeln, individuell, jeder für sich. „Setz Dich durch, sei ein echter Marktteilnehmer! Mindestlohn für jeden, aber jeder Euro darüber Verhandlungssache.“ Kolleginnen und Kollegen, wenn wir den Sozialstaat erneuern wollen, ist das nicht unser Modell. Wir brauchen kollektiv abgesicherte Ansprüche und Sicherheiten. Das ist unser Standpunkt für eine gute Sozialstaatlichkeit. (Beifall)

Das geht eben nur mit Gewerkschaften, die nicht Pressure-Group gruppenspezifischer Interessen sind, sondern alle Beschäftigten im Auge haben, Gewerkschaften - lasst mich das mal etwas klassisch sagen -, die sich als Klassenorganisation verstehen.

Wir setzen auf Beteiligung der Beschäftigten, Mitgliederstärke und Tarifbindung. Das ist unser magisches Dreieck, das uns Durchschlagskraft verleiht.

Eine kompetente und durchsetzungsstarke Betriebspolitik braucht Beteiligung. Mitbestimmung ist ein Garant für Beteiligung. Sie wird aber dann besonders wirksam, wenn wir die einzelnen Beschäftigten mit einbeziehen. Entweder direkt oder durch viele Möglichkeiten, unsere Meinung einzubringen, von der Befragung bis zur Abteilungsversammlung, vom Internetblog bis zur What's-App-Gruppe -, die erprobten Methoden sind vielfältig.

Genauso, wie wir die Aushandlungsprozesse im Team, unter Kollegen stärker in den Blick nehmen sollten. Dort werden Meinungen gebildet, dort werden Kompromisse geschlossen. Und dort müssen sich Leute aufeinander verlassen können. Auch hier haben wir, wenn auch teilweise verschüttete, Erfahrungen aus der Gruppenarbeit.

Hier sind unsere Vertrauensleute vor Ort gefordert. Vertrauensleute sind unsere Schnittstelle in die Abteilungen und Arbeitsgruppen. Das heißt mehr als Flugblattverteiler zu sein, mehr als das „Ohr“ an der Belegschaft zu haben. Dazu brauchen Vertrauensleute Freiräume und auch die notwendige Zeit und vor allem Qualifikation, um diese Tätigkeiten, eben Gestalter des Arbeitsprozesses von morgen zu sein, auch ausüben zu können, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Viele Arbeitgeber tun so, als wäre Beteiligung ein Gegensatz zur Mitbestimmung, als könnte man darauf verzichten, wenn es genügend Betriebsklimaanalysen oder 360-Grad-Feedbacks gibt. Das käme ihnen wohl nicht ungelegen, weil diese Form der Beteiligung immer begrenzt ist, auf Spalten und Herrschen setzt, oder auch auf Repression, wenn es eng wird.

Auch hier müssen wir ran. Wir brauchen eine Beteiligungskultur, die von Betriebsräten und Vertrauensleuten getragen wird. Sie muss das Miteinander und solidarische Lösungen in den Mittelpunkt stellen. Gerade jetzt, da wir für viele Fragen der Digitalisierung der Arbeitswelt noch nicht die erprobte Antwort in der Tasche haben. Gerade jetzt, da wir in der Arbeitszeitpolitik unterschiedliche Interessenlagen der Einzelnen zusammenführen müssen. Dazu muss sich die IG Metall auf andere, neue Zielgruppen einlassen und Zielgruppeninteressen mit integrieren.

Ob uns das gelingt, hängt auch damit zusammen, wie wir die Interessenslagen der Jugend aufgreifen. Es wird eine Schlüsselfrage sein. Ja, wir sind die größte Jugendorganisation in Deutschland. Das sollte uns aber nicht selbstgefällig machen, und schon gar nicht bescheiden. Die Interessen von Jugendlichen in der Ausbildung, in ihrer beruflichen Entwicklung müssen offensiv vertreten werden. Sonst tut sich nichts.

Mit der „Aktion Übernahme“ gelang es uns, tarifpolitisch Lösungen zu finden. Die „Revolution Bildung“ unterstützte die Forderung nach Bildungsteilzeit. Das war ein guter Start zum Thema Bildung, aber es reicht bei weitem noch nicht aus. Ich sage es der Jugend noch einmal deutlich: Hängt Euch weiter rein in dieses Thema. Macht weiter, bleibt dran. Bildung ist ein zentrales Thema gerade für unsere Jugend, und es ist ein gutes Thema, um die IG Metall als attraktive Fürsprecherin der Jugend darzustellen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Handlungsstärke und Durchsetzungskraft brauchen Organisationskraft im Betrieb. Die Tore werden im Betrieb geschossen, und zu allererst durch gute Organisationsgrade. Wem sage ich das? Mitgliederstärke ist kein Selbstläufer. Die Erfolge der letzten fünf Jahre sind Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit. Unser Ziel, mein Ziel ist es, dass wir das verstetigen. Dazu müssen wir unsere Neuaufnahmen nochmals deutlich stärken, wollen wir unseren Organisationsgrad nach oben entwickeln.

Unsere Zukunftsanalyse der Mitgliederentwicklung zeigt, wo unsere Potenziale liegen, in welchen Regionen, Beschäftigtengruppen, Betrieben und Branchen, auch in den vielen Betrieben, die wir organisationspolitisch nicht erschlossen haben.

Werkvertragsunternehmen, neue Branchen und Geschäftsmodelle wie Windkraft oder Shares Services, neue Arbeitsplatzansiedlungen von Start-ups, aber auch Beschäftigte in neuen Arbeitsvertragsformen, wie Soloselbstständige oder Crowd Worker, in allen diesen Bereichen wartet die Arbeit auf uns und auf die potenziellen Mitglieder. Und auch das geht nur, wenn wir die Menschen beteiligen an gemeinsamen Projekten daran, Betriebsräte zu gründen, Tarifbindung herzustellen, soziale Rechte durchzusetzen.

Erschließungsarbeit setzt voraus, präsent zu sein. Das werden wir systematisch und professionell angehen. In allen Bezirken werden langfristige und großvolumige Erschließungsprojekte aufgesetzt. Jürgen hat darüber berichtet. Der Vorstand hat 190 Millionen Euro für die nächsten neun Jahre beschlossen.

Unsere Ziele sind es, die regionale Flächenpräsenz der IG Metall zu erhalten. Unsere Verwaltungsstellen und die vor Ort arbeitenden Hauptamtlichen, aber auch die ehrenamtlichen Strukturen sind unverzichtbar, der IG Metall vor Ort ein Gesicht zu geben. (Beifall) Ziel ist es auch, die zusätzlichen Ressourcen bereitzustellen, um die Zahl der Neuaufnahmen weiter zu steigern.

Ich sage bewusst: Es geht um ein Mehr, nicht um den Erhalt des Status quo. Das reicht langfristig nicht aus, um unsere heutige Stärke zu halten. Diese ist zwingend, um tarifmächtig zu bleiben.

Mitgliederstärke und Beteiligung sind Voraussetzung für ein Mehr an Tarifbindung. Die Tarifbindung sank in den Neunzigerjahren dramatisch, auch in den Branchen der IG Metall. Heute sind noch etwas mehr als 50 Prozent der Beschäftigten unseres Organisationsbereichs durch einen Branchentarifvertrag erfasst. Hinzu kommen fünf Prozent durch Haustarif- und Anerkennungstarifverträge.

Anfang der Neunzigerjahre waren es noch über 70 Prozent. Dann begann der freie Sinkflug, den wir erst Anfang dieses Jahrtausends, insbesondere infolge des Pforzheim-Prozesses deutlich abbremsen konnten.

Und es gibt deutliche Unterschiede zwischen Regionen - hier liegt die Flächentarifbindung bei M+E in Bayern bei 70 Prozent, in Sachsen bei 20 Prozent - und zwischen Branchen. Hier liegt die Flächentarifbindung im Fahrzeugbau bei 70 Prozent, in der Möbelindustrie bei unter 30 Prozent und im Kfz-Handwerk bei 20 Prozent.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ - Voraussetzung ist und bleibt die Tarifbindung. Sie ist die Gerechtigkeitsfrage Nummer eins.

Ein Facharbeiter verdiente 2010 - das sind die neuesten Zahlen, die wir haben - in unseren Industriebranchen im Durchschnitt 20,65 Euro, wenn er in einem tarifgebundenen Betrieb beschäftigt war. Ohne Tarifvertrag verdiente er 17,12 Euro. Das sind 18 Prozent weniger.

Der Angelernte mit Tarifbindung hatte einen Stundenlohn von 15,57 Euro, der Angelernte ohne Tarifbindung einen Stundenlohn von 11,20 Euro. Das sind 28 Prozent weniger.

Nicht nur das Niveau driftet massiv auseinander, auch die Wirkung einer solidarischen Lohnpolitik wird hier deutlich sichtbar.

Und was für das Entgelt gilt, gilt auch für Arbeitszeiten, Urlaub und Sozialleistungen. Die Tarifbindung ist eine Gerechtigkeitsfrage. Schaut euch die Entgelte auch im Kontext der ein- und derselben Tätigkeit unserer Wertschöpfungskette an.

Nehmen wir den Materialversorger. Bei Metall und Elektro gibt es einen Stundenverdienst von 15,70 Euro. Hat der Kollege Glück und landet bei einem Werkvertragsunternehmen mit Tarifbindung, dann sind es 11,79 Euro. Das ist weniger, als er nach neun Monaten als Leiharbeiter in der Metall- und Elektroindustrie verdienen würde. Das wären 13,70 Euro. Und landet er bei einem Werkvertragsunternehmen ohne Tarifbindung, was leider üblich ist, hat er nur den Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn.

Wir können und wollen uns mit dieser Entwicklung nicht zufrieden geben. Ob wir erfolgreich die Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen gestalten können, wird durch die Wirksamkeit unserer Tarifverträge bestimmt.

Aktive Entgeltpolitik, Eingrenzung des Niedriglohnsektors und Erhöhung der Tarifbindung, das ist der sinnvolle Dreierpack für eine erfolgreiche Verteilungspolitik

zugunsten der abhängig Beschäftigten in diesem Land, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Hier entscheidet sich Gerechtigkeit im Konkreten. Und es entscheidet sich, ob Tarifverträge und Gewerkschaften bei der Weiterentwicklung des Sozialstaats noch eine gestaltende Rolle haben oder ob sie als Dinosaurier des kollektiven Denkens allenfalls noch Artenschutz genießen, bevor die Regeln unserer Arbeitsgesellschaft jenseits gesetzlicher Mindestsicherung ausschließlich über Marktgesetze bestimmt werden.

Ich meine, es bestehen gute Chancen, diesen Trend umzukehren. Einerseits erkennen Arbeitgeber zunehmend Tarifbindung als ein attraktives Angebot in einem enger werdenden Fachkräftemarkt. So stieg unsere Tarifbindung im Handwerk in den letzten Jahren auch in Branchen, in denen wir teilweise seit Jahrzehnten keinen Tarifvertrag hatten.

Wenn der Zentralverband des Handwerks nun erklärt, dass die Tarifbindung ein wesentlicher Faktor sei für erfolgreiche Handwerksarbeit, dann ist das gut. Durchsetzen müssen wir das aber. Denn jenseits des Erklärens ist der ordnungspolitische Opportunismus der Arbeitgeberverbände offensichtlich: Auf der einen Seite gibt es Sonntagsreden zum Lobe der Tarifpartnerschaft, auf der anderen Seite Werkverträge. Diese kognitive Dissonanz aufzulösen braucht keine psychologischen Bündnisse, es braucht gewerkschaftliche Handlungsmacht, Kolleginnen und Kollegen. Und diese müssen wir organisieren. (Beifall)

Ein Zweites: Die Politik hat die Möglichkeiten der Flächenwirkung von Tarifverträgen verbessert. Die Bedingungen zur Allgemeinverbindlichkeit wurden gelockert und das Entsendegesetz für alle Branchen geöffnet. Jetzt ist allerdings eine entschlossene Umsetzung erforderlich. Und genau hier fordern wir die Politik auf, die Attraktivität von Tarifverträgen für Arbeitgeber wie für Beschäftigte weiter zu steigern, indem sie tarifliche Lösungen unterstützt. Wie das geht, habe ich am Beispiel Pflege erläutert.

Und zum Dritten und vor allem: Wir sind als IG Metall nicht mehr im Krebsgang der Mitgliederzahlen, sondern gewinnen dazu. Wir haben die Kraft, auch neue Branchen und Betrieb in unserer Wertschöpfungskette zu organisieren.

Alle drei Gründe legen es nahe, eine breite Tarifbindung als messbares Ziel unserer IG Metall zu benennen. Wir sagen, ausgehend von diesem Gewerkschaftstag: Die IG Metall stellt sich der Verantwortung, nachvollziehbar und abrechenbar, Jahr für

Jahr die Tarifbindung von Betrieben und Beschäftigten und den Organisationsbereich zu erhöhen: Mehr Mitglieder, mehr Beteiligung, mehr Tarifbindung - das macht erfolgreiche Gewerkschaftspolitik aus, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Gerecht, sicher und selbstbestimmt, damit sind unsere Ansprüche und Erwartungen und damit ist unser Leitbild für Wirtschaft und Sozialstaat abgesteckt. Dies gilt auch für alles Neue, was im nächsten Jahr auch im Vorfeld der Bundestagswahl diskutiert werden wird.

Gerecht, sicher und selbstbestimmt werden wir als Norm und Maßstab aller zukünftigen Politik anlegen. Europa, Migration, Bildung, Rente, Gesundheit, Arbeitszeit, die Politik auf allen diesen Themenfeldern werden wir daran messen. Sehen wir bisher Ansätze der Politik, die in diese Richtung gehen? Wir sehen erste Reparatur-schritte und auch das ernsthafte Bestreben, die Zukunft der Arbeit unter die Lupe zu nehmen.

Was wir aber auch sehen, ist die anhaltende Doppelzüngigkeit der Parteien zur Mitbestimmung. Diese wird als abstraktes Faktum wohlwollend behandelt, als substanzielles Anspruchsrecht jedoch eher mit spitzen Fingern angepackt. Es scheint so, als ob die Forderung nach mehr Mitbestimmung das letzte Tabu wäre.

Aber nicht weniger, sondern mehr und an die Herausforderungen der Zukunft angepasste Mitbestimmung ist notwendig, Kolleginnen und Kollegen. Vom Beschäftigten-Datenschutz bis zu Werkverträgen - eine veränderte Arbeitsgesellschaft braucht auch Anpassungen im Mitbestimmungsrecht.

Der Fall Volkswagen lässt aktuell die einschlägig bekannten professoralen und journalistischen Mitbestimmungsjäger zum Halali rufen. Ich sage dagegen: Volkswagen ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich Eigentum aus der Verantwortung entzieht und sich Mitbestimmung der Verantwortung stellt, aber auch, wie kurzfristiges Profitdenken zum Betrug am Kunden und der Gesellschaft führt.

Deswegen haben wir gestern mit dem Volkswagen-Gesamtbetriebsrat eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die deutlich macht: Nicht wir, es ist das Management, das zu diesen Verfehlungen geführt hat. Deswegen ist der beste Schluss: Mehr Mitbestimmung, nicht weniger ist gefragt. Dafür treten wir auch in der politischen Debatte ein. (Starker Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, Deutschland, aber auch Europa braucht Mitbestimmung und starke Arbeitnehmerrechte. Noch heute leiden Millionen Menschen in den eu-

ropäischen Ländern an den Folgen der Finanzmarktkrise und an einer Krisenbewältigung, die die gesellschaftlichen Folgekosten sozialisiert und damit massiven Druck auf die öffentlichen Haushalte und Sozialsysteme aufgebaut hat.

Diese Form der Krisenbewältigung kommt einer langen Liste von Versäumnissen gleich: Austeritätspolitik, kein nennenswerter Investitionsfonds, Sozialkürzungen statt Strukturreformen, Armut statt Sicherheit, zudem Untätigkeit in der Migrations- und Flüchtlingspolitik und, vermutlich als Folge der vorherigen Punkte, Zersplitterung der Parteienlandschaft und Stärkung ihres rechten Rands. Die dominierenden Lösungskonzepte zur Krisenbewältigung werden von den Bürgerinnen und Bürgern offensichtlich nicht geteilt. Die Lenkungs- und Überzeugungsfunktion der Politik schwindet allerorten.

Ein einheitlicher europäischer Sozialstaat würde den so verschiedenen Nationalstaaten nicht gerecht. Was wir aber brauchen, ist eine verlässliche Übereinkunft der europäischen Länder, dass der grundlegende wirtschaftliche Wandel, der uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bevorsteht, nur mit, ja sogar nur durch einen handlungsfähigen Sozialstaat bewältigt werden kann. Wandel braucht Sicherheit, ansonsten wird die Strahlkraft Europas weiter verblassen.

Das Griechenland-Dilemma ist ein Dilemma der gesamten Europäischen Union. So wie auch die Flüchtlingspolitik ein Dilemma der gesamten Europäischen Union ist. In beiden Fällen hat Deutschland jahrelang zugeschaut – wohl wissend, dass sich die Probleme dadurch nicht in Luft auflösen. In beiden Fällen wird Deutschland als wohlhabendes EU-Land unausweichlich zahlen. So regeln es die grundlegenden Verträge der Union. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein Draufzahlen, wie es oft populistisch heißt, sondern dabei handelt es sich um den vertraglich vereinbarten Mechanismus. Und wer ehrlich ist und rechnen kann, weiß: Für Deutschland heißt dies allenfalls eine Teilrückzahlung der Wohlstandsgewinne, die uns Europa schon brachte. Es geht also eher darum, die Zeche zu zahlen und sich nicht als Zechpreller von dannen zu schleichen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Es wäre den Schweiß eines jeden Bundesministers und eines jeden Abgeordneten in Berlin wert, diese Zusammenhänge aufzuzeigen, statt mit populistischer Agitation auf dem Rücken der Griechen oder auch der europäischen Institutionen um Umfragewerte zu buhlen oder gar weiter aktiv den Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Begrenzung der Tarifautonomie in Europa zu fordern.

Wenn in Europa kollektive Arbeitnehmerrechte geschliffen werden, ist das das Gegenteil eines Zukunftsprojektes, Kolleginnen und Kollegen. Deshalb rufe ich Euch alle auf, bei diesen zentralen und wichtigen Themen für die Zukunft Europas weiter öffentlich Position zu beziehen. Wir wollen ein soziales Europa, ein Europa für die

Menschen, und kein Europa mit sozialer Kälte nach innen und Stacheldraht nach außen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sicher, gerecht und selbstbestimmt - das sind die Eckpfeiler eines neuen Leitbildes für Wirtschaft und Sozialstaat. Dies durchzusetzen, verlangt eine Fokussierung auf die neuen Herausforderungen.

Die Leitanträge dieses Gewerkschaftstages zeigen in diese Richtung. Die Leitanträge zu Arbeitszeit, Werkverträgen und Rente zielen darauf, dass ein neues Normalarbeitsverhältnis zur Normalität für alle Arbeitnehmer wird.

Voraussetzung für die Durchsetzung unserer Forderungen ist Mitgliederstärke, insbesondere bei der Jugend, und die strikte Orientierung auf Beteiligung. Darauf zielen die zwei weiteren Leitanträge.

Wir formulieren selbstbewusst: Die Zeiten schwindender Tarifbindung sind vorbei. Die Kraft der Solidarität, eine starke IG Metall macht es möglich.

Unsere Forderungen richten sich an die Arbeitgeber, aber auch an die Politik. Wir tun das auf der Basis dieses skizzierten Leitbildes: Sicher, gerecht und selbstbestimmt.

Der Gleichklang „Gute Arbeit - Gutes Leben - IG Metall“ - das ist für uns der klare Kompass für unser Handeln in den nächsten Jahren.

Glückauf, Kolleginnen und Kollegen. (Lang anhaltender lebhafter Beifall - die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Lieber Jörg, herzlichen Dank für Deine Rede. Ich denke, jetzt wissen wir alle, was wir zu tun haben. (Beifall)

Der Hauptgeschäftsführer von Südwestmetall, Peer-Michael Dick, der inzwischen eingetroffen ist, weiß nun auch, was auf ihn und seine Kollegen zukommt. (Beifall)

Wir machen jetzt 20 Minuten Pause. Der Kaffee ist wieder auf der Via-Ebene für Euch bereitgestellt, damit Ihr nicht so weit laufen müsst.

Wir machen pünktlich um 10.35 Uhr mit der Satzungsberatung weiter.

(Unterbrechung des Kongresses: 10.15 Uhr)

-

(Fortsetzung des Kongresses: 10.34 Uhr)

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde Euch bitten, jetzt zügig zurück in den Saal zu kommen, damit das genauso gut wie gestern klappt und wir wieder in die Satzungsberatung einsteigen können. Wenn Ihr da draußen noch welche stehen seht, dann gebt denen bitte noch einen kleinen Tipp. Das ist ja jetzt keine große Pause.

Kollegen, bitte nehmt die Plätze wieder ein, damit wir weitermachen können! Ihr habt bisher ein solches Musterbeispiel an Disziplin und Zuverlässigkeit abgeliefert! Auch die, die jetzt noch in den Gängen stehen: Nehmt bitte Platz!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt wieder den Tagesordnungspunkt 10 auf, Satzungsberatung. Noch einmal die Bitte: Wenn Ihr Eure Wortmeldungen abgibt, vermerkt bitte, zu welchem Antrag Ihr sprechen wollt. Das macht es uns leichter, die Wortmeldungen nachher zu sortieren.

Die Satzungsberatungskommission ist bereit, wie ich sehe. Ich rufe jetzt die Satzungsanträge S.013 und S.014 auf und bitte den Sprecher der Satzungsberatungskommission, die Begründung der Empfehlung vorzutragen.

Michael Ebenau, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Schönen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die nächsten beiden Anträge haben wir einen gemeinsamen Block gebildet. Sie richten sich auf die Höhe der Beiträge zur IG Metall und wollen die in einem Detail verändern. Das ist eine Frage, die schon viele Gewerkschaftstage beschäftigt hat.

Der Antrag S.013, den die Verwaltungsstelle Suhl-Sonneberg gestellt hat, möchte eine Änderung der Beitragsregelung für Arbeitslose und Grundsicherungsempfänger. Mit diesem Antragsbegehren würden dann Rentnerinnen und Rentner je nach Höhe der Rente und arbeitslose Mitglieder je nach Form des Arbeitslosengeldes, nämlich Arbeitslosengeld 1 oder 2, in eine unterschiedliche Beitragsstruktur kommen: Die einen bezahlen weiterhin 1,53 Euro und die anderen 0,5 Prozent der Bezüge.

Das können wir aus unserer Sicht, der Sicht der Satzungsberatungskommission, unseren Mitgliedern nicht vermitteln. Wir finden die bisherige Struktur unserer Beitragsregelung sehr nachvollziehbar und sehr klar, dass nämlich Rentnerinnen und Rentner, die bekanntlich dauerhaft im Rentenbezug sind, 0,5 Prozent ihrer Rentenhöhe als Beitrag bezahlen und erwerbslose Mitglieder, die hoffentlich nur zeitweilig erwerbslos sind, für diesen Zeitraum einen Fixbetrag von 1,53 Euro bezahlen.

Deshalb empfehlen wir Euch die Ablehnung des Antrages S.013.

Das Gleiche empfehlen wir für den Antrag S.014 aus der Verwaltungsstelle Oranienburg. Mit deren Antrag sollen Grundsicherungsempfänger - auch wenn sie Rentner sind - auf eine Beitragszahlung von 1,53 Euro verändert werden.

Das würde ganz praktisch bedeuten: Wenn man davon ausgeht, dass ein Anspruch auf Grundsicherung dann vorliegt, wenn das gesamte monatliche Einkommen unter 773 Euro liegt, dann würde bei entsprechender Änderung des Paragraphen 5 Ziffer 2 unserer Satzung beispielsweise eine Rentnerin, die 770 Euro monatliches Einkommen hat, einen Mitgliedsbeitrag von 1,53 Euro leisten und diejenige, die 10 Euro mehr hat, nämlich über 780 Euro liegt, weiterhin 3,90 Euro an Mitgliedsbeitrag zahlen. Das halten wir auch mit dem Solidaritätsgedanken unserer IG Metall für nicht wirklich vereinbar.

Von daher plädieren wir als Satzungsberatungskommission dafür, Mitglieder in gleichen Lebenslagen - Arbeitslosigkeit und Rente - mit der jeweils gleichen Beitragsstruktur - Arbeitslose zahlen weiterhin einen Fixbetrag von 1,53 Euro, Rentnerinnen und Rentner unterliegen weiterhin der prozentualen Verbeitragung - zu behandeln.

Von daher empfehlen wir ebenfalls die Ablehnung des Antrages S.014.

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Michael. - Zum S.013 liegt mir eine Wortmeldung vor. Es hat das Wort der Kollege Olaf Kämpfer aus der Verwaltungsstelle Eisenach mit der Delegiertennummer 178.

Olaf Kämpfer, 178

Auch von mir einen herzlichen guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Jahren hat sich sehr viel im Sozialrecht und in der Gesetzgebung geändert. Das hat natürlich enorme Auswirkungen auf die Arten von Einkommen sowie deren Höhe. Stichworte wie „Grundsicherungsleistungen“ gab es vor 15 Jahren noch nicht. Diese rasanten und tiefgreifenden Veränderungen haben wir jedoch

in unserer Satzung der IG Metall seit vielen Jahren nicht nachvollzogen - so unsere Meinung.

Die pauschale Höhe des Mitgliedsbeitrages für Arbeitslose in Höhe von monatlich 1,53 Euro - ehemals 3 Mark - wird dem solidarischen Gedanken der Beitragsäquivalenz vom zur Verfügung stehenden Einkommen nicht mehr gerecht. Vielfach sind die Einkommen der Arbeitslosen zum Teil deutlich höher als die Einkommen beispielsweise von Rentnern und Rentnerinnen. Dennoch ist der Mitgliedsbeitrag für Arbeitslose dann pauschal geringer.

Das führt insbesondere beim Übergang aus der Arbeitslosigkeit in die Rente zu einer Verringerung des Einkommens unseres Mitglieds bei gleichzeitiger Anhebung des Mitgliedsbeitrags zur IG Metall. Und das wiederum führt bei vielen dieser Mitglieder zum Austritt aus der IG Metall, weil sie das nicht mehr verstehen und als ungerecht empfinden.

In Rückholgesprächen wird die Anhebung des Beitrags bei dieser Mitgliedergruppe als erster Austrittsgrund genannt.

Bei einem monatlichen Beitragssatz von 0,5 Prozent auf Arbeitslosengeld und Rente gleichermaßen könnten Austritte unserer Meinung nach vermieden werden.

Aber „arbeitslos“ ist ja seit den Hartz-Gesetzen auch nicht mehr gleich „arbeitslos“. Da gibt es Arbeitslose mit Arbeitslosengeld nach SGB III und die Grundsicherungsempfänger nach SGB II, also den sogenannten Hartz-IV-Bezieher. Auch bei Rentnerinnen und Rentnern gibt es welche, die ihre Rente mit Grundsicherung zum Leben aufstocken lassen müssen. Selbst sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die ihre geringen Einkommen mit Grundsicherung, also Arbeitslosengeld II, aufstocken lassen müssen, sind bittere Realität.

Auch deshalb gibt es aus unserer Sicht keinen Grund mehr für eine pauschale Besserstellung von Arbeitslosen gegenüber Beziehern anderer Einkommen nach Sozialgesetzbuch.

Allerdings wollen wir an einem pauschalen IG Metall-Beitrag für Grundsicherungsbezieher festhalten, dann aber für alle - sowohl nach Sozialgesetzbuch II als auch nach Sozialgesetzbuch XII. Weil die Anspruchsgrundlagen sowie die Berechnung der Grundsicherungsleistungen für Erwerbsfähige gemäß SGB II und für Nichterwerbsfähige gemäß SGB XII gleich sind, zahlen betroffene Rentnerinnen und Rentner sowie sozialversicherungspflichtige Aufstocker bisher einen überproportional hohen Beitrag.

Um das zu ändern und unsere Satzung in diesem Punkt an die veränderten Realitäten anzupassen, bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Ich danke Dir, Olaf. - Wünscht die Antragsberatungskommission noch einmal das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Ihr erinnert Euch noch daran: Wir stimmen über die Anträge einzeln ab, und wir stimmen über den Antrag ab.

Ich rufe jetzt also den Antrag S.013 auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind einige wenige. Wer den Antrag ablehnen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das ist eine ganz deutliche Mehrheit. Möchte sich jemand enthalten? - Einige wenige. Damit ist der Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

Jetzt rufe ich den Antrag S.014 auf. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind wieder einige wenige. Wer den Antrag ablehnen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Möchte sich jemand enthalten? Damit ist der Antrag bei wenigen Enthaltungen mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Anträge S.015 und S.016 auf.

Michael Ebenau, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Wir haben auch die Anträge S.015 und S.016 zu einem Block zusammengezogen, weil sie beide den gleichen Sachverhalt betreffen, nämlich Paragraf 5 Ziffer 7 unserer Satzung, Mitgliedsbeitrag bei Wehr- und Zivildienst. Paragraf 5 Ziffer 7 regelt die Beitragsfreiheit bei Wehrdienst, Wehrdienstpflicht oder Zivildienst. Dieser Paragraf bedarf der Anpassung an die aktuelle Rechtslage, weil unsere Satzung seit einiger Zeit der Rechtslage nicht mehr entspricht;

denn der bisherige Wehrdienst, wie er in der Satzung noch beschrieben und bezeichnet wird, wird seit dem 1. Juli 2011 nur noch von Freiwilligen versehen. Die Wehrpflicht in der bisherigen Form gibt es nicht mehr. Sie ist gesetzlich ausgesetzt worden.

Frauen und Männer können sich aber verpflichten, einen freiwilligen Wehrdienst zu leisten, nach Paragraf 58 b Soldatengesetz bis zu 24 Monaten. Dieser sogenannte

freiwillige Wehrdienst ist jedoch zu unterscheiden vom Dienstverhältnis eines Berufssoldaten, der sich freiwillig verpflichtet, auf Lebenszeit Wehrdienst zu leisten, und auch zu unterscheiden vom Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit, der sich für länger als 24 Monate verpflichtet.

Auch der Zivildienst ist damals verändert und durch einen Bundesfreiwilligendienst für Menschen jeden Alters ersetzt worden. Jungen Menschen bis zum Alter von 27 Jahren steht darüber hinaus die Teilnahme an Jugendfreiwilligendiensten - Freiwilliges Soziales Jahr oder Freiwilliges Ökologisches Jahr - offen.

Die Satzung bedarf von daher einer Anpassung an die aktuelle Rechtslage und die veränderten Möglichkeiten des freiwilligen Wehrdienstes beziehungsweise des Bundes- oder Jugendfreiwilligendienstes.

Der Antrag S.016 verfolgt ein ähnliches Anliegen wie der Antrag S.015, würde aber die Beitragsfreiheit nur auf diejenigen beschränken, die einen geregelten freiwilligen Dienst im In- oder Ausland leisten. Die Wehrdienstpflicht ist aber nicht vollständig abgeschafft, sie ist nur gesetzlich ausgesetzt worden.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir empfehlen Euch daher die Annahme des Antrags S.015 und in der Konsequenz die Ablehnung des Antrags S.016.

Das ist eine schwierige Materie.

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Michael. - Zum Antrag S.015 liegt mir eine Wortmeldung vor. Das Wort erhält der Kollege Danny Mehring, Verwaltungsstelle Halle-Dessau, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, mit der Delegiertennummer 276.

Danny Mehring, 276

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie gesagt: Ich komme aus der Verwaltungsstelle Halle-Dessau. Ich bin Betriebsratsvorsitzender der Fahrzeugtechnik Bahnen Dessau GmbH. Es ist heute das erste Mal, dass ich vor so vielen Menschen spreche.

Wir aus der Verwaltungsstelle Halle-Dessau wollen mit unserem Antrag die Änderung eines bestimmten Absatzes in Paragraph 5 Ziffer 7 erreichen. Wie Ihr sicherlich schon gehört habt, wurde die allgemeine Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 ausgesetzt. Die genannte Regelung in Paragraph 5 ist nicht mehr zeitgemäß.

Auch unsere Mitglieder sehen sich mit den gesellschaftlichen Anforderungen der modernen Lebenslaufgestaltung konfrontiert. Sie engagieren sich zunehmend in freiwilligen Diensten. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, einen freiwilligen Dienst im In- oder Ausland zu absolvieren. Ich nenne beispielsweise das FSJ, FSJ Kultur, FSJ Politik, FSJ Sport, FSJ Denkmalpflege, FÖJ, den Europäischen Freiwilligendienst, einmal „weltwärts“, einmal „kulturweit“, den ADiA und den Bundesfreiwilligendienst.

Einige dieser Dienste waren auch anerkannte Ersatzdienste für den in der Satzung genannten Zivildienst. Momentan gibt es allerdings in unserer Satzung keinen Hinweis darauf, wie hoch der monatliche Gewerkschaftsbeitrag während eines freiwilligen Dienstes ist. Die Höhe der geringen Aufwandsentschädigung - wie zum Beispiel Taschengeld, Verpflegung, Unterkunft - variiert. Dazu werden je nach dem freiwilligen Dienst unterschiedlich die Sozialversicherung und weitere anfallende Kosten wie zum Beispiel die Reisekosten oder die Auslandsrankenversicherung und so weiter übernommen.

Um dieses gesellschaftlich notwendige und sinnvolle freiwillige Engagement dem bisherigen Zivildienst gleichzustellen, sehen wir eine Satzungsänderung für nötig an. Wenn nun mehrheitlich der Empfehlung der Satzungsberatungskommission auf Annahme des Antrags S.015 gefolgt wird, können wir damit durchaus leben.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss gleichzeitig auch klar sein, dass bei der zukünftigen Formulierung Jugendfreiwilligendienste auch die unterschiedlichsten Formen im In- und Ausland gemeint sind. - Vielen Dank. (Beifall)

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und zwar zuerst über den Antrag S.015. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das ist eindeutig die notwendige Mehrheit. Ich frage trotzdem: Wer möchte den Antrag ablehnen? - Ich habe eine Gegenstimme gesehen. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe keinen. Dann ist dem Antrag damit zugestimmt.

Ich rufe jetzt den Antrag S.016 auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind einige wenige. Wer möchte den Antrag ablehnen? - Das ist eindeutig die notwendige Mehrheit. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe keinen. Dann ist der Antrag hiermit abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Antrag S.017 auf. Es gibt einen Sprecherwechsel bei der Satzungsberatungskommission. Ich erteile Thorsten Gröger das Wort.

Thorsten Gröger, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch von mir einen wunderschönen guten Morgen. Mein Name ist Thorsten Gröger. Ich bin Erster Bevollmächtigter der IG Metall Nienburg-Stadthagen. Wie man am Namen der Verwaltungsstelle erahnen kann, sind wir eine Fusionsverwaltungsstelle. Die Verwaltungsstelle liegt in Niedersachsen. Folglich gehören wir zum Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, den ich hiermit ganz herzlich grüße. (Beifall)

Ich habe jetzt die Aufgabe, Euch sozusagen das nächste Paket an Anträgen samt unserer Empfehlung und Begründung zu überreichen. Dieses Paket umfasst die Anträge 17 bis 23.

Ich beginne mit dem Antrag S.017. Bei diesem Antrag verfolgt die Antragstellerin die Idee, die Seniorinnen und Senioren in den Gremien der IG Metall stärker zu beteiligen. Diese Idee soll so umgesetzt werden, dass ein neuer Paragraph 13 a in die Satzung eingefügt wird. Ein zusätzlicher Paragraph 13 a würde sich aber auf den bisherigen Paragraphen 13 unserer heutigen Satzung beziehen. In Paragraph 13 geht es um den verbindlichen Mindestanteil von Frauen in den Gremien unserer IG Metall. Insofern passt das Anliegen der Antragstellerin nicht zur Zielsetzung des Paragraphen 13.

Ich sage auch deutlich: Wir teilen natürlich grundsätzlich das Anliegen inhaltlich und die Ziele inhaltlich. Aber auch schon heute lässt die Satzung eine stärkere Beteiligung von Seniorinnen und Senioren zu. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sollten wir nutzen. Eine Erweiterung der Satzung an dieser Stelle ist aus unserer Sicht nicht erforderlich. Folglich empfehlen wir Euch die Ablehnung dieses Antrags.

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank. - Ihr habt die Argumente gehört. Mir liegen zu diesem Antrag keine Wortmeldungen vor. Wir können also sofort in die Abstimmung einsteigen. Wer ist für die Annahme des Antrages S.017? Ich bitte um das Kartenzeichen. - Das sind einige wenige. Wer möchte den Antrag ablehnen? - Das ist ganz eindeutig die erforderliche Mehrheit. Wer möchte sich enthalten? - Ich sehe von hier aus niemanden. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf den Antrag S.018.

Thorsten Gröger, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Vertrauensleute sind das wichtigste Bindeglied zwischen den Mitgliedern in den Betrieben und der IG Metall als Organisation. Sie

sind die Repräsentanten der IG Metall, und sie sind die Träger der gewerkschaftlichen Betriebspolitik.

Die Antragstellerin möchte mit ihrem Antrag die Ziffer 4 b) im Paragraph 14 der Satzung um eine entsprechende Formulierung zu den Aufgaben und der Stellung der Vertrauensleute erweitern. Der Text des Antrages ist inhaltlich auf jeden Fall zu unterstützen. Aber Paragraph 14 Ziffer 4 befasst sich ausschließlich mit den Aufgaben des Ortsvorstands. Daher wäre dieses sicherlich wichtige Anliegen an dieser Stelle nicht richtig platziert. Dieses Anliegen müsste als eigenständiger neuer Punkt in die Satzung aufgenommen werden.

Deshalb, nicht weil wir das inhaltliche Anliegen etwa nicht teilen, sondern weil es an dieser Stelle nicht passt, empfehlen wir die Ablehnung dieses Antrages.

Später im Rahmen der Entschließung 2 zur Betriebs- und Tarifpolitik und zum Leit-antrag „Beteiligungsgewerkschaft IG Metall“ und auch einigen Anträgen dazu dürfen wir gemeinsam die Ausrichtung der IG Metall hin zur Beteiligungsgewerkschaft diskutieren und entscheiden. Da haben wir die Chance, einen Prozess auf den Weg zu bringen, um auch über die Stärkung der Rolle der Vertrauensleutearbeit neu nachzudenken, und in der Konsequenz auch über die Frage, ob, wie und an welcher Stelle die Vertrauensleutearbeit in der Satzung und in den Richtlinien zukünftig zu verankern ist.

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank. - Ihr habt die Empfehlung der Satzungsberatungskommission gehört. Mir liegen zu diesem Antrag keine Wortmeldungen vor. Wir können also sofort in die Abstimmung einsteigen. Wer dem Antrag S.018 zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind einige wenige. Wer möchte den Antrag ablehnen? - Das ist eindeutig die erforderliche Mehrheit. Wer möchte sich enthalten? - Bei wenigen Gegenstimmen und einzelnen Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

In Abstimmung mit der Satzungsberatungskommission unterbrechen wir jetzt die Satzungsberatung. Weil im nächsten Block die Anträge S.019, S.020, S.021 und S.022 gemeinsam aufgerufen werden und wir dazu auch einige Wortmeldungen haben, werden wir damit erst heute Nachmittag weiter machen.

Wir haben jetzt folgende Situation mit einem engen Zeitplan zu lösen, den wir auch einhalten müssen. Ihr wisst, dass als nächster Tagesordnungspunkt auf der Agenda steht, dass die Bundeskanzlerin kommt. Sie soll um 13 Uhr zu uns sprechen. Dazu müssen wir ein paar Voraussetzungen erfüllen.

Ihr müsst bitte pünktlich um 12.45 Uhr Eure Plätze hier bereits wieder eingenommen haben. Denkt bitte daran, dass Ihr dafür genug Zeit einplant, weil es aus Sicherheitsgründen am Eingang zu Stockungen kommen kann, etwa weil jemand doch noch eine Tasche dabei hat, in die die Sicherheitsleute noch reingucken wollen. Größere Taschen bitte im Raum lassen. Ihr werdet sie nachher nicht mit reinbringen können.

Denkt also bitte daran, die Zeit so zu planen, dass Ihr rechtzeitig hier seid, damit dann reibungslos alles funktioniert. Ihr könnt Euch vorstellen, welchen Aufwand es für Sicherheitspersonal und Zeitplan bedeutet, wenn die Bundeskanzlerin kommt.

Deshalb sind wir heute - der eine oder andere hat ja auch vielleicht heute Nacht nicht allzu viel Schlaf bekommen - mit der Mittagspause etwas großzügiger mit Euch. Wir treten jetzt in die Pause ein, wenn Ihr mir versprecht, dass Ihr dann wirklich um 12.45 Uhr alle wieder hier im Saal sitzt. (Beifall)

Dann habe ich noch einen Hinweis für alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen von Daimler. Die treffen sich jetzt gleich hier vorne. Ihr sollt fotografiert werden.

Schöne Pause; bis nachher.

(Unterbrechung des Kongresses: 11.05 Uhr)

•

(Fortsetzung des Kongresses: 12.53 Uhr)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Zeit genutzt, uns noch einige schöne Bilder vom Vortag anzuschauen. Ich muss aber noch weiter um Eure Geduld bitten.

Zunächst finde ich es fantastisch, dass Ihr alle wieder ganz pünktlich hier erschienen seid. Die Kanzlerin hat nun mal die höchste Sicherheitsstufe; dem müssen wir Rechnung tragen. Wir haben sie eingeladen und wollen ihre Position hören, auch wenn wir sicherlich nicht mit allem übereinstimmen werden. Das ist ganz klar; denn dazu sind wir zu unterschiedlicher politischer Auffassung. Aber ich denke, wir werden sie hier mit Respekt empfangen. In Empfang nehmen werden sie Jörg Hofmann und Detlef Wetzell. Diese werden die Kanzlerin dann hier nach oben begleiten.

Ich muss Euch sagen, dass die Kanzlerin um 13 Uhr erwartet wird. Dann sind 40 bis 45 Minuten für sie eingeplant. Danach wird sie auch gleich wieder unseren Kongress verlassen. Normalerweise ist es üblich, dass Jörg Hofmann als unser Erster

Vorsitzender noch eine Erwiderung gibt. Aber das lässt ihr getakteter Zeitplan leider nicht zu. Dafür müssen wir Verständnis haben. Aber die Kanzlerin wird kommen, und das wird unserem Kongress auch gerecht; denn wir sind die größte Einzelgewerkschaft der freien Welt. Deswegen ist es auch gut, wenn die Kanzlerin zu uns kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade habe ich die Information bekommen, dass die Bundeskanzlerin eingetroffen ist. Sie wird sich nun direkt auf den Weg in diesen Kongresssaal begeben. Zwischendurch gibt es allerdings noch einen kleinen Fototermin. Ihr seht, auch hier vorne ist bereits die Presse versammelt, sind die Fotografen und Kameramänner bereit. Auch dadurch wird es noch eine kleine Verzögerung geben.

Dann wird Jörg Hofmann die Bundeskanzlerin begrüßen, und im Anschluss daran, wird sie dann ihre Rede vor unserem Kongress halten. Ich bitte also noch um ein wenig Geduld. Aber dann geht es los. - (Die Bundeskanzlerin betritt in Begleitung von Jörg Hofmann und Detlef Wenzel den Kongresssaal)

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender

Frau Bundeskanzlerin! Wir haben in den letzten Tagen intensiv über das Thema Flüchtlinge debattiert. Ihre eindeutige Haltung in der Flüchtlingskrise steht als Stichwort für das engagierte, für das aufgeklärte Deutschland. Sie sagten - ich darf Sie zitieren -: „Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.“ (Starker, anhaltender Beifall - Pfiffe)

Mit dieser klaren Haltung unterstützen Sie die vielen Helferinnen und Helfer, die die Flüchtlinge in unserem Land willkommen heißen. Dieser Satz hat gutgetan.

Die Flüchtlingsfrage bewegt auch unseren Gewerkschaftstag, vor allem die Frage: Wie gestalten wir die Integration?

Auch für Flüchtlinge, auch für Migranten ist Arbeit der zentrale Platzanweiser in der Gesellschaft. Es ist gut, wenn sich Arbeitgeber und IG Metall gemeinsam bemühen, zusätzliche Ausbildungsplätze und Praktika bereitzustellen.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Sie sind heute zum vierten Mal als Regierungschefin bei uns. Aber auch schon als Generalsekretärin und Fraktionsvorsitzende haben Sie auf unseren Gewerkschaftstagen die Politik der CDU erläutert. Ihre häufige Teilnahme ist fast rekordverdächtig. Ich weiß nicht, wie viele Delegierte in diesem Raum mithalten können. Nicht so viele.

Frau Bundeskanzlerin, ich begrüße Sie herzlich auf diesem Gewerkschaftstag der IG Metall. Seien Sie willkommen in der Welt der Mitbestimmung. (Beifall)

Mitbestimmung - das heißt Demokratie in den Betrieben. Dafür stehen die 80.000 Betriebsräte und 55.000 Vertrauensleute der IG Metall täglich ein.

Frau Bundeskanzlerin, als Sie vor zwei Jahren auf unserem Außerordentlichen Gewerkschaftstag zu Gast waren, standen CDU und SPD kurz vor Abschluss des Koalitionsvertrages. Bis jetzt, auf halber Strecke der Legislaturperiode, hat die Bundesregierung einiges umgesetzt, hat Wort gehalten: der Mindestlohn, Allgemeinverbindlichkeit, das Rentenpaket. Einiges steht noch aus, so das Rückkehrrecht aus Teilzeit. Wir erwarten, dass die Koalition dies ebenso umsetzt wie ihre Ansage, Leiharbeit und Werkverträge neu zu regeln. (Beifall)

Wir wollen nicht, dass unsere Industriebetriebe zerfallen in zwei Welten: auf der einen Seite die Beschäftigten mit Tarifverträgen, auf der anderen Seite die Beschäftigten oft ohne Mitbestimmung und Tarifvertrag in prekären Situationen.

Um daran substantiell etwas zu ändern, brauchen wir die Unterstützung der Politik. Unser Ziel ist es, den Sozialstaat weiterzuentwickeln. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Wandel Sicherheit braucht. Die Menschen sollen hier sicher und selbstbestimmt leben und arbeiten können. Und gerecht soll es zugehen in Deutschland. Dafür steht die IG Metall. Wir setzen darauf, dass Sie uns dabei unterstützen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben das Wort. (Beifall)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin

(Das Rednerpult wird heruntergefahren) So klein bin ich auch nicht. (Heiterkeit) Vor allen Dingen bin ich kurzsichtig, und wenn das Pult zu weit unten ist, kann ich die Schrift nicht mehr lesen. Aber es klappt gerade noch so.

Sehr geehrter Herr Hofmann, sehr geehrter Herr Hoffmann, sehr geehrter Herr Wetzell, sehr geehrter Herr Kramer! Liebe Delegierte und Gewerkschaftsmitglieder! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste des IG Metall-Gewerkschaftstages! So vielseitig die Themen bei Ihnen sind, so vielseitig ist natürlich der Ort, an dem Sie sich versammeln. Hier in Frankfurt eröffnet mal eine große Industrieschau ihre Pforten, dann die Buchmesse, oder es ist eben ein Gewerkschaftstag.

Die Vielseitigkeit ist, glaube ich, auch ein Kennzeichen unserer Zeit. Deshalb freue ich mich, dass Sie mich auch dieses Mal wieder eingeladen haben, damit wir den

Dialog zwischen Politik und Gewerkschaften nicht nur in den kleinen Kreisen führen, wie wir das relativ regelmäßig machen, sondern auch hier bei Ihrem Gewerkschaftstag.

Bei Ihnen gibt es auch Wandel und Veränderung. Um die Vorstandswahlen noch einmal in Erinnerung zu rufen: Lieber Herr Hofmann, ich gratuliere Ihnen ganz, ganz herzlich zu Ihrer Wahl zum Ersten Vorsitzenden der IG Metall. Herzlichen Glückwunsch! Viel Kraft! Halten Sie die Truppe zusammen. Dann haben wir es in der Politik einfacher, wenn wir nur eine Meinung von einer Gewerkschaft hören. Es gibt immer noch viele andere, aber der DGB versucht ja dann, die Gewerkschaften wieder zusammenzuhalten. Auch dafür viel Glück. Also mein herzlicher Glückwunsch. (Beifall)

Natürlich möchte ich mit Frau Benner auch erstmals eine Frau in der Führungsspitze beglückwünschen. Das ist für die IG Metall eine tolle Sache. Auch auf gute Zusammenarbeit, liebe Frau Benner! (Beifall)

Natürlich auch allen anderen gewählten Vorstandsmitgliedern mein Glückwunsch und mein Wunsch auf gute Zusammenarbeit.

Was für den einen der Neuanfang ist, ist für den anderen der Abschied. Lieber Herr Wetzel, als Erster und zuvor als Zweiter Vorsitzender haben Sie an maßgebender Stelle die Geschicke der weltweit größten Einzelgewerkschaft - man muss es immer wieder sagen - gelenkt. Sie waren und sind Gewerkschafter mit Leib und Seele. Auch mit dem Amtswechsel lässt sich das nicht einfach wie eine Jacke ablegen, sondern ich glaube, Sie bleiben das auch. Deshalb für Ihre Zukunft alles, alles Gute - und danke für eine immer offene, faire Zusammenarbeit. Alles Gute! (Beifall)

Dass Sie sich über die eigentliche oder reine Gewerkschaftsarbeit hinaus gesellschaftlich einbringen, zeigt auch Ihr Motto für diesen Gewerkschaftstag. „Gute Arbeit“ - so weit, so gut. Aber eben auch „Gutes Leben“, was ja noch darüber hinausgeht, und „IG Metall“. Darin zeigt sich auch, dass Sie den Austausch mit der Gesellschaft pflegen.

Ich will ausdrücklich sagen, dass sich die Sozialpartnerschaft in Deutschland nun wahrlich bewährt hat, das auch deshalb, weil Sie als IG Metall die Frage immer mitgeprägt haben: Was macht gute Arbeit aus?

Gute Arbeit sorgt für angemessenes Einkommen. Gute Arbeit sorgt für Selbstverwirklichung und trägt damit zur allgemeinen gesellschaftlichen Zufriedenheit bei. Wenn wir uns die Welt insgesamt anschauen, dann können wir, glaube ich, mit Fug und Recht sagen, dass wir in Deutschland in jedem Fall relativ gute Arbeit haben.

Die Zahlen sprechen für sich. Wir haben ein Rekordjahr, was die Erwerbstätigkeit insgesamt angeht. Aber ich freue mich auch darüber, dass wir ein Rekordjahr haben, was die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse angeht.

Ich glaube, wir freuen uns alle gemeinsam - weil das für die Gewerkschaften auch immer wieder ein ganz wesentlicher Punkt ist - dass die Jugendarbeitslosenquote in Deutschland die geringste in ganz Europa ist.

Dennoch dürfen wir nicht darüber hinweg sehen - und das sage ich ausdrücklich -, dass wir noch fast 3 Millionen Arbeitslose in Deutschland haben. Wir dürfen nicht nachlassen, gerade diesen, vor allen Dingen auch den Langzeitarbeitslosen, Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Die europäische Mobilität, jetzt auch sicherlich die Frage von Zuwanderung und Flüchtlingen, kann leicht dazu führen, die aus dem Blick zu verlieren, die zum Teil noch in relativ jungen Jahren langzeitarbeitslos sind. Wir wissen in Deutschland, dass es dann auch immer schwieriger wird, in eine Beschäftigung hinein zu kommen. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir dieses Problem nicht aus dem Blick verlieren.

Wir haben Wort gehalten, was die Frage des Mindestlohns angeht. Dem vorausgegangen sind viele Diskussionen. Aber es hat ja geklappt. Das war ein Herzensanliegen der IG Metall und der Gewerkschaften insgesamt.

Ich bin zufrieden, dass die Mindestlohnkommission die weitere Entwicklung des Mindestlohns begleitet. Ich glaube, darin drückt sich aus, dass wir generell der Meinung sind, dass Lohnfindung besser bei den Tarifpartnern aufgehoben ist als in der Politik. (Vereinzelt Beifall) - Ja, ich freue mich über Beifall. (Beifall)

Das war ja einer der Gründe, warum ich so schwer zu überzeugen war, dass die Politik den Mindestlohn umsetzen sollte, weil ich immer gehofft habe, dass die Gewerkschaften das doch mit den Arbeitgebern alleine hinbekommen. Wir müssen aber konstatieren, dass leider nicht mehr alle Bereiche tarifgebunden sind, dass es zu viele Bereiche gibt, in denen die Tarifbindung zu schwach ist.

Ich glaube, es kann ein gemeinsames Anliegen sein, die Tarifbindung wieder auf stärkere Füße zu stellen. Ich persönlich bin davon jedenfalls sehr überzeugt. (Beifall)

Jetzt stehen noch die Regelungen insbesondere für Leiharbeit und Werkverträge aus. Die Bundesarbeitsministerin wird am Freitag bei Ihnen zu Gast sein und darauf

noch detaillierter eingehen. Aber wir stehen auch da zu unserem Wort; das will ich ausdrücklich sagen. (Beifall)

Ich will nicht ausschließen, dass in der Realisierung der Koalitionsvereinbarung gewisse unterschiedliche Erwartungen verborgen sein könnten. Aber vom Grundsatz her sind wir da auf einem gemeinsamen Weg.

Ich glaube weiterhin, dass es darum geht, auch als lernende Systeme immer wieder zu schauen: Wo wird Missbrauch betrieben? Aber auch: Wo wird die Wichtigkeit bestimmter Instrumente der Flexibilität gebraucht? Da braucht man Augenmaß, da brauchen wir die gegenseitige Diskussion. Aber auch da ist es gut, dass es die Mitbestimmung gibt.

Das deutsche Modell hat sich bewährt. Ich will das einmal ansprechen, weil Sie gesagt haben, Herr Hofmann: willkommen in der Welt der Mitbestimmung. Ich bestimme gerne mit, aber nur da, wo ich etwas bestimmen kann. Manche sagen: Das können Sie ganz alleine mit den Arbeitgebern bestimmen. - Dass Herr Cramer hier sitzt, zeigt ja auch, dass der Wille groß ist.

Auch die Erfolge von Tarifverträgen zeigen, dass dort zum Teil sehr, sehr modern und sehr, sehr innovativ reagiert wurde. Wenn man sich einmal über die letzten 20 Jahre - oder 25 Jahre, weil wir jetzt 25 Jahre deutsche Einheit haben - die Entwicklung von Tarifverträgen anschaut und auch bedenkt, in welcher Art und Weise Flexibilität, aber auch gesamtgesellschaftliche Verantwortung dort Einzug gehalten haben, dann ist auch das beeindruckend.

Wir wollen Ihnen auch zusagen, dass wir bei den EU-Vorschlägen - wie der Einpersonengesellschaft - das Thema Mitbestimmung immer mit im Auge behalten werden (Beifall) und so auch unsere Verhandlungspositionen ausprägen.

Ich glaube, dass wir uns einig sind - wir verlassen jetzt einmal Deutschland; viele der Betriebe, aus denen Sie hier als Delegierte, als Betriebsräte kommen, exportieren ins Ausland -: Eine ganz wesentliche Rolle spielt der Außenhandel, spielen die Exportanteile der Unternehmen, in denen Sie tätig sind.

Dass das Gefühl für Globalisierung, dass das Gefühl für das, was anderswo an Entwicklungen stattfindet - ob China, ob Indien, ob Vietnam, ob andere Länder -, in Deutschland weiter verbreitet ist als vielleicht in anderen Ländern, hängt ganz wesentlich auch mit den Gewerkschaften zusammen. Denn diese können in ihren Unternehmen durch die Mitbestimmung die Entwicklungen weltweit mit verfolgen und damit auch sehen, was woanders los ist, wie wir sozusagen an vielen Stellen

besser, innovativer sein müssen, um gegenüber Regionen mithalten zu können, in denen der Lohn längst nicht so gut ist wie bei uns. Ich halte das für ganz wichtig.

Deshalb haben Sie - wie auch wir in der Politik - ein Interesse an weltweiten Arbeitsbedingungen. Wir haben dieses Thema in unserer G7-Präsidentschaft in Elmau ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt.

Wir haben am Beispiel der Lieferketten das Gefühl geschärft: Was passiert wo, und wie sind die Umweltstandards, wie sind die Sozialstandards in anderen Ländern der Welt?

Wir wollen diese Überzeugung jetzt auch in die G20-Gruppe tragen. Weil wir da auch den Gewerkschaftsdialog der Länder haben, soll das auch dort eine Rolle spielen.

Jetzt muss ich allerdings im Zusammenhang mit der Öffnung in Richtung Globalisierung und Traktierung der Probleme in der Globalisierung noch ein Thema ansprechen, bei dem wir jetzt wahrscheinlich nicht zu einer gemeinsamen Meinung kommen: Das ist die Frage der Handelsabkommen. Ich finde, dass wir darüber weiter miteinander reden müssen, weil sich da aus meiner Sicht etwas nicht so Gutes abspielt.

Sie als Gewerkschaften haben eigentlich nie großen Einspruch eingelegt - jedenfalls ist mir das nicht zu Gehör gekommen - im Zusammenhang mit Handelsabkommen zum Beispiel mit Südkorea. - Das war eines der letzten, was wir verabschiedet haben. - Da sind bei mir permanent die Vertreter der Automobilindustrie vorstellig geworden und haben gesagt: So und so müssen wir das machen, was die Zollfragen angeht, damit die deutsche Automobilindustrie nicht leidet. Aber ich habe da nie große gewerkschaftliche Proteste gehört.

Jetzt, wo wir das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika verhandeln, gibt es plötzlich eine totale Ablehnung. Da wird so getan, als ob die Vereinigten Staaten von Amerika ein Land sind, von dem man das Allerschwerste befürchten muss. (Zurufe und Beifall)

Nun sage ich einmal: Dass der Umweltschutz bei uns großgeschrieben wird, ist klar. Ich will jetzt nicht in den aktuellen Wunden rühren. Aber dass man in Amerika zumindest auch Umweltstandards hat und Abgastests kennt, haben wir jetzt gelernt. Und dass sie zum Teil strenger sind als bei uns, hätten wir vielleicht nicht erwartet, aber es ist so.

Was ist jetzt das Besondere an diesem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika? Das Besondere ist, dass wir zum ersten Mal nicht nur oder fast ausschließlich über Zölle sprechen - meistens sind das Abkommen über die Erniedrigung von Zöllen -, sondern wir sprechen über mehr: Wir sprechen über Verbraucherschutzstandards, wir sprechen über technische Standards: Ist eine orangefarbene Leuchte am Auto sicherer als eine gelbe?

Also die ganzen nichttarifären Standards - vom Verbraucherschutz über den Umweltschutz bis hin zu technischen Standards - sind Gegenstand der Verhandlungen.

Damit ist dieses Abkommen breiter angelegt als jedes Handelsabkommen, das wir bisher verhandelt haben. Damit haben wir natürlich auch andere Diskussionen. Früher haben wir uns nicht mit dem Verbraucherschutz in Südkorea und nicht mit der Frage des Umweltschutzes in Korea beschäftigt. Sonst wäre wahrscheinlich nicht so schnell ein Abkommen zustande gekommen.

Jetzt machen wir das mit den Amerikanern. Das hat natürlich viele, viele Vorteile. Gerade bei den nichttarifären Handelshemmnissen im technischen Bereich ist es wichtig und erspart unglaublich viele Kosten, wenn nicht alle Zulassungen doppelt gemacht werden müssen. Aber auch beim Verbraucherschutz und beim Umweltschutz kann das von großem Wert sein.

Da werden wir natürlich nicht sofort eine Angleichung bekommen, weil wir versprochen haben: Keinen einzigen EU-Standard werden wir in diesem Abkommen verändern. Und weil wir auch vernünftige Prozeduren besprochen haben, wenn sich bei uns Standards ändern, wie das dann auch in dieses Abkommen eingehen kann.

Aber wenn wir auch nur den ersten Schritt zur Berücksichtigung solcher Standards in Freihandelsabkommen hineinbekommen, dann ist das doch immer gut für die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, weil wir dann mehr haben als nur Zölle, sondern auch Gleichklang oder sozusagen gleiche Ansprüche in anderen Bereichen haben, die ja kostentreibend sind, aber langfristig natürlich die nachhaltigeren Kosten.

Wenn die beiden größten Wirtschaftsräume der Welt - die Europäische Union mit relativ starken Regeln im Sozialen, im Verbraucherschutz und in anderen Bereichen und die Vereinigten Staaten von Amerika, natürlich mit Unterschieden - mit nicht den schlechtesten Standards auf der Welt, ein solches modernes Freihandelsabkommen abschließen, dann wird das Maßstäbe setzen für Freihandelsabkommen, die heute im asiatischen Bereich zum Beispiel nur über Zölle und sonst nichts geführt werden.

Warum das ausgerechnet das Schlimmste sein soll, was uns je im Bereich Freihandelsabkommen untergekommen ist, das leuchtet mir nicht ein. Natürlich sind jetzt ganz andere Leute betroffen. Früher hat sich ein Umweltschützer überhaupt nicht für ein Freihandelsabkommen interessiert, weil Zoll ist Zoll, und Zoll ist Handelssache. Jetzt sind mehr Bereiche der Gesellschaft interessiert. Aber dies könnte ein Schritt zu einer vernünftigen - und ein erster Schritt natürlich nur - Gestaltung der Globalisierung werden. Ausgerechnet da haben wir so einen Kampf.

Deshalb meine Bitte: Lassen Sie uns darüber wirklich noch einmal sprechen. Da könnten wir uns sonst ein echtes Eigentor schießen. - Ich meine, ich werde sowieso weiter verhandeln, aber ich möchte es ja in gesellschaftlichem Frieden haben. Insofern meine Bitte: Lassen Sie uns noch einmal drüber reden. - Es ist stiller als bei Verdi. Ich bin schon ganz beruhigt. (Heiterkeit - Beifall)

Meine Damen und Herren, das war mir wichtig, weil wir ja eine wettbewerbsfähige Wirtschaft haben müssen und weil diese wettbewerbsfähige Wirtschaft ja auch da ist. Wir haben im Augenblick mittelmäßig gute Wachstumsraten. Hoffentlich bleibt es so. Wir haben die Automobilindustrie, die ja für die IG Metall von zentraler Bedeutung ist, mit einer guten Lage insgesamt. Wir haben den Sorgenpunkt bei Volkswagen. Und ich glaube, wir sind uns alle einig, dass hier transparent und schnell alles auf den Tisch kommen muss, damit die Glaubwürdigkeit wiedergewonnen wird und damit unser Standort Deutschland - ich will das ausdrücklich sagen - mit einem starken Unternehmen Volkswagen wieder die Reputation hat, die er verdient und die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdient haben. (Beifall)

Ich sage das vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass ja hier in Frankfurt vor wenigen Wochen die Automobilausstellung stattgefunden hat und jeder mit Händen greifen konnte, in welchem Umbruch sich die Automobilindustrie befindet. Das, was unter dem Motto „Mobilität verbindet“ dort an digitalem Einfluss auf das Auto gezeigt wurde, von der Entwicklung über die Produktion bis hin zum Auto, das eben immer mehr auch digitale Möglichkeiten hat, bis hin dazu, dass der Fahrer irgendwann nicht mehr gebraucht wird - und wir werden uns hier noch überlegen müssen, was ein Auto ohne Fahrer ist und wie man es definiert; das ist eine große rechtstechnische Frage, weil die Definition des Autos an den Fahrer geknüpft ist; aber egal -, findet statt, und all das findet in einer Vielzahl von Unternehmen statt, in denen Sie arbeiten und tätig sind.

Stichworte „Industrie 4.0“, Internet der Dinge, Big Data, Smart Services - alles wichtig und unabdingbar. Wir leben im Grunde in einer Zeit, in der sich entscheiden wird, ob der, der das Automobil baut, auch für die Zukunft die wesentlichen Teile der Wertschöpfungskette für die Mobilität in der Hand hält, oder ob die, die von der Datenseite kommen, von dem Wissen über den Kunden die Automobilindustrie

sozusagen zu einem verlängerten Werkbankteil der Wertschöpfung machen und damit dann die wesentlichen Gewinne aus der Mobilität ausschöpfen.

Wir können diesen Wettlauf gewinnen, weil wir in einem hohen Maße in Ihren Unternehmen dabei sind, genau diese Verbindung von digitaler Welt und realer Welt umzusetzen. Wir können auch - davon bin ich ganz fest überzeugt - die Veränderung der Arbeitswelt meistern, wenn wir lernen, mit dem Rohstoff Daten vernünftig umzugehen. Der Rohstoff Daten ist ein neuer Rohstoff; es muss uns eigentlich ein sympathischer Rohstoff sein, weil wir ja die alten Rohstoffe nicht so haben in Deutschland. Wenn wir uns aber verweigern, das Big Data Mining, wie das so schön auf Englisch heißt, also die Verarbeitung großer Datenmengen, in mutiger Art und Weise voranzutreiben, dann werden wir auch in der gesamten Automobilindustrie ein großes Problem haben.

Wir arbeiten im Augenblick massiv in Europa daran, dass die digitale Agenda dort schnell umgesetzt wird. Ich denke, dass die Datenschutz-Grundverordnung eine gute Grundlage ist, um auch das Big Data Management und die Verarbeitung in Europa leisten zu können. Ich hoffe, dass die Diskussion mit dem Parlament nicht zu sehr das Thema Datenschutz nach vorne rückt.

Datenschutz ist notwendig, aber wir brauchen die richtige Balance, und wir müssen es schaffen, dass wir auch personengebundene Daten verarbeiten können, weil wir ansonsten die Wünsche der Konsumenten - die wollen nicht sozusagen nur anonymisierte Daten verarbeitet haben, sondern die wollen für sich dann auch wissen, was ist die Mobilität, die ich persönlich in meiner Lebenssituation möchte; das muss gelingen, dass man das in richtiger Weise ins Auto mit hineinbringt - nicht erfüllen können. Deshalb liegt da viel Arbeit vor uns.

Wir können die Zahl der Arbeitsplätze nur dann stemmen oder vernünftig halten, wenn das, was auf der einen Seite durch Digitalisierung wegfällt an bisher bekannten Arbeitsplätzen, ersetzt wird durch neue, andere Arbeitsplätze, zum Beispiel im digitalen Bereich. Meiner Meinung nach kann das gelingen. Aber das setzt voraus, dass wir in dieser Wertschöpfung der Produkte in der digitalen Welt genauso vorn mit dabei sind wie in der Wertschöpfung der realen Welt. Und das Gleiche gilt im Grunde auch für den Maschinenbau, für den Aufzugbau und vieles andere mehr.

Dann möchte ich ein Dankeschön sagen, weil sich die IG Metall seit geraumer Zeit - Sie, Herr Hofmann, auch ganz besonders - immer dafür eingesetzt hat, dass man auch frühzeitig den Einfluss der Digitalisierung auf die Arbeitswelt bedenkt. Wir haben den Dialog zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften und den Arbeitgebern über die Frage Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit. Ich glaube, das sind immer sehr weiterführende Gespräche.

Die Bundesarbeitsministerin hat jetzt ein Grünbuch aufgelegt zu den Fragen: Welchen Einfluss hat das auf die Arbeitsgegebenheiten? Ich glaube, es wird die Gewerkschaften sehr, sehr stark auch in ihrer Aufgabe verändern oder ihnen noch einmal neue Aufgaben stellen, einerseits dem Wesen solcher digitalen Arbeitsplätze auch Rechnung zu tragen und gleichzeitig den Schutz des Arbeitnehmers weiterhin zu garantieren.

Denn wir haben natürlich eine stärkere Individualisierung der Arbeitsbedingungen, und wir müssen gleichzeitig aber auch dafür Sorge tragen, dass der Arbeitstag nicht 24 Stunden beträgt, dass die Erwartung bei der Erreichbarkeit nicht rund um die Uhr ist und dass man sich nicht entschuldigen muss, wenn man mal irgendwie vier freie Stunden hat. Insofern stehen uns da noch sehr interessante Diskussionen ins Haus. (Beifall)

Genau für diesen Bereich wünsche ich mir starke Mitbestimmung in den Unternehmen, und deshalb macht es mir schon Sorge, wenn ich mir die Prozentzahlen der Tarifvertragsbindungen anschau. Denn wenn wir dann sozusagen alles wieder staatlich regeln müssen, weil die Tarifbindung zu gering ist - gerade auch in dieser sich schnell entwickelnden digitalen Welt -, dann wird das mit Sicherheit nicht besser. Deshalb werde ich mich auch dafür einsetzen, dass wir mehr Tarifbindung bekommen. Ich hatte es am Anfang schon gesagt. (Beifall)

Im Zusammenhang mit dieser qualitativen Veränderung: Ich meine, die Digitalisierung wird unser Arbeitsleben, aber auch unser gesamtes Gesellschaftsleben massiv verändern. Sie sehen das heute schon, wenn Sie sich Ihre Mediennutzung anschauen, wenn Sie sich viele andere Bereiche anschauen. Das verändert ja unsere Gesellschaft. Und die Frage des Zusammenhalts einer Gesellschaft wird sich noch mal sehr anders und sehr neu stellen. Früher hat man bei zwei Programmen im Fernsehen in der Arbeitspause mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit einen getroffen, der sich am Abend das Gleiche angeguckt hat,

Heute sind schon die Gesprächsgegenstände völlig unterschiedlich, weil Sie - außer vielleicht beim „Tatort“; das ist keine verklausulierte Werbung - nahezu nicht mehr davon ausgehen können, dass zwei Kollegen am Vorabend dasselbe gesehen haben. Allein das verändert die Wahrnehmung. Insofern haben wir da schon gesellschaftlich große Probleme. Aber das gehört mehr in den Bereich gutes Leben.

Als Letztes im Zusammenhang mit der guten Arbeit steht das Thema Bildung. Dieses Thema ist natürlich von zentraler Bedeutung. Das, was wir jahrelang als lebenslanges Lernen bezeichnet haben und was noch nicht so richtig fassbar geworden ist, wird jetzt für viele von Ihnen natürlich ganz virulent.

Insofern möchte ich mich bedanken, dass wir es geschafft haben, dass in der Allianz für Aus- und Weiterbildung die Gewerkschaften wieder mit dabei sind. Mir hat es viele Jahre so leidgetan, weil Sie in der Ausbildung so viel geleistet und so viel dazu beigetragen haben. Ich bin sehr froh, dass Sie jetzt dabei sind. Ich hoffe, Sie sind genauso froh, Herr Hofmann, wie ich froh bin. Die Sache funktioniert gut. Danke für das, was Sie für junge Menschen in ihrer Zeit der Ausbildung machen. Danke für das, was Sie im Bereich des lebenslangen Lernens machen. (Beifall)

Wenn es jetzt um das Thema gutes Leben geht, dann haben wir schon deshalb einen gemeinsamen Punkt, weil sich die Bundesregierung vorgenommen hat, in Bürgerdialogen mit den Menschen darüber zu sprechen: Was ist gutes Leben für sie? Welche Erwartungen haben sie?

Bevor das jetzt alles überwölbende Thema das Thema der Flüchtlinge wurde, stand das Thema Sicherheit im Vordergrund: Sicherheit im Arbeitsbereich, aber auch Sicherheit im öffentlichen Leben, natürlich Sicherheit im Gesundheitsbereich, Sicherheit im Alter, wenn es um die Pflege geht. Das sind Themen, die auch Sie sehr bewegen.

Aber jetzt stehen wir alle vor einer großen Aufgabe, die durch die vielen, vielen Menschen, die zu uns kommen, im Augenblick natürlich auch die politische Diskussion bestimmt.

Ich möchte mich, Herr Hofmann, ganz herzlich bedanken, dass Sie hier unterstützend noch einmal in Erinnerung gerufen haben, wie wir uns gegenüber Menschen, die zu uns kommen, zeigen sollten. Ich glaube, wir können gar nicht hoch genug einschätzen, wie wichtig es ist, dass Menschen, die zu uns kommen - es kommen ja nicht Massen, Gruppen, anonyme Zahlen, sondern es kommen einzelne Menschen zu uns -, auf eine Gesellschaft treffen, die nicht nur in Artikel 1 des Grundgesetzes stehen hat „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, sondern auf Menschen, die das im realen Leben, wenn andere zu uns kommen, auch zeigen. (Beifall)

Deutschland hat das gezeigt. Deshalb möchte ich Ihnen für dieses Herangehen an die Aufgabe ganz herzlich Danke sagen.

Wir stehen jetzt natürlich vor einer großen Herausforderung. Ich habe vorhin darüber gesprochen, wie viel Erfahrung Sie mit der Globalisierung haben. Wir haben Erfahrungen mit der Globalisierung, die in erster Linie darin bestand: Unsere Wirtschaft geht in andere Länder, macht dort Unternehmen auf, schafft Arbeitsplätze, produziert. Das ist unter dem Strich auch gut für Arbeitsplätze in Deutschland und für unsere Unternehmen. Das ist unsere Erfahrung mit Globalisierung.

Jetzt passiert plötzlich etwas Gegenläufiges: Jetzt kommen Menschen aus ganz anderen Regionen der Welt zu uns, tritt sozusagen die Globalisierung in unser eigenes Haus hinein. Das, von dem wir dachten, dass es ganz weit weg ist - der Konflikt in Syrien, der Islamische Staat im Irak und in Syrien, die Tatsache, dass in Libyen kein Staat vorhanden ist -, wird plötzlich praktisch wahrnehmbar in Form von Flüchtlingen bei uns.

Wir müssen jetzt lernen, wie wir damit umgehen. Für mich ist es selbstverständlich, dass man an eine neue Aufgabe so herangeht, dass man erst einmal sagt: Wir schaffen das. (Beifall) Wir schaffen das, indem wir unseren Teil leisten. Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Es gibt die Hoffnung, dass man in Deutschland vielleicht einen Arbeitsplatz bekommt. Man weiß, dass man gut behandelt wird. Deshalb ist es ja vielleicht auch nicht verwunderlich, dass Österreich, Deutschland, Schweden und einige andere Länder diejenigen Länder sind, in die viele Flüchtlinge kommen.

Ich sage hinzu: Es ist jetzt vor allen Dingen auch eine Bewährungsprobe für Europa. Europa hat die gleichen Grundwerte wie wir in unserem Grundgesetz. Europa hat eine Grundrechtecharta. Sie ist einmal federführend von Roman Herzog in einer Gruppe von Europäern verhandelt worden. Es kann nicht sein, dass Europa, wo wir an vielen Stellen solidarisch sind, das einen Anspruch hat, mit dem es in der Welt auftritt, das jedem afrikanischen Land und jedem anderen Land auf der Welt erklärt, wie man die Menschenrechte einzuhalten hat, in dieser Herausforderung seinen Pflichten nicht gerecht wird. Deshalb werde ich mich weiter dafür einsetzen. (Beifall)

Wir sehen in diesen Tagen die Bilder der Flüchtlinge, die aus der Türkei nach Griechenland kommen und von dort aus durch Mazedonien, durch Serbien, durch Kroatien oder durch Slowenien nach Österreich und zu uns und auch nach Schweden gehen. Diese Bilder erinnern eher an Zeiten, in denen es in Europa nicht so friedlich war. Diese Bilder müssen Bilder werden, wo wir unserer gesamteuropäischen Verantwortung gerecht werden.

Das bedeutet auch eine faire Teilung der Lasten. Wir haben ein Asylsystem in Europa, das davon ausgeht, dass die Außengrenzen von den Staaten, die in Europa außen ihre Grenzen haben, geschützt werden. Wenn sie das nicht schaffen, können sie uns um Hilfe bitten.

Wir lernen in diesen Tagen aber auch, dass der einfache Außengrenzenschutz, insbesondere bei Wassergrenzen, nicht so leicht möglich ist. Ich habe mich darüber lange mit dem griechischen Ministerpräsidenten unterhalten. Wenn ein Schlauchboot einmal auf der Ägäis unterwegs ist, in dem Kinder sitzen und immer einer, der

ein Messer hat und die Luft rauslässt, dann ist der Schutz der Außengrenze oft mehr Rettungsmission als ein wirklicher Grenzschutz.

Deshalb habe ich auch die Reise in die Türkei gemacht, weil ich glaube, dass man allein von Griechenland aus die Grenze nicht schützen kann, sondern dass man hier eine Kooperation mit der Türkei braucht. Der Ministerpräsident und der Präsident in der Türkei haben mir gesagt: Wir beherbergen seit vier Jahren über 2 Millionen Flüchtlinge. In diesen Tagen kommen aus der Region von Aleppo neue hinzu. Ihr habt Euch damit nicht richtig befasst. Wir haben 400 Millionen bekommen und haben selber 8 Milliarden ausgegeben. Die Last haben wir bis jetzt alleine getragen.

Ein Land wie der Libanon, so groß wie Hessen, hat 1,5 Millionen Flüchtlinge. Und dann kommt das Welternährungsprogramm und hat nicht genug Geld und muss die monatliche Ration von 27 Dollar auf 13 Dollar für die Verpflegung kürzen. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, dass Menschen nach einem besseren Leben Ausschau halten. (Beifall)

Es gibt viele Gründe, die illegale Migration zu stoppen, weil ja dadurch auch Menschen in Gefahr kommen. Aber wir werden die Lastenteilung und auch ein Maß an legaler Migration akzeptieren müssen. Das wird unsere politischen Schwerpunkte auch verändern.

Das ist praktische Globalisierung. Wir können uns in Zeiten des Smartphones, wo man genau weiß, wie man bei uns in Europa lebt, nicht mehr einfach abschotten. Die Menschen außerhalb Europas wissen, wie wir hier leben. Wir müssen unseren Beitrag zur Globalisierung leisten. (Beifall)

Wir müssen aber auch unseren Rechtsstaat durchsetzen. Das heißt, wer Schutz vor Verfolgung braucht, wird Schutz vor Verfolgung bei uns bekommen. Wem aber im Rahmen eines rechtsstaatlichen Verfahrens gesagt wird, Du bist nur aus wirtschaftlichen Gründen hier - im Einzelfall kann man ja die Menschen verstehen -, wenn das der einzige Grund ist, dann werden wir diesen Menschen verstärkt sagen müssen: Ihr müsst wieder nach Hause gehen, Ihr müsst unser Land verlassen. Sonst schaffen wir es nicht, den Schutz für die, die Schutz brauchen, wirklich zu gewährleisten. Auch das gehört dazu, auch wenn das zum Teil schwer ist. - Kein Beifall; das hat man mir schon vorausgesagt. Aber es gehört dazu.

Ich muss es noch etwas plastischer machen. Wenn ein Mensch aus Bulgarien oder Rumänien oder aus Polen, aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, zu uns kommt und hier keinen Arbeitsplatz nachweisen kann, dann hat der Bürger dieses Staates keinen Anspruch auf soziale Leistungen in Deutschland. Wenn jemand aus Serbien oder Albanien kommt, und zwar nur aus wirtschaftlichen Gründen - ich

spreche nicht über Roma -, dann darf er auch keinen Anspruch auf soziale Leistungen haben. Wir können dort das Asylverfahren nicht positiv bescheiden, weil wir sonst ein hohes Maß an Ungerechtigkeit produzieren. Das sind Länder, die morgen in der Europäischen Union sein wollen und werden dann erleben, dass ihre Bürgerinnen und Bürger schlechter behandelt werden als heute, wo sie noch einen Beitrittsstatus haben. Das geht nicht.

Deshalb ist es ein tiefes und wichtiges Prinzip auch der Gerechtigkeit, um deutlich zu machen: Wer Schutz braucht vor Verfolgung, vor Terror, vor Krieg, der bekommt ihn bei uns. (Beifall)

Also, insgesamt viele Probleme. Dahinter treten die der Haushalts-, der Finanzpolitik, der Innovationspolitik jetzt bei meiner Rede auf diesem Gewerkschaftstag etwas in den Hintergrund. Auch dazu gibt es vieles zu sagen. Wir müssen unsere Innovationskraft erhalten, wir müssen an den demografischen Wandel denken. Das heißt, wir müssen an die zukünftigen Generationen denken. Das heißt auch verantwortliche Haushaltspolitik, verantwortliche Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Insofern möchte ich das hier nur in Schlagworten sagen, genauso wie das Thema Energiewende; ein Riesenthema für uns, wobei wir gut sind, was den Ausbau der erneuerbaren Energien angeht, wo es große Chancen natürlich auch für die IG Metall durch Offshore-, durch Onshore-Betriebe gibt, wo wir noch nicht so gut sind beim Leitungsbau. Die wichtige Frage der Preise - Sie wissen ja, wie wichtig es in der Industrie ist, dass man vernünftige Energiepreise hat - kann dann nicht gut gelöst werden, wenn wir nicht den Netzausbau parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energien machen. Deshalb bitte ich Sie da auch um Unterstützung.

Meine Damen und Herren, gute Arbeit, gutes Leben, Ihr Thema. Ich freue mich, dass ich hier sein konnte. Ich wünsche mir, dass Sie weiterhin gute, konstruktive Diskussionen haben. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, Herr Hofmann, und freue mich auch auf die weiteren Gespräche mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den Einzelgewerkschaften.

Alles Gute für Ihre Tagung und danke für Ihre Unterstützung gerade im Bereich der Flüchtlinge. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir bedanken uns dafür, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind und hier Ihre Position und Sichtweise dargestellt haben. Jörg Hofmann hat es ja schon gesagt: Es hat schon Tradition, dass Sie unseren Gewerkschaftstag besuchen. Das finden wir klasse, dass Sie sich die Zeit nehmen. Wir danken Ihnen noch einmal dafür.

Wir bedauern es allerdings auch, dass Sie keine Zeit mehr haben, weil Ihr Terminplan sehr kurzgetaktet ist, um sich noch eine Erwiderung anhören zu können. Noch schöner wäre es ja, wenn Sie die Themen, bei denen wir keine Einigkeit haben, noch mit uns diskutieren könnten. Aber Sie sprachen selbst die Zusammenarbeit an, die ja jetzt auch schon Tradition hat. Da bin ich sicher, dass unsere beiden neugewählten Vorsitzenden Jörg Hofmann und Christiane Benner Ihnen widerspiegeln können, welche Diskussionen wir hier in den nächsten Tagen noch führen.

Vielen Dank erst einmal dafür, dass Sie da waren, dass Sie auch ein paar Punkte angesprochen haben, bei denen wir durch Applaus bekundet haben, dass wir die Positionen gut fanden. Das sind die Punkte der Tarifbindung, der Mitbestimmung, dass Sie die Werkverträge in Angriff nehmen wollen und auch der Asylpolitik. Ich denke, da ist es sehr deutlich geworden. (Delegierte halten Transparente mit der Aufschrift „Refugees welcome“ hoch)

Sie sehen vielleicht im Hintergrund: Wir hatten schon eine Jugendaktion „Refugees are welcome“. Ich denke, das ist jetzt ein guter Schlusspunkt für Sie hier und heute bei uns auf unserem 23. Ordentlichen Gewerkschaftstag. Danke, Frau Merkel, dass Sie da waren. (Beifall - Die Bundeskanzlerin verlässt den Sitzungssaal)

So, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können in unserer Tagesordnung fortfahren. Wir sind beim Tagesordnungspunkt 8, Beratung und Beschlussfassung der Anträge zur Satzung. Sprecher der Satzungsberatungskommission ist weiterhin Thorsten Gröger.

Ich rufe jetzt im Paket auf die Anträge S.019, S.020, S.021 und S.022. Thorsten, Du hast das Wort.

Thorsten Gröger, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Vielen Dank, Birgit. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anträge S.019, S.020, S.021 und S.022 begründen wir deshalb im Block, weil sich diese alle mit dem Paragraphen 14 Ziffer 6 unserer Satzung, also der Regelfinanzierung unserer Verwaltungsstellen, befassen.

Wir sind uns bestimmt einig darin, dass die Frage, wie wir die Präsenz der IG Metall in der Fläche auch zukünftig sichern, eine ganz wichtige Zukunftsfrage für unsere Organisation ist. Diese Frage werden wir aber nicht allein durch politische Erklärungen und Beschlüsse lösen. Klar, der politische Wille ist natürlich die Grundlage. Entscheidend ist aber, dass wir den Verwaltungsstellen die dafür notwendigen finanziellen Mittel auch zur Verfügung stellen.

In den letzten Jahren hat es gravierende strukturelle Veränderungen gegeben. Wir hatten teilweise einen gravierenden Strukturwandel in unseren Branchen. Aber auch die IG Metall vor Ort hat sich verändert. Verwaltungsstellen haben fusioniert, wurden also neu gegliedert oder bilden Kooperationen. In den Bezirken und Regionen sind teilweise unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt worden. Das Ziel dabei war natürlich immer, die Arbeit vor Ort zu stärken, in der Fläche präsent zu sein, Betreuung, Erschließung und auch Service für die Mitglieder abzusichern. Aber die Auswirkungen auf die finanzielle Situation sind dabei sehr differenziert.

Die Anträge S.019 und S.020 sind inhaltlich identisch. Sie schlagen vor, dass Verwaltungsstellen nach Fusion zukünftig einen zusätzlichen Fusionssockelbetrag erhalten. Viele fusionierte Verwaltungsstellen haben sinkende Ortskassen, aber nicht alle. Zudem gibt es auch nicht fusionierte Verwaltungsstellen, die ähnliche Strukturprobleme haben.

Die Anträge S.021 und S.022 beschäftigen sich mit den 20 Prozent der Beitragseinnahmen, die jede Verwaltungsstelle von den Beiträgen der Ein-Prozent-Zahler bekommt.

Der Antrag S.022 möchte, dass die Verwaltungsstellen generell 20 Prozent vom bundesdurchschnittlichen Beitragssatz je Ein-Prozent-Zahler erhalten. Verwaltungsstellen, die unter dem bundesdurchschnittlichen Beitragssatz liegen, würden also mehr bekommen, die anderen weniger. Man kann also auch sagen, dass das eine Umverteilung unter den Verwaltungsstellen wäre.

Der Antrag S.021 geht noch ein Stückchen weiter und sagt: mindestens 20 Prozent des bundesdurchschnittlichen Beitragssatzes. Die darüber liegenden Verwaltungsstellen würden also so bleiben, und Verwaltungsstellen unter dem Beitragsschnitt würden mehr bekommen, also eine Umverteilung von der Hauptkasse zu den Ortskassen.

Beide Anträge würden zwar regional unterschiedliche Einkommens- und damit auch Beitragshöhen unserer Kolleginnen und Kollegen ausgleichen, aber andere strukturelle Nachteile würden nicht ausgeglichen. Profitieren würden auch die, die es nicht unbedingt brauchen.

Aus unserer Sicht greifen alle vier Anträge das richtige Problem auf, bieten aber nicht die richtigen Lösungen für die Situation der Verwaltungsstellen in ihrer Differenziertheit.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, empfehlen wir Euch die Ablehnung der Anträge S.019, S.020, S.021 und S.022.

Ich will aber auch klar sagen: Wir halten es für dringend notwendig, Lösungen für dieses Thema zu finden, die auch der Unterschiedlichkeit der Situation der Verwaltungsstellen gerecht werden. Idealerweise - das ist bei Finanzierungsfragen ja auch immer hilfreich - passiert so etwas im Konsens.

Wir müssen die Mittel dort hinbringen, wo sie auch gebraucht werden. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass der Vorstand bereits am 6. Oktober zu dieser Problematik eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Bezirke und der Verwaltungsstellen eingesetzt hat.

Übrigens: Dieses Anliegen wird auch in der Entschließung 3 zur Organisationspolitik und in den Sachanträgen 3.053 ff. aufgegriffen.

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Thorsten.

Zum Antrag S.019 liegt uns eine Wortmeldung vor. Das ist ein gemeinsamer Beitrag einer Kollegin und eines Kollegen. Es sind Elisabeth Rutz mit der Delegiertennummer 042 und Guido Huster mit der Delegiertennummer 040 aus der Verwaltungsstelle Gütersloh-Oelde, Bezirk NRW. - Ihr habt das Wort.

Guido Huster, 040

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gestern Abend bei der großen Party in der Alten Oper einem Gespräch von zwei Gewerkschaftskollegen gelauscht, die sich über das Thema Finanzierung der Verwaltungsstellen nach einer Fusion unterhalten haben. Wir haben sie einfach mal gefragt, ob sie Lust und Zeit hätten, heute auf dem Gewerkschaftstag etwas dazu zu sagen, und sie waren dazu auch bereit. Ich darf Euch die Kollegen vorstellen: Kollege Pelle und Kollege Lassen. (Guido Huster und Elisabeth Rutz setzen jeweils eine Handpuppe auf das Rednerpult.)

Puppe 1 (Guido Huster)

Wir gehören zu den Verwaltungsstellen, die fusioniert haben. Die Fusion war 2012. Wir haben seitdem einen sogenannten Doppelbetrag erhalten, einen doppelten Sockel.

Puppe 2 (Elisabeth Rutz)

Einen was?

Puppe 1

Einen doppelten Sockel. Jede Verwaltungsstelle bekommt 300.000 Euro, nein, mittlerweile sind es mehr: 310.000 Euro. Aber gut. Sie bekommt also 310.000 Euro zur Finanzierung der Aufgaben. Und der restliche Anteil wird durch die anteiligen Mitgliedsbeiträge finanziert. Und nach einer Fusion bekommt man eben einen doppelten Sockel, sprich: 620.000 Euro.

Puppe 2

Das heißt also im Klartext: Wir kriegen nur einen einfachen Sockel, und Ihr bekommt das Doppelte?

Puppe 1

Ja, das ist richtig; denn wir haben ja zumindest am Anfang dieselbe Personaldecke und den Aufwand für die Zusammenlegung der Gremien. So weit, so klar, oder?

Puppe 2

Ja, schon. Aber wo genau ist jetzt Euer Problem?

Puppe 1

In unserem Fall ist das so, dass der Sockel für vier Jahre gezahlt wurde, und das ist jetzt vorbei. Wir haben aber noch dieselbe Personaldecke. Tja, und wenn dann demnächst die Ersten gehen werden, haben wir weniger Sekretäre, aber dieselbe Aufgabe. Und die Sekretäre dürfen wir nicht ersetzen.

Was noch hinzu kommt: Der jüngste Sekretär ist 51. Das heißt, da brauchen wir von Jugendbetreuung nicht wirklich zu reden.

Puppe 2

Aha, verstehe. Das heißt, es gehen zwei Sekretäre, die Arbeit bleibt aber trotzdem dieselbe. Aber Ihr habt doch auch Synergieeffekte durch die Fusion, oder etwa nicht?

Puppe 1

Nein, aber das könnte man meinen. Durch die Fusion haben wir eben auch erhebliche Fahrwege, da wir derzeit eine Fläche von rund 1.500 Quadratkilometern betreuen, um unsere 16.000 Mitglieder zu erreichen.

Puppe 2

Hm. Und wie ist Eure finanzielle Situation? Ich denke, Ihr habt einen riesigen Ortskassenbestand.

Puppe 1

Ja. Unser Ortskassenbestand ist zurzeit noch recht gut.

Puppe 2

Na siehste! Dann gibt es doch kein Problem.

Puppe 1

Aber wenn wir so weitermachen wie bisher und keinen doppelten Sockel mehr haben, dann machen wir ab 2016 regelmäßig Miese pro Jahr. Das heißt, wir können unsere Aufwände nicht mehr selber finanzieren und machen so gesehen Minus. Da ist der Ortskassenbestand schnell aufgebraucht, spätestens in sechs Jahren.

Puppe 2

Aber - das wurde ja eben auch erwähnt - Ihr bekommt ja nicht nur diesen Sockelbeitrag, sondern eben auch anteilig Mitgliedsbeiträge.

Puppe 1

Auch das haben wir mal berechnet. Wir müssten bei gleich bleibenden Abgängen jährlich 1.300 Mitglieder haben. Das sind 200 Prozent mehr als in den Jahren vorher. Das scheint mir sehr schwierig zu sein, zumal einfach diese zusätzlichen Kapazitäten dauerhaft fehlen.

Puppe 2

Hm. Also wäre es für Eure Verwaltungsstelle vielleicht doch sinnvoll, wenn man ein wenig mehr Geld als geplant in die Verwaltungsstelle bringt.

Puppe 1

Ja. Wir wollen frühzeitig reagieren und gegensteuern, bevor es zu spät ist, vor allem weil wir dann vielleicht einen jüngeren Sekretär einstellen könnten, der sich dann zum Beispiel auch wieder um die Jugend kümmern kann.

Puppe 2

Hm. Und das macht ja auch für die Gesamtorganisation Sinn. Also wäre Euch mit einem doppelten Sockel weiterhin geholfen?

Puppe 1

Wir fänden es sinnvoll, wenn man sich eben die konkrete Lage anschaut und danach entscheidet. Denn bei Kooperationsverwaltungsstellen, die ja ähnliche Synergieeffekte erzielen wie wir nach einer Fusion, behalten alle Verwaltungsstellen, die ja rechtlich weiterhin eigenständig sind, beide Sockel.

Puppe 2

Hm, verstehe. Also wäre Euer Anliegen, dass der Antrag angenommen wird; denn da steht ja gar nichts von einem bestimmten Betrag, sondern nur, dass die Höhe der finanziellen Unterstützung nach einer Fusion diskutiert werden soll und dass man eben unter bestimmten Voraussetzungen längerfristige Unterstützung bekommt, eben nicht nur für einige Jahre, und dass man wirklich einen Anspruch hat.

Puppe 1

Ja, genau. Und dieser detaillierte Blick des Vorstands ist aus unserer Sicht sinnvoller als die Verallgemeinerung auch für die gesamte Organisation.

Puppe 2

Hm. Ich finde, Du hast recht. Außerdem können unsere und im Grunde ja auch jede andere Verwaltungsstelle einmal in eine solche Lage kommen. Schließlich wurden bei Euch doch einfach viele Betriebe geschlossen oder so. Wer weiß, wann wir dran sind.

Puppe 1

Danke für Deine Unterstützung.

(Puppe 1 zu den Delegierten gewandt) Können wir auch auf Euch zählen? Bitte, lehnt die Empfehlung ab und nehmt den Antrag an. Wenn Ihr auch der Meinung seid, dass eine finanzielle Unterstützung nicht pauschal an alle in fixer Höhe, sondern eben durch den Vorstand nach definierten Kriterien vergeben werden sollten, sodass wir Fusionsverwaltungsstellen eben alle dauerhaft finanziell eigenständig agieren können.

Puppe 2

Hm. Aber spricht die Satzungsberatungskommission nicht davon, dass finanzielle Sachen nicht auf dem Gewerkschaftstag beschlossen werden?

Puppe 1

Ja, das wurde gesagt. Aber es ist ja so, dass der Gewerkschaftstag das höchste beschlussfassende Gremium ist und dann natürlich auch über Finanzen beschließen kann. Außerdem ist es so, dass es gar nicht um einen festen Betrag geht, sondern nur darum, dass der Vorstand über die Höhe einer dauerhaften Finanzierung nach einer Fusion beschließen soll. Wir haben dafür also einen Satzungsanspruch.

Puppe 2

Ah, okay. Also werde ich so stimmen: Ich werde die Anträge S.019 und S.020 annehmen, weil die ja folglich hintereinander kommen. Ist das jetzt richtig so?

Puppe 1

Ja, genau. Antrag S.019 plus Antrag S.020.

Guido Huster, 040

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein kleiner Satz als Zusatz: Auch wenn wir das Thema vielleicht auf eine etwas andere Art und Weise hier dargestellt haben, ist es uns doch sehr, sehr ernst. Wenn Ihr also, weil Ihr schon eine Fusionsverwaltungsstelle seid oder eventuell irgendwann eine werdet oder weil Ihr einfach solidarisch mit uns seid, dann bitten wir Euch: folgt nicht der Empfehlung der Satzungsberatungskommission und nehmt S.019 und S.020 an. - Vielen Dank. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Ihr beiden. - Kolleginnen und Kollegen, Ihr seht, das war eine etwas andere Werbung für einen Antrag. Bevor wir zur Abstimmung über diesen Antrag kommen, möchte die SBK noch etwas sagen.

Thorsten Gröger, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erst einmal vielen Dank an Euch beide für den Beitrag. Von der Problematik her, so wie Ihr sie beschreibt, sehen wir das genauso. Ich will nur mit zwei Argumenten noch einmal darauf eingehen.

Das eine ist ein formellese Argument. Die beiden Anträge S.019 und S.020 sind leider so formuliert, dass sie nur in die Zukunft greifen. Das heißt, bereits abgeschlossene Fusionen würden durch diesen Antrag nicht erfasst. Aber auch bereits heute fusionierte Verwaltungsstellen haben genau das Problem, das Ihr beschrieben habt.

Ein zweites Argument inhaltlicher Art ist, dass wir das so sehen, dass dies genau die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe, die vom Vorstand bereits eingesetzt worden ist, sein muss, dass man sich diese unterschiedlichen Situationen anschaut, dass man, wie Ihr es auch gesagt habt, gemeinsam, also unter Einbeziehung der Bezirke, der Verwaltungsstellen und des Vorstands, diese Kriterien entwickelt, nach denen wir dann die Unterstützung für die Verwaltungsstellen mit strukturellen Problemen, die entstanden sein können durch Fusionen oder eben durch Strukturveränderungen vor Ort, gemeinsam festlegen. - Herzlichen Dank. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Thorsten. - Es ist jetzt an Euch, Kolleginnen und Kollegen, über diesen Antrag abzustimmen. Ich frage: Wer ist für diesen Antrag? - Danke schön. Wer ist für die Empfehlung der SBK und lehnt diesen Antrag ab? - Danke. Das ist eindeutig die nötige Mehrheit. Gibt es trotzdem noch Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Antrag S.020 zur Abstimmung auf. Dazu liegt uns keine Wortmeldung vor. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer lehnt, wie empfohlen, diesen Antrag ab? - Danke sehr. Gibt es Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen ist der Antrag damit abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf den Antrag S.021. Dazu liegen uns zwei Wortmeldungen vor. Als Ersten rufe ich auf den Kollegen Detlev Kiel mit der Teilnehmernummer 3/040, Verwaltungsstelle Magdeburg-Schönebeck, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. - Detlev, Du hast das Wort.

Detlev Kiel, 3/040

Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Detlev Kiel. Meine Funktion ist Erster Bevollmächtigter in der Verwaltungsstelle Magdeburg. Da bin ich seit 24 Jahren. Vorher war ich zehn Jahre in der Verwaltungsstelle Bocholt. Wer diese beiden Verwaltungsstellen kennt, weiß, wie unterschiedlich das Leben sein kann.

Ich bin der Satzungsberatungskommission eigentlich dankbar für die Klarstellung. Ich muss vorweg sagen: Wir haben, als wir über den Antrag diskutiert haben, nicht gewusst, dass eine Arbeitsgruppe gegründet werden würde. Aber es ist schön, dass

diese Arbeitsgruppe gegründet wird, weil ich glaube, dass sowohl meine beiden Kollegen, die vor mir gesprochen haben, als auch viele andere hier im Raum und ich jetzt auch dazu beitragen möchten, die Problematik, die das Gesamtthema eigentlich beinhaltet, einmal zu verdeutlichen.

Die Problematik ist viel vielfältiger, als der eine oder andere letztendlich glaubt. Ich habe das Gefühl - ich glaube, ich darf das heute sagen -, dass in der IG Metall so eine Situation eingetreten ist: Jeder steht für sich allein. Wir reden zwar immer über Solidarität, praktizieren sie aber selten. Wir versuchen, viele Möglichkeiten wie zum Beispiel Fusionen oder Zusammenlegungen hinzubekommen, obwohl wir wissen, dass wir im Prinzip in vier Jahren mit einem doppelten Sockel auch nicht weiterkommen. Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, worüber ich rede. Ich habe, als ich in Magdeburg fusioniert habe, genau die gleichen Probleme auch gehabt. Darüber diskutieren wir seit 20 Jahren.

Seit 20 Jahren diskutieren wir im Prinzip auch über die Frage: Wie soll die richtige Beitragsbemessungsgrenze für die Verwaltungsstellen aussehen? Welches Personal-konzept muss dahinter stehen, um die vielfältigen Aufgaben - ich bin der Auffassung, sie sind gewaltig gewachsen in den letzten 10 oder 15 Jahren -, die wir jetzt schon durchführen müssen mit weniger Personal, und in Zukunft auch noch das, was unser Vorsitzender uns ins Buch geschrieben hat für die nächsten Jahre, bewältigen zu können?

Ich will einmal deutlich machen, wie meine Verwaltungsstelle sich entwickelt hat. Als ich nach Schönebeck gekommen bin, hatten wir nach drei Jahren das Gefühl: Die Industrien in den alten DDR-Gebieten sollen bewusst zerstört werden. Die IG Metall war es, die zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Gewerkschaften mit Mut, teilweise mit dem Mut der Verzweiflung, mit Ideen und mit Kreativität versucht hat, das zu verhindern. Es ist uns teilweise gelungen, indem wir die Kerne erhalten haben. Auf den Kernen konnten wir aufbauen.

Nur eine Zahl: Wir hatten zu dem Zeitpunkt in der jetzigen Fläche meiner Verwaltungsstelle über 100.000 IG Metall-Mitglieder. Wir sind jetzt noch 13.500, glücklicherweise seit drei Jahren mit steigender Tendenz. Aber allein diese Zahlen machen deutlich, welcher gewaltiger Umbruch sich dort vollzogen hat. Dieser Umbruch hat sich logischerweise auch im inneren Prozess vollzogen.

Wir haben den Wiederaufbau einigermaßen gut begleitet, sind aber heute geprägt von Kleinst- und Kleinbetrieben. In meiner Verwaltungsstelle betreue ich heute 80 Betriebe, davon 13 Betriebe mit freigestellten Betriebsräten. Auch das soll deutlich machen, wie viel Arbeit ein Gewerkschaftssekretär in Betriebe investieren muss, um sie ordentlich zu betreuen.

Wir haben eine Verwaltungsstelle, die nach dieser gesamten Neugründung von Nord nach Süd 194 Kilometer und von West nach Ost 118 Kilometer Fahrstrecke hat. Und wir haben durch diese ganzen Prozesse, die abgelaufen sind, die einmalige Situation, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamts im Bereich unserer Verwaltungsstelle im Schnitt pro Jahr 15.000 Euro weniger verdient werden als sonst in der Bundesrepublik.

Das spiegelt sich logischerweise auch in unserem Beitragssatz wider. Auch wir haben die Problematik, zwar mit mittlerweile steigender Tendenz, dass wir mehr tarifgebundene Betriebe bekommen. Aber in der Regel wollen neue Betriebe einen Heranführungstarifvertrag. In der Fläche haben wir derzeit nur ganz wenige Betriebe ohne Härtefallregelung. In der Summe ist es schlicht und einfach so, dass der jetzige Beitragssatz meiner Verwaltungsstelle auch dem tatsächlichen Einkommen entspricht.

Dagegen stehen aber die Satzungsleistungen, die wir erfüllen müssen. Dagegen stehen die Kampagnenleistungen, die wir erfüllen müssen. Dagegen stehen auch die Aktionen, die aus unserer eigenen Situation heraus laufen. Dagegen stehen als Kostenblock die Tarifrunden, die wir auch mit finanzieren müssen. Und dagegen steht natürlich auch die Tatsache, dass wir immer auf den Punkt genau rechnen müssen, dass wir wachsen wollen und glücklicherweise im Augenblick auch ein wenig wachsen.

Jetzt muss ich dazu sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir können uns nicht beschweren; denn der Vorstand der IG Metall hat uns immer geholfen. Wir sind immer in der Situation gewesen, dass der Vorstand gesagt hat: Wir sehen ein, dass Ihr eine besondere Belastung habt. Aber das kann ja nicht auf Ewigkeit so bleiben.

Es muss ja eine Möglichkeit geben, uns so auf die Füße zu stellen, dass wir, wie unser Vorsitzender es gesagt hat, selbstständig leben können. So kamen wir zu der Frage: Wie kann man selbstständig leben? Wir haben gesagt: Die Möglichkeit zum selbstständigen Leben wäre gegeben, wenn wir den bundesdurchschnittlichen Beitragssatz für unsere Verwaltungsstelle bekommen würden.

Das ist sicherlich für uns der richtige Weg. Ob es auch für andere Verwaltungsstellen der richtige Weg wäre - das habt Ihr richterweise festgestellt -, kann ich im Augenblick nicht sagen. Aber es wäre ein Weg, den man gehen könnte.

Wenn ich jetzt die Möglichkeit hätte, die Satzungsberatungskommission davon zu überzeugen, diesen Antrag quasi als Material an den Vorstand aufzunehmen und in die Arbeitsgruppe hineinzunehmen, wäre ich sehr dankbar. Ich würde mich freuen,

wenn das so funktionierte. Denn mir hat einfach Eure Begründung gefallen. Andererseits weiß ich aber, dass das nicht geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb bitte ich, dass Ihr ein Achtungszeichen setzt - ich weiß, ich bekomme die zwei Drittel sowieso nicht - und sagt: Bitte schön, Ausschuss, Arbeitsgruppe, beachtet diesen Vorschlag meiner Verwaltungsstelle! - Danke schön für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Okay. Wir hatten gerade einen kurzen Beratungsbedarf. - Ich rufe jetzt Almut Kapper-Leibe auf, Verwaltungsstelle Halle-Dessau, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, und die Teilnehmernummer ist 3/039. Almut, Du hast das Wort.

Almut Kapper-Leibe, 3/039

Schönen guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist hier eine etwas zwiespältige Situation. Der Kollege vor mir hat es gerade geschildert, und wir können das ein Stück weit auch nachvollziehen - denn wir beide, die Verwaltungsstellen Halle-Dessau und Magdeburg-Schönebeck, haben in eine ähnliche Richtung stoßende Anträge gestellt -, dass die Satzungsberatungskommission zunächst einmal diese Empfehlung abgegeben hat.

Nichtsdestotrotz ist es, glaube ich, hier der richtige Ort und die richtige Zeit, gemeinsam noch einmal darüber nachzudenken, wie solche Lösungen aussehen könnten.

Diese Arbeitsgruppe, die im September dieses Jahres eingerichtet wurde, hat uns, lieber Jürgen, für die heutige Diskussion ein bisschen den Wind aus den Segeln genommen. Andererseits kann ich auch verstehen, dass wir das heute nicht abschließen können.

Uns als Verwaltungsstelle, die im Jahre 2012 ebenfalls eine Fusion hatte, ist es wichtig, dass wir eine nachhaltige Lösung in dieser Arbeitsgruppe hinbekommen, dass wir eine faire und offene Diskussion sowie eine solidarische Diskussion führen. Wir begrüßen aus halle-dessauer Sicht ganz besonders, dass diese Arbeitsgruppe entstanden ist.

Mir ist auch klar, dass man keine schnelle Lösung finden wird, also nicht mal eben so: dreimal getroffen, dann haben wir das Paket. Nichtsdestotrotz gibt es schon viele Vorüberlegungen, die sicherlich noch eine Rolle spielen werden, wenn wir über die Organisationspolitik diskutieren.

Detlev hat gesagt: Wenn wir uns nicht selbst helfen - ein anderer wird es nicht tun. Das sehen wir als Kolleginnen und Kollegen in einer strukturschwachen Region, in Halle-Dessau, ganz genauso. Wir müssen uns nach dem immensen Strukturwandel da selber herausziehen.

Es gibt auch Hoffnung; das will ich einmal so deutlich sagen. Der Verwaltungsstelle Halle-Dessau ist es in den letzten Jahren gelungen, dass die Zahl der betriebsangehörigen Mitglieder wächst. Wir hatten jahrelang einen Rückgang. Wir freuen uns irrsinnig über den Umschwung, und das gibt uns eine tolle Motivation. Wir haben in den letzten drei Jahren in 25 neuen Betrieben Betriebsratserstwahlen hinbekommen. Das ist ein langer, langer Prozess, und der kostet richtig viel Kraft.

Ich möchte mich auch von dieser Stelle einmal ganz herzlich für die Unterstützung durch den Vorstand, aber auch durch meine Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltungsstelle und in den Betrieben bedanken. (Beifall)

Wir hoffen, dass wir gemeinsam den richtigen Weg finden und dass wir die nötige Kraft haben, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Vielen Dank für Eure Unterstützung. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Almut. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer folgt der Empfehlung der Satzungsberatungskommission und stimmt für die Ablehnung dieses Antrages? - Danke schön. Gibt es auch Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen ist der Antrag damit abgelehnt.

Dann kommen wir zum Antrag S.022. Dazu liegen uns keine Wortmeldungen vor, und wir kommen damit zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer für die Ablehnung dieses Antrages ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist eindeutig. Gibt es Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Antrag S.023. Bitte, Thorsten, Du hast das Wort.

Thorsten Gröger, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei diesem Antrag geht es um die Wahl der Delegierten zu den Bezirkskonferenzen. Da sieht unser Paragraf 17 Ziffer 7 der Satzung

heute vor, dass dort nur Kolleginnen und Kollegen gewählt werden können, die mindestens 36 Monate Mitglied der IG Metall sind.

Die Antragstellerin möchte jetzt für Jugendliche diese Mindestdauer der Mitgliedschaft auf zwölf Monate herabsetzen, also eine quasi an das Alter geknüpfte Ausnahme genehmigung.

Die gleichen Ausnahmen haben wir heute schon bei der Wahl der Ortsvorstände und auch bei der Wahl der Delegierten zu den Gewerkschaftstagen in unserer Satzung so definiert. Wir halten es für sinnvoll und logisch, dies für die Delegierten zu den Bezirkskonferenzen identisch zu regeln. Deshalb empfehlen wir Euch die Annahme dieses Antrages.

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke schön, Thorsten. Uns liegt keine Wortmeldung vor, also können wir sofort in die Abstimmung eintreten. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzichen. - Danke schön. Das ist eindeutig. Wer ist dagegen? - Ein paar wenige Gegenstimmen. - Wer enthält sich? - Da sehe ich jetzt niemanden. Bei wenigen Gegenstimmen ist der Antrag dann so angenommen. Danke schön.

Wir haben jetzt einen Sprecherwechsel bei der Satzungsberatungskommission. Durch den nächsten Themenblock führt uns der Kollege Kai Trulsson.

Ich rufe jetzt die Anträge S.024, S.025, S.026, S.027, S.028 und S.029 auf. Kai, bitte schön.

Kai Trulsson, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Danke, Birgit. - Moin, Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Kai Trulsson, ich bin der Erste Bevollmächtigte der Geschäftsstelle - muss ich jetzt hier sagen - Untereibe. Die liegt im wunderschönen Bezirk Küste. Ich grüße natürlich auch meine Delegierten aus dem Bezirk Küste. Seid begrüßt! (Beifall)

Fangen wir mal an mit den Antragsrechten. Ich will einen kurzen Blick zurückwerfen, weil heute so viele Delegierte zum ersten Mal hier sind.

Ich glaube, man muss einfach wissen, dass das Thema Antragsrechte uns schon seit geraumer Zeit begleitet. Auch schon vor uns haben sich Satzungsberatungskommissionen mit diesem Thema auseinandergesetzt. Das Begehren, das Antragsrecht zugunsten von Ausschüssen beim Vorstand mit in die Satzung aufzunehmen, war auf

den vergangenen Gewerkschaftstagen immer wieder Gegenstand von Diskussionen.

Vor diesem Hintergrund haben wir besonders intensiv darüber diskutiert, welche Antragsrechte von welchen Mitgliedern oder Personengruppen zukünftig Berücksichtigung finden sollen.

Am Ende der Diskussion sind wir aber dazu gekommen, den Antrag des Vorstandes, also S.024, zur Annahme zu empfehlen und damit in logischer Konsequenz die Anträge S.025 bis S.029 zur Ablehnung.

Kolleginnen und Kollegen, wir möchten unseren Beschluss Empfehlung wie folgt erläutern: Zunächst bestand auf dem letzten Gewerkschaftstag in Karlsruhe eine große Einigkeit darüber, dass die Willensbildung bei der IG Metall in den Verwaltungsstellen, sprich: in den Delegiertenversammlungen stattfinden soll und dass neben dem Antragsrecht des Vorstandes, des Kontrollausschusses und der Delegiertenversammlung zum Gewerkschaftstag nur das Antragsrecht des Bundesfrauenausschusses und des Bundesjugendausschusses am Ende bestehen bleiben soll.

Dem war vorangegangen unter anderem die Aufforderung der Satzungsberatungskommission an den Vorstand, im Zusammenhang mit der Debatte in Karlsruhe jetzt praktisch eine Antragsstruktur zu schaffen, die klare satzungsrechtliche Richtlinien hat mit dem Ziel der Stärkung der Rolle der Delegiertenversammlung.

Kolleginnen und Kollegen, das unterstützen wir ausdrücklich. Die Delegiertenversammlung ist das höchste beschlussfassende Organ einer Verwaltungsstelle. Die Delegierten sind basisdemokratisch gewählt und somit auch legitimiert. Das gilt für die Ausschüsse beim Vorstand nicht in dieser Form; das muss man hier ganz deutlich sagen.

Eine Stärkung der Delegiertenversammlung - was als Auftrag an den Vorstand ging - kann also nicht erfolgen, wenn man die Antragsrechte so lässt, wie sie jetzt sind, und schon gar nicht, wenn man darüber hinaus noch mehr Personengruppen diese Antragsrechte einräumt.

Also war die Frage: Welche Ausschüsse beim Vorstand sollen denn nun zukünftig noch diese Antragsrechte in der Satzung haben?

Ich glaube, es empfiehlt sich, einmal den Blick zu schärfen und zu unterscheiden zwischen Personengruppen und Mitgliedern und Zielgruppen.

Personengruppen - nach unserem Verständnis - haben noch etwas Entscheidendes: Sie unterscheiden sich von Mitglieder- oder Zielgruppen auch darüber hinaus, dass sie auch bei der Antragstellung eine besondere Stellung in der Satzung haben. Das trifft zum Beispiel auf die Frauen zu. Paragraf 2 unserer Satzung sagt ganz klar, dass die IG Metall die Gleichstellung von Frauen fördert.

Kollegen und Kollegen, das ist eine besondere Sache, weil die Frauen immer noch in der Minderheit sind in unserer Organisation. Das ändert sich auch nicht dadurch, dass Christiane gestern mit so überragender Mehrheit zur Zweiten Vorsitzenden gewählt worden ist. Das ist nach wie vor eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Hier sehen wir eine Besonderheit, dass das Antragsrecht der Frauen erhalten bleiben soll.

Wir sehen, dass unsere Jugend auch dieses Merkmal hat. Unsere IG Metall-Jugend ist mit 230.000 Mitgliedern der größte politische Jugendverband in Europa, darüber hinaus auch eigenständiger Jugendverband und Mitglied der DGB-Jugend und anerkannter Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe. Kollegen und Kollegen, darauf sind wir stolz, und wir sind auch darauf bedacht, diese Eigenständigkeit zu erhalten und zu stützen - nicht nur, weil wir die Jugendarbeit seit Langem als einen Schwerpunkt definiert haben, auch im Hinblick auf unsere demografische Entwicklung in der Organisation. Vielmehr drückt sich die Eigenständigkeit auch darin aus, dass sie nicht nur eigener Verband ist, sondern dass wir davon überzeugt sind, dass sie faktisch ein Alleinstellungsmerkmal hat. Denn wir sind auch der Ansicht, dass die Jugend ihre eigene Kultur, ihre eigene Sprache hat. Das Letzte merke ich immer, wenn ich mit meiner 16-jährigen Tochter rede.

In diesem Sinne, wie ich das gerade vorgetragen habe, sind zum Beispiel Angestellte oder Handwerker keine Personengruppe, die diese besonderen Ansprüche erfüllen, sondern sie sind als Mitglieder- und als Zielgruppen zu verstehen. Da geht es hier gar nicht um Bewertung an der Stelle.

Aber eines ist klar: Die Zugehörigkeit, ob ich zum Handwerksbereich gehöre, ist in der Regel von der Berufswahl abhängig - oder im Wesentlichen. Zu den Angestellten: Das ist eine Beschäftigtengruppe, Kollegen und Kollegen. Formal gesehen, wird man zum Angestellten durch die Definierung im Arbeitsvertrag.

Dazu kommt - das müssen wir auch einmal ehrlich sagen -, dass die Handwerksausschüsse in den Verwaltungsstellen, auch die Angestelltenausschüsse, ziemlich unterschiedlich ausgeprägt sind. Und wir müssen auch ehrlich zugeben, dass wir in vielen Bereichen keine funktionierenden Ausschüsse haben.

Dort aber, wo Angestellten- und Handwerksarbeit einen Stellenwert hat, da gehören ihre Themen auf den Delegiertenversammlungen diskutiert, da gehören die Themen eingebracht, und dort gehören sie auch abgestimmt. Würde man an der Stelle die Antragsrechte so belassen, dann müsste man in logischer Konsequenz auch zum Beispiel den Branchen Textil, Holz und Kunststoff dieses Antragsrecht einräumen.

Bei den Vertrauensleuten ist es ähnlich. Die Vertrauensleute sind nach unserer Ansicht keine spezifische Personengruppe. Sie sind in allen Mitgliedergruppen präsent und bringen ihre Position ein. Darüber hinaus sind sie in allen wichtigen Gremien vertreten, auch in den Delegiertenversammlungen. Dadurch ist ihre Funktion als wichtiger Träger gewerkschaftlicher Politik gewahrt. Sie sind an allen Entscheidungen somit beteiligt.

Ähnliches gilt auch für den Bereich AGA. Voraussetzung für eine erfolgreiche AGA-Arbeit ist immer die Abstimmung mit den politisch Verantwortlichen in den Gremien vor Ort. Die ehrenamtlichen Kollegen der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit arbeiten immer im Rahmen der gemeinsam entwickelten Ziele der jeweiligen Verwaltungsstellen.

Die Anzahl der Anträge zum Gewerkschaftstag, die sich mit AGA-Themen beschäftigen, ist auch Beweis dafür, Kollegen und Kollegen, dass die Teilhabe an der Meinungsbildung auf den Delegiertenversammlungen bereits erfolgt und passiert.

Auch beim Migrationsausschuss, dessen Stellung aufgrund der aktuellen politischen Lage mit Sicherheit noch einmal besonders erscheint, sind wir erst recht der Ansicht, dass das Thema Migration eine entsprechende Rolle auf den Delegiertenversammlungen spielen muss, dort diskutiert und auch entschieden werden soll.

Die letzten Tage haben gezeigt, das Thema Migration, das wird uns in Zukunft mehr beschäftigen als heute. Umso wichtiger ist es daher, dieses Thema in allen Gliederungen unserer Organisation zu verankern.

Was wir als IG Metall zum Thema Migration machen, zeigt sich doch nicht dadurch, dass der Bundesmigrationsausschuss beim Vorstand ein Antragsrecht hat, sondern es zeigt sich dadurch, wie wir Migration vor Ort in den Verwaltungsstellen organisieren, wie wir dort Strukturen schaffen, falls noch nicht vorhanden, und wie wir sie ausbauen und es dadurch ermöglichen, konkrete Angebote zur Unterstützung zum Thema Migration und Integration anzubieten. Entscheidend ist es doch, wie ernst und angenommen sich unsere Kollegen und Kollegen mit Migrationshintergrund mit ihren Themen fühlen, und zwar in ihrer jeweiligen erlebten gewerkschaftlichen Praxis vor Ort.

An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass die Mehrzahl der Anträge zum Thema Migration aus den Verwaltungsstellen kommt.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, die Praxis zeigt, glaube ich, deutlich: Wenn Anträge vernünftig und sinnig sind, dann finden sie auch eine Mehrheit auf den Delegiertenversammlungen, und zwar unabhängig davon, welche Mitgliedergruppe sie eingebracht hat.

Das Antragsrecht zum Gewerkschaftstag sollte man auch nicht missverstehen als Wertschätzung der einzelnen Mitgliedergruppen für ihre herausragende Arbeit oder für ihr Engagement. Das ist, glaube ich, nicht der Sinn, das ist nicht der Zweck.

Wenn es um Wertschätzung geht in dem Zusammenhang, dann möchte ich an der Stelle auf die EntschlieÙung 3 verweisen, die sich unter anderem mit der Forderung und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements befasst, und ich möchte auf den Leitantrag zum Thema Beteiligung verweisen. Dieser beinhaltet auch die Forderung nach der Neuausrichtung und der Aufwertung der VL-Arbeit.

Kolleginnen und Kollegen, lasst mich abschließend noch einmal eines sagen an alle Kolleginnen und Kollegen im Handwerksbereich, die hier im Saal sind, an alle Kollegen und Kolleginnen Angestellte, die hier im Saal sind, und an alle Kollegen und Kolleginnen Migranten, die hier anwesend sind: Unsere Empfehlung, die wir abgeben als Satzungsberatungskommission, richtet sich nicht gegen die Interessen der Mitgliedergruppen, sondern ist ein Plädoyer für die Stärkung der Rolle der Verwaltungsstellen. (Vereinzelt Beifall - Zuruf: Stimmt doch gar nicht!)

Kolleginnen und Kollegen, worauf bei der Abstimmung zu achten ist, haben wir jetzt schon mehrfach erwähnt. Ich sage es trotzdem, weil alle Anträge jetzt natürlich im Nachgang zur Beratung mit aufgerufen werden, noch einmal ganz explizit: Wir empfehlen den Antrag S.024 zur Annahme. Wir empfehlen den Antrag S.025 zur Ablehnung. Wir empfehlen den Antrag S.026 zur Ablehnung. Wir empfehlen den Antrags S.027 zur Ablehnung. Des Weiteren empfehlen wir den Antrag S.028 zur Ablehnung, und wir empfehlen den Antrag S.029 zur Ablehnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Vereinzelt Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Kai, für Deine Erläuterungen. - Kolleginnen und Kollegen, ich kann mir jetzt eine persönliche Anmerkung nicht ersparen - Kai, das geht jetzt nicht persönlich

gegen Dich; Du bist nicht der Einzige hier im Saal, der das macht -: Wir sind „Kolleginnen und Kollegen“ und nicht „Kollegen und Kollegen“. (Vereinzelt Beifall) - Er gelobt Besserung. Danke.

Jetzt steht dieser Block zur Diskussion. Ich rufe als Erste Irina Vavitsa mit der Teilnehmernummer 3/006 aus der Verwaltungsstelle Hamm-Lippstadt aus dem Bezirk Nordrhein-Westfalen auf. - Irina, Du hast das Wort.

Irina Vavitsa, 3/006

Hallo, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier als Mitglied des Bundesmigrationsausschusses und Mitglied des Beirats einen besonderen Beitrag machen. Es geht darum, einen Prozess zu beschreiben. Laut Geschäftsbericht sind wir circa 400.000 Mitglieder mit Migrationshintergrund.

Als wir vom Vorstand den Antrag auf Satzungsänderung gehört haben, haben wir sehr kritisch diskutiert. Ich war ein bisschen enttäuscht und frustriert, sage ich ganz ehrlich. Dann habe ich in der Beiratssitzung im Dezember, zu der auch viele Erste Bevollmächtigte eingeladen waren, das als Thema erwähnt, und ich habe wortwörtlich auch bestimmte Verwaltungsstellen benannt und gesagt: Wir wissen, wie Demokratie vor Ort funktioniert. - Dann habe ich persönlich gesagt: Wenn ein Erster Bevollmächtigter ein Thema zur Chefsache macht, dann funktioniert es auch. Das ist nicht immer einfach, weil ab und zu auch die Ressourcen fehlen, aber es funktioniert.

Dann habe ich auch gesagt wortwörtlich: Wenn wir es mit Respekt ernst meinen, dann sollen wir das auch zeigen. Bei diesem Gewerkschaftstag sollten auch mehrere Kollegen mit Migrationshintergrund gewählt werden - mehr als auf dem letzten Gewerkschaftstag. Damals waren wir schon ziemlich frustriert.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Es hat zu einem Teil funktioniert. Ich bin stolz auf meinen Bezirk Nordrhein-Westfalen, weil wir bei diesem Gewerkschaftstag zwölf Kollegen mit Migrationshintergrund sind. (Vereinzelt Beifall)

Wir fanden die Sache inhaltlich nicht in Ordnung, gerade - Kai, Du hast es erwähnt - angesichts der aktuellen Situation.

Gleichzeitig haben wir uns kritisch gefragt: Wie viel Unterstützung haben wir? Das haben wir nicht immer positiv eingeschätzt. Was haben wir gemacht? Wir haben gesagt: Wir verballern unsere Energie jetzt nicht, um einen Antrag gegen den Antrag des Vorstands zu stellen. Wir wollen unsere Energie nutzen, um für Antragsinhalte zu kämpfen.

Das hat super geklappt. Wir haben mehr als 20 Anträge mit unserer Position. Darauf sind wir wirklich stolz. Es ist uns ein großes Anliegen, dass die Debatte über die Migrationspolitik in unserer IG Metall geführt wird. Eines ist uns klar: Allein schaffen wir es nicht. Wir brauchen eure Unterstützung. - Danke. (Beifall)

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Irina. - Jetzt rufe ich Katharina von Hebel mit der Delegiertennummer 082 von der Verwaltungsstelle Köln-Leverkusen, Bezirk Nordrhein-Westfalen, auf.

Katharina von Hebel, 082

Guten Tag, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Meinen Namen habt Ihr gehört. Ich komme aus Köln. Ich bin stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Ford und bin darüber hinaus auch zuständig für die Betreuung von kaufmännischen Angestellten.

Natürlich habe ich eine andere Meinung und eine andere Position als die, welche die Satzungsberatungskommission hier vorgetragen hat. Ich würde Euch gern bitten, meiner Argumentation zu folgen, die ich jetzt hier begründen möchte.

Die Zahl der Angestellten ist in den letzten Jahren überproportional gewachsen. Das ist auf die engagierte Arbeit von Kolleginnen und Kollegen zurückzuführen. Durch die Ansprache von Vertrauensleuten und Betriebsräten, durch spezielle Projekte und Konferenzen fühlen sich Angestellte in der IG Metall zu Hause. Auch die gute Arbeit von Angestelltenausschüssen, wie wir sie in Köln haben, trägt dazu bei, dass sich die Angestellten mit ihren Themen zu Hause fühlen, ihre Themen erörtern und nach Lösungen suchen können.

Aber auch über die Verwaltungsstelle hinaus im Bezirk, bei Fachtagungen wie in diesem Jahr in Willingen bringen sich Kolleginnen und Kollegen mit viel Herzblut und noch mehr Zeit ein, um Themen wie Leistungsverdichtung, Arbeitszeitfragen, Zielvereinbarungen oder die Vergütung in Tarifbändern zu erörtern, sich auszutauschen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Und all diesen Kolleginnen und Kollegen sagen wir jetzt nach dem Gewerkschaftstag: Vielen Dank für die gute Arbeit, aber eure Kernanliegen dürft ihr künftig nicht mehr in Fachkonferenzen der Angestellten als Anträge für den Gewerkschaftstag formulieren und beraten. Das machen zukünftig für euch nun die Delegiertenversammlung, der Kontrollausschuss und der Vorstand. Das, Kolleginnen und Kollegen, geht gar nicht. (Beifall)

In den vergangenen Tagen wurden Werte wie Demokratie, Solidarität und Einheit für die IG Metall betont. Dann wünsche ich mir, dass wir diese Werte für alle Personengruppen leben, sowohl nach außen als auch nach innen. (Beifall)

Wo bleiben hier Wertschätzung und der Respekt für diese Gruppen, denen das Antragsrecht entzogen werden soll? Wir sind nicht nur mehr geworden, sondern wir tragen auch dazu bei, dass die Beitragsentwicklung positiv beeinflusst wird. Diesen Gruppen stoße ich jetzt vor den Kopf, indem sie nicht mehr eigenständig und kritisch Themen formulieren können, die hier beraten werden. Das finde ich nicht passend für eine Beteiligungsgewerkschaft. (Beifall)

Die Stärke der IG Metall waren bisher die Einheit und die Einigkeit. Alle Mitglieder finden sich hier mit ihrem Anliegen wieder und fühlen sich gut aufgehoben. Aber besteht nicht die Gefahr einer Abspaltung von Mitgliedergruppen, wenn diese erkennen, dass sie nicht gleichberechtigt sind mit allen Rechten und Pflichten? Wir wollen keine Gewerkschaft für Ingenieure oder Höherqualifizierung. Wir wollen in der IG Metall mit unseren Anliegen ernst genommen werden. Es darf keine Eisenbahner- oder Pilotengewerkschaft der IG Metall geben. (Beifall)

Damit wir alle auch künftig die Herausforderungen von guter Arbeit und gutem Leben gestalten können, sollte jede Personengruppe das Antragsrecht auf dem Gewerkschaftstag erhalten, denn nur so ist es möglich, dass jede und jeder aus ihrer beziehungsweise seiner Perspektive die Themen anbringen und gestalten kann.

Jetzt noch eine abschließende Bemerkung zum „Frauenschutz“. Ich sage das als Frau. Ich finde, diese Argumentation kann auch nach hinten losgehen. Wir sind im Jahr 2015. Spätestens mit dem Wechsel von Christiane Benner auf die Position der Zweiten Vorsitzenden sollten wir nicht mehr unter besonderem Schutz stehen.

Ich bitte Euch deshalb: Unterstützt meinen Antrag und entscheidet Euch nicht für die Empfehlung der Satzungsberatungskommission, jedenfalls nicht in diesem Fall.
- Danke schön. (Beifall)

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Katharina. - Jetzt bitte ich Ahmet Yildiz ans Mikrofon. Er hat die Delegiertennummer 116 und kommt aus der Verwaltungsstelle Velbert, Bezirk Nordrhein-Westfalen. Bitte, Du hast das Wort.

Ahmet Yildiz, 116

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Euch alle, egal aus welchen Bundesländern Ihr kommt, ganz herzlich grüßen. Seid herzlich willkommen! (Vereinzelt Beifall)

Ich möchte meinen Standpunkt frei vortragen, weil ich bei diesem Punkt als jemand, der einen Migrationshintergrund hat, sehr emotional empfinde. Die IG Metall ist seit meiner Jugendvertreterzeit bis heute meine Organisation, in der wir gemeinsam versuchen, die Gleichbehandlung und die Integration umzusetzen.

Ihr solltet das nicht unter dem Gesichtspunkt betrachten: Was ist daran schlimm? Es können ja viele Dinge über die Verwaltungsstellen erfolgen. Seit circa 17 Jahren arbeite ich ehrenamtlich im bezirklichen Migrationsausschuss beziehungsweise im Bundesmigrationsausschuss mit. Es ist wirklich verdammt schwierig, bei einem solchen Oberthema alles über die Verwaltungsstellen zu machen. Wenn unsere Organisation dazu auffordert, nächstens im Zusammenhang mit den Werkverträgen aufzumischen, uns einzubringen und Mitbestimmungsstrukturen zu entwickeln, unsere eigene Organisation aber die Mitbestimmungsrechte für Migranten beziehungsweise für die Angestellten beschneidet, dann ist das nach meiner Einschätzung ein Rückschritt. Das kann nicht sein. (Beifall)

Wir empfehlen aus diesem Grunde, den Vorschlag der Satzungsberatungskommission nicht zu akzeptieren. Wir wollen unsere Mitwirkungsrechte und Antragsrechte auch über den Bundesmigrationsausschuss wahren.

Zwei, drei Ereignisse haben mich, wenn es um Asyl und Flüchtlinge geht, auch im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkrieg besonders beschäftigt. Wir waren mit den Ereignissen vom 11. September konfrontiert. Die IG Metall hat in erster Linie den Bundesmigrationsausschuss dafür gewonnen und gefragt: Was können wir dementsprechend tun? Welche Maßnahmen können wir ergreifen?

Es geht jetzt darum, eine Willkommenskultur zu entwickeln. Wir haben in unserer eigenen Organisation viele Vertrauensleute und Mitglieder, die bei Warnstreiks ab der ersten Minute dabei sind, mittlerweile einige Hauptamtliche und auch Betriebsräte. Warum sollen die Möglichkeiten des Einzelnen in seiner Organisation eingeschränkt werden? Das verstehe ich nicht.

Ich muss ehrlich sagen, wenn ich nächste Woche in den Betrieb gehe oder wir in den Ausschüssen diskutieren, wobei man sagt, bitte bringt uns ein, und unsere Organisation uns dann entsprechende Möglichkeiten abschneidet, dann kann ich das wirklich keinem erklären. Daher noch einmal mein Vorschlag, diese Vorgehensweise nicht hinzunehmen, sondern die Beteiligungsmöglichkeiten auch über den

Migrationsausschuss oder über die Angestelltenarbeit weiterhin zuzulassen. - Vielen Dank. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Ahmet. - Ich rufe jetzt Mustafa Cözmez ans Mikrofon. Er hat die Delegiertennummer 081 und kommt aus der Verwaltungsstelle Köln-Leverkusen, auch Bezirk Nordrhein-Westfalen. Danach hält sich bitte bereit Sabrina Prüfert.

Mustafa Cözmez, 081

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Name ist Mustafa Cözmez. Ich arbeite seit 1985 bei den Ford-Werken in Köln. Seit 1997 bin ich freigestelltes Betriebsratsmitglied. 2000 wurde ich den Aufsichtsrat der Ford-Werke gewählt.

Vor allem als Vorsitzender der Vertrauensleute in der Kölner Fiesta-Produktion - circa 2.500 Beschäftigte, 120 Vertrauensleute in drei Schichten und 95 Prozent Organisationsgrad ohne Haustarifvertrag (Beifall) - und Mitglied des dreiköpfigen VKL-Teams übernehme ich auch Verantwortung für die IG Metall-Arbeit.

Ich möchte mich in meinem Beitrag klar und deutlich für eine Beibehaltung des Antragsrechts des Migrationsausschusses zum Gewerkschaftstag aussprechen. Und ich möchte Euch kurz begründen, warum.

Wir sind als IG Metall eine große kämpferische Gemeinschaft, und wir sind als Migranten - das seht Ihr ja auch an meinen Funktionen in der IG Metall und bei Ford - gut in unserer IG Metall integriert. Aber gleichzeitig existieren in unserer großen IG Metall viele Personengruppen und Branchen, die auch ihre ganz speziellen Themen in die Arbeit der IG Metall einbringen wollen.

Das gilt auch in hohem Maße für unsere Gruppe der Migranten. Ihr seht das an den vielen Themen in unseren Anträgen, welche besonderen Anliegen uns nach wie vor bewegen, in der Betriebspolitik, in der Motivation von Kindern von Migranten für eine berufliche Ausbildung oder ein duales Studium, in der Gesellschaftspolitik die doppelte Staatsbürgerschaft und das kommunale Wahlrecht, um nur einige Punkte zu nennen.

Die gleichen Wahl- und Beteiligungsrechte für Migranten im Betriebsverfassungsgesetz und in den Satzungen und Richtlinien der IG Metall haben stark dazu beigetragen, dass wir trotz vieler Konflikte in den 70er-Jahren gut in diese Gemeinschaft IG Metall hineingewachsen sind.

Das hätte auch ganz anders laufen können. Ich möchte nur an den berühmten Ford-Streik von 1973 erinnern. Damals haben deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen mehr gegeneinander als miteinander für höhere Löhne und Arbeitsbedingungen gestreikt. Aus den bitteren Erfahrungen haben wir bei Ford besonders intensiv gelernt, dass Vielfalt gelebt werden muss, dass dazu Respekt untereinander gehört.

Wir sprechen hier seit Sonntag über die Beteiligung der Mitglieder an der IG Metall-Arbeit. Wir sprechen über Flüchtlinge, Migration und Integration, ja, wir fordern sogar eine Willkommenskultur. Und die Jugend geht sogar so weit, dass es verboten werden soll, dass jugendliche Flüchtlinge, die sich in Berufsausbildung befinden, in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Das haben wir ja alles hier gehört. Das war übrigens eine Superaktion von der Jugend; Gratulation. (Beifall)

Flüchtlinge von heute sind Migranten von morgen. Unser Vorstand macht den Vorschlag, genau diese Gruppe vom direkten Antragsrecht auszuschließen. Warum? Was stört Euch daran? Was verlieren wir dadurch? Was ist das für eine Logik, und was ist das für ein Signal, das wir heute von diesem Gewerkschaftstag in die Republik senden? (Beifall) Das geht nicht!

Ich finde es auch nicht in Ordnung, wie der Vorstand mit den Migranten in dieser Frage umgeht. Es gehört einfach dazu, dass Migranten Foren haben müssen, in denen sie untereinander ihre Probleme und Anliegen beraten können und dann in die gemeinsame Arbeit der IG Metall einbringen können.

Kolleginnen und Kollegen, das ist nichts anderes als im Augenblick mit den Flüchtlingen. Es ist gut, wenn wir ihnen zuhören, welche Probleme sie haben, wenn wir sie aktiv mit einbeziehen und nicht über ihre Köpfe hinweg entscheiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die IG Metall organisiert hervorragende Konferenzen für alle Personengruppen, wie dieses Jahr in Willingen. Aus diesen Diskussionen entstehen viele qualifizierte Ideen für unsere Arbeit der Angestellten, der Jugend, der Frauen und der Migranten. Kann mir einer erklären, warum die Bundesausschüsse der Frauen und Jugend das Recht haben sollen, aus diesen Diskussionen qualifizierte Anträge direkt in den Gewerkschaftstag einzubringen, nicht aber die Angestellten und Migranten? Die Argumentation, die hier vorgebracht worden ist, reicht mir nicht aus. Ich finde es ungeheuerlich. (Beifall)

Übrigens, die Kollegin hat ja eben gesagt, dass es darüber keinen Beschluss des Migrationsausschusses gibt. Ob er dazu ein Recht hat oder nicht, mag jetzt dahingestellt sein. Es wurde auch sehr kontrovers diskutiert. Es heißt, dass man das

Thema jetzt so in dieser Form auf diesem Gewerkschaftstag thematisiert, sei in Karlsruhe besprochen worden sei. Ja und?

Glaubt mir, meine Kolleginnen und Kollegen bei Ford, meine vielen Vertrauensleute und Betriebsräte aus dem Migrantenbereich und aus dem Nicht-Migrantenbereich hätten kein Verständnis dafür, wenn ich vom Gewerkschaftstag mit einem Beschluss zurückkomme, der lautet: Wir haben den Migranten das direkte Antragsrecht zum Gewerkschaftstag entzogen. Das würde unsere Arbeit und das Stimmungsbild vor Ort negativ beeinflussen.

Das hat sich schon bei einer sehr emotionalen Diskussion unter unseren Vertrauensleuten bei Ford gezeigt. Weder unsere Migrantenkollegen noch unsere Angestellten bringen irgendein Verständnis dafür auf, dass sie als Gruppe kein Antragsrecht haben. Das ist ungefähr so, als wenn man bei einer gutlaufenden Produktion den Stecker zieht. Ohne Not und ohne über die Folgen nachzudenken. Viele Kolleginnen und Kollegen haben die Befürchtung geäußert, dass das der erste Schritt ist und dann die Abschaffung der zentralen Konferenzen und insgesamt der Ausschüsse für Angestellte und Migranten folgen könnte.

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Euch im Namen meiner Kollegen bei Ford in Köln, stimmt gegen diese Empfehlung der Satzungsberatungskommission und setzt damit ein Zeichen der Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund. - Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Mustafa. - Ich rufe jetzt auf Sabrina Prüfert, Delegiertennummer 025, aus der Verwaltungsstelle Düsseldorf-Neuss, auch Bezirk Nordrhein-Westfalen. Dann bitte ich sich bereitzuhalten Siegfried Wenisch.

Sabrina Prüfert, 025

Hallo zusammen. Ich bin Sabrina, komme von der Geschäftsstelle Düsseldorf-Neuss und aus dem Bezirk NRW. Ich freue mich wirklich, hier zu sein.

Worüber ich mich aber nicht freue, ist dieser Antrag. Ich möchte auch gleich zu Beginn sagen, Kolleginnen und Kollegen, ich kann es einfach nicht verstehen, warum das Antragsrecht für die Angestellten-, Handwerks- und Migrationsausschüsse in der Satzung gestrichen und das heißt abgeschafft werden soll. Ich frage mich: Welche Vorteile haben wir dadurch, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen aus diesen Ausschüssen kein Antragsrecht zum Gewerkschaftstag haben? Welche Nachteile,

politisch oder materiell, hat unsere IG Metall, wenn diese Ausschüsse ihre Antragsrechte behalten? Warum wollen wir diesen Kolleginnen und Kollegen dieses Recht wegnehmen, ihr Anliegen durch einen Antrag an den Gewerkschaftstag einzubringen?

Wir alle sind doch für mehr Beteiligung, und wir wollen doch alle mitnehmen. Antragsrecht ist doch ein Recht auf Beteiligung. Und was machen wir? Wir wollen Kolleginnen und Kollegen dieses Beteiligungsrecht wegnehmen, anstatt es noch weiter auszubauen.

Ich habe keine überzeugenden Begründungen gehört, warum das Antragsrecht für Angestellte, Handwerker und Migranten abgeschafft werden soll. Warum soll die Satzung einer Richtlinie angepasst werden? Umgekehrt muss es sein: Die Richtlinie des Vorstands muss satzungskonform sein beziehungsweise der Satzung angepasst werden. (Beifall)

Ein Argument, das ich gehört habe, war, Antragsrechte seien nicht zeitgemäß, wir würden gute und sinnvolle Projekte machen. Kolleginnen und Kollegen, das ist doch kein Widerspruch. Wir können Antragsrechte für die Ausschüsse bewahren und trotzdem gute Projekte machen. (Beifall)

Ich möchte auch fragen: Was sind das denn für Argumente? Warum ist das Antragsrecht nicht mehr zeitgemäß? Was heißt eigentlich „zeitgemäß“, und wer entscheidet darüber, was zeitgemäß ist und was nicht?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch ein besonderes Problem mit diesem Antrag. Wir leben in einer Zeit, in der Rassismus und Rechtsextremismus bedrohlich zunehmen. Pegida, AfD und die NPD vergiften das geistige Klima. Übergriffe gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte haben um das Zehnfache zugenommen. In einer solchen Zeit nehmen wir unseren Migranten-Kolleginnen und -Kollegen das Antragsrecht weg? Was ist denn das für ein Zeichen, vor allem nach einer so starken Aktion, die wir hier hatten? (Beifall - Pfiffe) Ich kann mir das einfach nicht erklären.

Selbst wenn die Migrantinnen und Migranten in unserer Organisation kein Antragsrecht hätten, hätte ich erwartet, demonstrativ ein Zeichen zu setzen und zu sagen: Wir wollen für diese Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund ein Antragsrecht in der Satzung einführen.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Euch: Stimmt gegen diesen Antrag. - Vielen Dank. (Beifall - Pfiffe)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Sabrina. - Lasst uns fortfahren in der Diskussion. Ich rufe auf Siegfried Wenisch, Delegiertennummer 087, Verwaltungsstelle Köln-Leverkusen, Bezirk NRW. - Siegfried, Du hast das Wort.

Siegfried Wenisch, 087

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme aus einem Betrieb des Kfz-Handwerks und möchte meinen Beitrag mit einer Frage respektive Bitte verbinden. Ich möchte alle Delegierten einmal dazu auffordern, die Hand zu heben, wenn sie aus einem Handwerksbetrieb kommen. (Einige Delegierte heben die Hand) - Da muss ich schon sehr, sehr genau hinschauen. Ich glaube, ich habe jetzt drei oder vier Delegierte gezählt. Das könnten wirklich mehr sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Schließlich ist das Metall- und Elektrohandwerk der größte Sektor im deutschen Handwerksbereich mit einer stolzen Anzahl von immerhin 91.500 Mitgliedern. Dementsprechend müsste die Anzahl der Delegierten hier auf dem Gewerkschaftstag bei 31 liegen. Aber das ist nicht das Thema.

Wir haben auch noch ein Riesenpotenzial von etwa 1,8 Millionen Beschäftigten. Deren Arbeitsplätze können nicht mal eben schnell nach China verlagert werden.

Wir haben in den Branchen verschiedene eigene Tarifverträge. Und in unserer Handwerkskammer gibt es im Unterschied zur IHK immer noch eine Drittelmitbestimmung. Wir stellen in allen Handwerkskammern einen Vizepräsidenten; darunter befinden sich sehr viele Metaller, fast ausschließlich. Dem wird die Aufmerksamkeit unserer IG Metall aber leider nicht mehr gerecht.

Es gibt eine einzige schmale Seite im Geschäftsbericht der IG Metall von rund 270 Seiten; das sind 0,3 Promille. Damit darf man zwar noch Auto fahren. Der Bedeutung des Handwerks entspricht dieses aber gar nicht mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben tolle Tablets bekommen, und diese haben auch eine Suchfunktion. Gebt bitte mal bei der entsprechenden App, wenn Ihr denn reinkommt, das Stichwort „Handwerk“ ein und versucht einmal herauszufinden, wie oft und wo das vorkommt. Ich habe es mal gemacht. Es findet sich sage und schreibe in 14 Anträgen aus den Verwaltungsstellen, aber in keinem Antrag des Vorstands. In keiner Entschließung und in keinem Leitantrag taucht nur einmal das Wort „Handwerk“ auf.

Entschuldigung! In einem Vorstandsantrag zur Satzung kommt das Handwerk doch vor, nämlich dem zentralen Handwerksausschuss das Antragsrecht zum Gewerkschaftstag zu nehmen. Das ist falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich weiß, dass wir jede Menge Nachholbedarf haben. Und die Offensive Handwerk - das ist der erste Schritt dazu - hat der Vorstand ja auch ins Leben gerufen.

Euch, liebe Delegierte, bitte ich: Stimmt für das Antragsrecht des Handwerksausschusses und lehnt den Antrag des Vorstands ab.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit, vor allem den Kolleginnen und Kollegen aus dem Handwerk. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Siegfried. - Ich rufe jetzt auf Stefan Hölzer, Delegiertennummer 227, Verwaltungsstelle Braunschweig, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Stefan Hölzer, 227

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man auf einen Gewerkschaftstag kommt, bereitet man eine Rede vor. Diese habe ich gerade zusammengestrichen; denn man muss nicht das sagen, was andere schon gesagt haben. Der Mustafa hat jedenfalls Sachen gesagt, zu denen ich sagen muss: Mustafa, genau das ist die Argumentation auch aus der betroffenen Gruppe. Ich finde das genau richtig.

Besonders gefreut hat mich der Redebeitrag von Sabrina. Sabrina hat genau den richtigen Kern getroffen. Wir haben am Montag in diesem Saal eine total tolle Veranstaltung gehabt. Wir haben hier auch am Montag ein Signal gesetzt. Dieses Signal ist, glaube ich, in dieser Republik auch gehört worden. Dank der Jugend und dank Euch haben wir hier ein ganz deutliches Zeichen der Solidarität mit Migrantinnen und Migranten gesetzt. (Beifall)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass von diesem Kongress, von diesem Gewerkschaftstag dieses von uns gesetzte Signal jetzt ein Stück weit konterkariert wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir aktuell in der Situation, in der sich diese Republik und dieses Europa befinden, aber auch unsere Gewerkschaft - Mustafa hat gesagt, die Kolleginnen und Kollegen, die heute als Flüchtlinge kommen, sind morgen Migrantinnen und Migranten - befinden, ein Signal setzen, dass wir das Antragsrecht für die Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund streichen. Ich kann mir das einfach nicht vorstellen.

Kolleginnen und Kollegen, was mich allerdings ein bisschen beeindruckt beziehungsweise mir auch Sorgen macht, ist dieses: Wir streichen hier Antragsrechte für

verschiedene Bereiche innerhalb der Organisation, also für Personengruppen, weil die angeblich nicht legitimiert sind, weil die nur eingesetzt sind.

Statt das Antragsrecht zu streichen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte man doch überlegen, wie man diese Personengruppen so organisiert, dass sie eine demokratische Legitimation bekommen. Lasst uns doch darüber diskutieren. (Beifall)

Ich habe die Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen: Lehnt diesen Antrag ab. Ich sage es mal so: Der Kollege vom Handwerk hat es gesagt. Mustafa hat hier eine Spitzenleistung gebracht. Sabrina hat auch alle Argumente vorgetragen. Mehr brauche ich deshalb nicht mehr zu sagen. Lehnt diesen Antrag ab und lasst uns für mehr Demokratie und für mehr Beteiligung sorgen. Und lasst uns auch dafür sorgen, dass wir das ausbauen. Vielleicht gibt es noch andere Gruppen, die wir hier berücksichtigen müssen. Darüber lasst uns diskutieren. - Danke. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Stefan. - Ich rufe jetzt auf die Wortmeldung von Adrian Wiemer, Delegiertennummer 067, Verwaltungsstelle Aachen, Bezirk Nordrhein-Westfalen. - Adrian, Du hast das Wort.

Adrian Wiemer, 067

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir nicht leicht, jetzt das Wort zu nehmen, weil ich für den Antrag des Vorstands sprechen möchte.

Die IG Metall ist eine Organisation, in der Demokratie gelebt und erlebt wird. Wir haben eine Organisationsstruktur, die es unseren Mitgliedern ermöglicht, vor Ort auf kurzen Wegen mit der Delegiertenversammlung Einfluss auf die Politik der gesamten IG Metall zu nehmen. Unsere Delegiertenversammlungen vor Ort haben Antragsrecht und bieten so uns allen die Möglichkeit, in gewohntem Umfeld und ohne große Hürden mitzuarbeiten und mitzubestimmen.

Ich bin immer wieder begeistert von unserer basisdemokratischen Orientierung, von dem Engagement der Kolleginnen und Kollegen bei uns in der Organisation. Vor allem bin ich begeistert von der lebendigen Demokratie, von der andere Menschen in anderen gesellschaftspolitischen Organisationen nur träumen können.

Deshalb bin ich der Überzeugung, dass das Antragsrecht der Delegiertenversammlung der richtige Weg ist, um Kolleginnen und Kollegen aller Gruppen zu integrieren und ihnen Mitbestimmung zu ermöglichen. Ich finde deshalb das Bestreben des

Vorstands gut, das Antragsrecht auf so wenige Personen- und Zielgruppen wie möglich zu beschränken.

Aber ich möchte noch weitergehend begründen, warum ich den Antrag des Vorstands unterstütze. (Vereinzelte Pfiffe) Da kann man auch ruhig pfeifen. Ich habe in gesellschaftspolitischen Organisationen erlebt, in denen es etliche Personen- und Zielgruppen mit Antragsrecht gibt und gab, wie das zu einer Zergliederung der Mitglieder führte. Je mehr Personen- und Zielgruppen es gibt, umso mehr teilt sich die Mitgliedschaft in kleine Gruppen auf, und das Gegenteil von Integration findet statt.

Deshalb fordere ich Euch auch als Studierender auf, also als einer, der eventuell später einmal Angestellter sein könnte: Integrieren wir alle Kolleginnen und Kollegen in der Delegiertenversammlung. Einheit bedeutet, dass wir alle zusammen - egal, ob Azubi, Studierender, Facharbeiter, Rentner oder Arbeitsloser - diskutieren und nicht in getrennten Gruppen. Ich habe das in der Delegiertenversammlung in Aachen immer wertgeschätzt. Ich fordere Euch auf: Stimmt dem Antrag S.024 zu und lehnt die anderen Anträge ab. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall - vereinzelt Pfiffe)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Adrian. - Jetzt hat Thomas Heinz, Delegiertennummer 124, aus der Verwaltungsstelle Darmstadt, Bezirk Mitte, das Wort. - Bitte, Thomas, Du hast das Wort.

Thomas Heinz, 124

Hallo! Mein Name ist Thomas Heinz. Das habt Ihr ja gehört. Ich komme aus der Verwaltungsstelle Darmstadt. Ich bin dort in einem Betrieb der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende. Auch ich spreche für das Handwerk.

Man hat mittlerweile hier gesehen - auch der Kollege aus Köln hat es dokumentiert -, wie unterrepräsentiert das Handwerk eigentlich ist. Das finde ich mehr als schade. Darüber müssen sich die Delegiertenversammlungen in den Verwaltungsstellen vielleicht einmal Gedanken machen.

Ich habe jetzt gehört, dass ich kein Mensch und kein Mitglied bin, sondern zu einer Mitgliedergruppe gehöre. Was ich noch bemerkenswert finde - das sage ich, bevor ich zu meinem eigentlichen Wortbeitrag komme -, ist, dass die Satzungsberatungskommission für alle Anträge aus den Verwaltungsstellen Ablehnung und für den einzigen Antrag des Vorstands Annahme empfiehlt. Ich finde das schade. Es gab bis zu meinem Redebeitrag schon viele Wortbeiträge, die dazu aufriefen, für die Ab-

lehnung des Antrags vom Vorstand zu stimmen. Ich finde es schade, dass der Vorstand nach dieser kontroversen Diskussion, die wir hier führen, nicht hergeht und sagt: Wir nehmen den Antrag zurück. Das war ein Fehler von uns. (Starker Beifall)

Auch ich werbe logischerweise für die Ablehnung des Antrags vom Vorstand. Warum bitte ich Euch darum? Ich bitte Euch darum, weil dieser Antrag den Kolleginnen und Kollegen und ihrer Arbeit, die sie in dieser Branche täglich leisten, einfach nicht gerecht wird, weil man ihnen mit Annahme dieses Antrags in Zukunft die Möglichkeit nehmen würde, auf die strukturellen Veränderungen, die auch im Handwerk längst Einzug gehalten haben, aufmerksam zu machen. Das ist keine Wertschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wertschätzung für unsere Branche, für unser Handwerk sieht nach meiner Auffassung anders aus. Im Handwerk in unserer IG Metall leisten viele unserer haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen engagierte Arbeit im Sinne der IG Metall, und das tagtäglich.

Handwerksbetriebe können klein sein. Die durchschnittliche Betriebsgröße im Handwerk liegt bei sieben bis zehn Beschäftigten. Aber strukturelle Veränderungen und ein erbarmungsloser Verdrängungswettbewerb sorgen dafür, dass sich das Handwerk wandelt und Einheiten entstehen, die bundesweit ihre Leistungen erbringen. Auf diese Veränderungen machen unter anderem auch die neuen Handwerksanträge in der Entschließung 2 zu unserem Gewerkschaftstag aufmerksam.

Ein Weg, hier Anträge stellen zu können, ist die Antragstellung als Mitglied einer Verwaltungsstelle, als Mitglied der Delegiertenversammlung in der Verwaltungsstelle. Aber das ist für uns nicht genug. Wir Handwerker müssen die Möglichkeit haben, über die Verwaltungsstellen und Bezirke hinaus Veränderungen, die uns betreffen, direkt platzieren zu können. Damit will ich überhaupt nicht die Arbeit in den Verwaltungsstellen und Bezirken untergraben. Diese zeitintensive Arbeit stellen wir in keiner Weise in Frage.

Aber wir sollten uns dann schon mal in die Karten schauen und fragen: In wie vielen Verwaltungsstellen oder jetzt Geschäftsstellen wird eine reine Handwerksarbeit geleistet? In wie vielen unserer Geschäftsstellen gibt es einen Betreuungssekretär, der sich ausschließlich um das Handwerk kümmert? Diese Fragen sind gar nicht böse gemeint. Aber wir Handwerker brauchen die Unterstützung beim Wandel der „Wirtschaftsmacht von nebenan“, wie sich der Zentralverband des Deutschen Handwerks mittlerweile selbst benennt.

Logischerweise gibt es auch im Handwerk Leiharbeit, und das schon seit Beginn meiner Ausbildung in den Achtzigerjahren des letzten Jahrtausends. Werkverträge

sind bei uns seit den Neunzigerjahren ein Mittel zur Gewinnoptimierung. Die Flucht aus den Innungen und Flächentarifverträgen ist allgegenwärtig. Abschlüsse mit Gefälligkeitsgewerkschaften oder gar keine Tarifverträge sind bei den Arbeitgebern salonfähig geworden. Die CGM ist im Metallbauer- und Schlosserhandwerk mittlerweile gut verankert. Das müssen wir zu unserem Leidwesen zur Kenntnis nehmen.

Aber auch unsere M+E-Industrie befördert einen ökonomischen Wandel. Hier werden Eure Kolleginnen und Kollegen aus rein ökonomischer Sicht ins Handwerk ausgelagert. Ein Beispiel ist die Daimler AG, die ihre Niederlassungen schon vor Jahren ins Kfz-Handwerk überführt hat. Sie stellt diese aktuell mit der neuen billigen 100-Prozent-Tochter Anota bundesweit noch einmal ins Fegefeuer.

Ihr seht an diesen wenigen Beispielen, dass es unser aller Ziel sein muss, die Anliegen des Handwerks, die in der täglichen Arbeit zuweilen untergehen, anders als gewohnt zu bündeln. Wir brauchen eine Möglichkeit, auch außerhalb der Verwaltungsstellen und Bezirke Anträge für unsere hart umkämpfte Branche im Sinne aller Handwerkskolleginnen und -kollegen stellen zu können. Deshalb meine Bitte an Euch: Helft mit, dass das Handwerk auch in Zukunft in der IG Metall sichtbar ist und ein Ohr und ein Auge beim Vorstand hat. Helft uns, indem Ihr den Antrag ablehnt. - Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit und Unterstützung. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Thomas. - Bevor ich jetzt den nächsten Delegierten aufrufe, noch eine Information für Euch: Ihr habt sicher gemerkt, dass hier eine gewisse Unruhe zwischen Präsidium und SBK entstanden ist. Ich kann Euch versichern, dass wir nach den sieben Wortmeldungen, die jetzt noch vorliegen, in eine Pause eintreten werden. Die SBK hat uns nämlich signalisiert, dass sie Beratungsbedarf hat, der etwas mehr Zeit erfordert.

Wir werden dann nach der Pause in die Abstimmung eintreten. - Das sage ich nur zu Eurer Information. Denn ich finde, es ist Euer Recht, auch zu erfahren, warum wir hier so aufgeregt hin und her gehen und diskutieren; das bringt Unruhe hinein. Aber das hat eben diese Bewandnis, dass die SBK sich mit dem Vorstand zurückziehen wird und noch einmal über den Antrag beraten wird.

Dann geht es weiter in der Diskussion. Nils Knierim ist bereits am Mikrophon. Er hat die Delegiertennummer 254, er kommt aus der Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine aus dem Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Und ich bitte Olav Döring, sich danach bereitzuhalten. Nils, Du hast das Wort.

Nils Knierim, 254

Vielen Dank. Auch von mir ein herzliches Hallo, liebe Kolleginnen und Kollegen! Name und Verwaltungsstelle wurden genannt. Ich bin in Salzgitter bei der Salzgitter Flachstahl beschäftigt und bin dort der Vertrauenskörperleiter.

Gerade die Betriebe in meiner Verwaltungsstelle zeichnen sich darin aus, dass wir einen hohen Anteil an Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben mit einem Migrationshintergrund haben. Diese Kollegen sind in ihrem Migrantenausschuss sehr aktiv.

Die Kollegen haben in diesem Migrantenausschuss auch Anträge an den Gewerkschaftstag über die Delegiertenversammlung gestellt. Aber trotzdem sage ich in aller Deutlichkeit: Für mich ist dieser Antrag ein eindeutiger Schritt in die falsche Richtung. (Beifall) Auch ich bin zum ersten Mal ordentlicher Delegierter auf einem ordentlichen Gewerkschaftstag. Aber ich glaube, das hätte ich so auch in Karlsruhe diskutiert.

Wir haben auch gehört, dass der Antrag eine Stärkung der Delegiertenversammlung sein soll. Ich glaube, wir haben hier noch viele gute Anträge aus den Delegiertenversammlungen auf diesem Gewerkschaftstag zu beschließen, und das war auch möglich ohne diese Satzungsänderung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir reden immer mehr von einer Beteiligungsgewerkschaft, und das tun wir auch zu recht. Denn ich glaube, der Beteiligungsansatz ist auch sehr wichtig. Wir wollen doch, dass sich alle Gruppen in der IG Metall zu Hause fühlen. Auch dieser Ansatz ist mehr als erstrebenswert.

Also müssen wir nun den Kolleginnen und Kollegen, die sich in dieser Beteiligungsgewerkschaft engagieren, sehr wohl den Rücken stärken. Ich glaube, den Rücken kann man auch dadurch stärken, dass man diesen Gruppen oder diesen Ausschüssen ein Antragsrecht nach Satzung gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das Argument, dass aus diesen Ausschüssen relativ wenig kommt und deren Bedeutung deswegen auch nicht wahrgenommen wird, lasse ich nicht gelten. Denn es kann doch nicht sein, dass man, wenn beispielsweise Ausschüsse nicht funktionieren, das Antragsrecht streicht, ohne einmal zu gucken, warum das eigentlich so ist.

Warum gibt es denn in verschiedenen Verwaltungsstellen keine funktionierenden Ausschüsse? Warum gibt es auch bundesweit nicht die Möglichkeit, Anträge zu stellen und Ähnliches? Dazu haben viele Vorredner von mir ebenfalls etwas gesagt. Ich glaube, da müssen wir dringend ansetzen.

Die Debatte vorher zu den Fusionsverwaltungsstellen zeigt mir, dass ein Grund wahrscheinlich wohl das liebe Geld ist. Auch darüber müssen wir uns vielleicht Gedanken machen, wie wir das stärken, damit es dort wieder Sekretäre gibt, die diese Arbeit nach vorne bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich habe auch gehört, dass wir jetzt nicht auf das Thema Wertschätzung eingehen sollten beziehungsweise dass es keine Wertschätzung bedeutet, wenn man ein Antragsrecht hat. Ich sehe das absolut anders. Ich glaube, es ist absolut wertschätzend, wenn man sich in einer Personengruppe, in einer Zielgruppe oder in einem Ausschuss engagiert, dort eine Menge Arbeit hineinsteckt und wenn dann in der Satzung ein entsprechendes Antragsrecht erwähnt ist. Das ist für mich eine richtig gute Wertschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Lasst mich an dieser Stelle noch eine Sache sagen: Wir reden auch über eine andere Gruppe immer sehr viel, dass wir sie wertschätzen, dass sie wichtig sind, dass sie das Rückgrat der Organisation sind: Das sind die Vertrauensfrauen und -männer in unserer Organisation.

Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen zu sagen: Bitte, lehnt nicht nur den S.024 ab, sondern stärkt dann auch den Antrag S.025, dass auch die Vertrauensleute diesen Stellenwert in der Satzung erfahren.

Liebe Oranienburger, es tut mir wirklich leid: Deswegen werden wir dann natürlich auch nicht den Antrag S.029 unterstützen können - nicht weil wir das nicht für gut finden, was Ihr dort beantragt, sondern weil wir sonst den Vertrauensleuten das vielleicht gewonnene Antragsrecht wieder wegnehmen. - Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit. Glück auf! (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Nils. - Jetzt Olav Döring - er hat die Delegiertennummer 235 - aus der Verwaltungsstelle Alfeld-Hameln-Hildesheim, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Ihm folgt Jochen Homburg.

Olav Döring, 235

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Nils hat eben schon die Überleitung zum S.025 gemacht. Ich kann zum S.024 kurz und knapp nur noch sagen: Ich sehe das genauso. Der S.024 darf von uns einfach nicht angenommen werden. Warum und wieso, das habt Ihr von vielen Rednern vorher gehört. (Beifall)

Ich möchte Euch kurz den Weg beschreiben, warum die Verwaltungsstelle Alfeld-Hameln-Hildesheim diesen Antrag gestellt hat. Die Delegierten der Verwaltungsstelle Alfeld-Hameln-Hildesheim haben ihn in ihrer Delegiertenversammlung Anfang des Jahres auf den Weg gebracht. Und warum haben sie das gemacht? - Weil ich als Mitglied des bezirklichen Vertrauensleuteausschusses des Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt von unserer Ausschusssitzung im Herbst letzten Jahres berichtet habe, wo wir eine heiße Diskussion hatten über die Nichtwertschätzung und Nichteinbeziehung der Vertrauensleute in die Organisation bis zu diesem Zeitpunkt.

Es sind Diskussionen gelaufen, wo man uns Vertrauensleute nicht mit einbezogen hat, die uns aber betroffen haben. Deswegen gab es diese Diskussion, und wir haben gesagt: Wir müssen diesen Antrag stellen. Das heißt, wir fühlten uns nicht mehr wahrgenommen.

Wir von der Verwaltungsstelle Alfeld-Hameln-Hildesheim wollen mit diesem Antrag dem Vertrauensleuteausschuss beim Vorstand ein Antragsrecht zum Gewerkschaftstag geben, um zum einen - das haben wir heute auch schon gehört - ein Signal nach außen zu geben und zum anderen - viel wichtiger - auch ein Signal nach innen zu geben, an das Fundament unserer Organisation.

Das sind für uns nämlich die Vertrauensleute der IG Metall. (Vereinzelt Beifall) Und warum sind sie das? - Weil sie tagtäglich mit den Kolleginnen und Kollegen diskutieren, was unsere hiesige Organisation uns in den Ausschüssen vermittelt und was wir dort diskutieren.

Das heißt, die Vertrauensleute der IG Metall sind und bleiben das Sprachrohr zwischen den Belegschaften und - hier steht noch „Verwaltungsstelle“ - den, wie es jetzt heißt: „Geschäftsstellen“.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, empfehle ich Euch im Namen der Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Alfeld-Hameln-Hildesheim, diesen Antrag S.025 anzunehmen. - Ich danke Euch. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Olav. - Jetzt kommt Jochen Homburg, Delegiertennummer 125 aus der Verwaltungsstelle Darmstadt und dem Bezirk Mitte. Ihm folgt Thorsten Dieter.

Jochen Homburg, 125

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vielleicht hat der Vorstand ja eine gute Eingebung und nimmt den Antrag zurück - und eigentlich ist es gar nicht notwendig, dass ich noch spreche. (Beifall)

Ich möchte aber ein persönliches Statement gerne abgeben: Vertrauensleutearbeit ist mir sehr wichtig, und bei der Vertrauensleutearbeit schlägt das Herz der IG Metall. (Beifall)

Deswegen ist es nicht ersichtlich, warum sie hier kein Antragsrecht haben sollen. Entweder gewähren wir allen Personengruppen oder Mitgliedsgruppen - oder wie auch immer - ein Antragsrecht oder keiner Gruppe. (Beifall)

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit und bitte Euch, entsprechend abzustimmen.

Lasst mich am Ende noch ein Wort zu möglichen Satzungsproblemen sagen: Ich denke, dass es am Ende nicht ein juristisches Problem sein kann, welchem Antrag wir zugestimmt und welchen wir zuletzt behandelt haben. Denn wenn eine Mehrheit des Gewerkschaftstages etwas möchte, nämlich ein Antragsrecht für Vertrauensleute oder für Migranten oder für andere, dann kann das am Ende kein Satzungsproblem sein. - Vielen Dank. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Jochen. - Ich erteile jetzt Thorsten Dietter das Wort. Er hat die Teilnehmernummer 3/065 und kommt aus der Verwaltungsstelle Reutlingen-Tübingen aus dem Bezirk Baden-Württemberg. Dann hält sich bitte Jürgen Brandies bereit.

Thorsten Dietter, 3/065

Hallo, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, dass das so einen Gewerkschaftstag eher spannend macht, wenn es hier verschiedene Meinungen gibt. Die meisten bereiten sich ja nicht im Vorfeld auf einen Beitrag vor, sondern haben entweder über den Ausschuss oder in der Verwaltungsstelle, in der Delegiertenversammlung, einen Antrag eingebracht und die Position verdeutlicht. Das ist auch bei mir der Fall.

Ich bin im bezirklichen Vertrauensleuteausschuss in Baden-Württemberg aktiv, und das Gleiche gilt für den Zentralen Vertrauensleuteausschuss beim Vorstand. Ich bin Vertrauenskörperleiter bei Bosch in Reutlingen.

Ich möchte auch erklären, wie es zu den Anträgen aus Baden-Württemberg kam, und ich möchte auch eine Position vom Zentralen Vertrauensleuteausschuss abgeben, wo wir am 7. und 8. Oktober über dieses Thema abschließend diskutiert und auch eine Position vereinbart haben.

Schwerpunkt unserer Arbeit der letzten vier Jahre in beiden Gremien, des bezirklichen Vertrauensleuteausschusses BaWü und im Zentralen Vertrauensleuteausschuss, war eine Weiterentwicklung und Stärkung der Vertrauensleutearbeit. Damit meine ich beispielsweise die Bedingungen für Vertrauensleutearbeit bei immer stärker zunehmender Schichtarbeit und oft Personalstärken, die in der Produktion am unteren Limit stattfinden und dabei Freiräume für eine Vertrauensleutearbeit immer mehr einschränken oder gar nicht mehr ermöglichen.

Die Fragestellung war für uns: Wie kann sich Vertrauensleutearbeit, wie kann sich die Struktur weiterentwickeln, damit diese den künftigen Herausforderungen gerecht wird? - Genau mit solchen Fragen und einer generellen Aufwertung der Vertrauensleutearbeit haben wir uns in den letzten vier Jahren in beiden Ausschüssen befasst.

Dann wurde uns im Sommer - das war im Juni 2014 - in den entsprechenden Ausschüssen bekannt, dass in der Vertrauensleuterichtlinie - Achtung, das ist jetzt nicht die Satzung; bei den Vertrauensleuten ist das anders; wir tauchen ja in der Satzung gar nicht auf - ein Antragsrecht des Zentralen Vertrauensleuteausschusses an den Vorstand und an den Gewerkschaftstag gestrichen werden soll. Die Ursache dafür war - das wurde auch von der Satzungsberatungskommission genannt -, dass diese Richtlinie im Widerspruch zur Satzung stand und dieser Widerspruch durch die Streichung - in der Dezember-Sitzung im Beirat erörtert - aufgelöst werden sollte.

Dies hat bei uns im Bezirk zu großen Irritationen und Diskussionen geführt bezüglich des Stellenwerts. Da widerspreche ich auch der Satzungsberatungskommission, dass zumindest dieser emotionale Bezug in diesen entsprechenden Gruppen sehr wohl passieren kann, dass, wenn so ein Recht dann nicht mehr drin ist, eine Diskussion ausgelöst wird. Aber ich will erklären, worum es uns dabei ging.

Wir wussten ja nicht, in welche Richtung sich hier eine Diskussion entwickelt. Und mit „Irritationen“ meine ich, es wurde sofort geschlussfolgert, es geht hier um den Stellenwert der Vertrauensleutearbeit, und das ist ein ganz schlechtes Signal, das wir hier in die Organisation aussenden.

Auf der anderen Seite war es aber in unserer Diskussion unstrittig, dass die Richtlinie, wenn dies im Widerspruch zur Satzung steht, entsprechend angepasst werden muss. Daher habe ich dann auf der Beiratssitzung, in vorheriger Abstimmung mit

dem Zentralen Vertrauensleuteausschuss und auch im Bezirk, unsere Positionen und Befindlichkeiten zur Weiterentwicklung und Aufwertung der Vertrauensleutearbeit, als es um die Vertrauensleuterichtlinie in der Sitzung ging, vorgetragen.

Infolgedessen entstanden dann Anträge - aus Baden-Württemberg drei, die jetzt im Nachgang auch kommen -, die eben diese Satzungsänderung eingefordert haben, um diesen Begriff der Vertrauensleute aufzunehmen.

Jetzt kommt der Punkt, der mir hier wichtig ist: Zu diesem Zeitpunkt war dies richtig. Heute - es war also nicht vorhersehbar - sehen wir das anders, und zwar aus dem Grund, dass in einem Debattenpapier zum Gewerkschaftstag vom Vorstand eine sehr starke Positionierung bezüglich der Vertrauensleutearbeit, einer Weiterentwicklung der Vertrauensleutearbeit, einer Aufwertung der Vertrauensleutearbeit dann im Leitantrag 5 unter Beteiligungsgewerkschaft sehr deutlich und mit sehr schönen Signalen letztlich erfolgt ist. Wir haben diese Signale dann im Bezirk diskutiert und auch im Zentralen Vertrauensleuteausschuss. Wir sehen dort genau diese Themen, um die es uns inhaltlich geht, nämlich diese Stärkung und Weiterentwicklung, berücksichtigt.

Ich muss einfach den Diskussionsstand wiedergeben: Der war sowohl in Baden-Württemberg als auch im Zentralen Vertrauensleuteausschuss so, dass wir uns jetzt, weil wir das Recht nicht haben, nicht so klein fühlen, dass wir unsere Interessen auf Delegiertenversammlungen nicht einbringen können. Ich will damit jetzt nicht werten, was das mit anderen Ausschüssen zu tun hat, und sehe da auch durchaus, dass das differenziert zu betrachten ist. Bei den Vertrauensleuten war das zumindest nicht die Diskussion.

Deswegen war es uns wichtig, eine nach vorn gerichtete Diskussion zu führen, in der wir hier inhaltlich weiterkommen. Ich kann nur sagen: Jörg, Du hast Dich im ergänzenden Geschäftsbericht zur Vertrauensleutearbeit schon eingebracht, und Du hast heute mit Deinen Ausführungen im Grundsatzreferat zur Ausrichtung der Vertrauensleutearbeit, indem Du die Vertrauensleute als Gestalter des Arbeitslebens bezeichnet und dabei die dafür notwendigen Freiräume für Vertrauensleutearbeit ausdrücklich benannt hast, hier ebenfalls ein starkes Signal zu dieser Weiterentwicklung der Vertrauensleutearbeit ausgesandt. Du sprichst uns damit aus dem Herzen.

Kurzum: Diese Diskussion werden wir unter dem Leitantrag Beteiligungsgewerkschaft vertiefen. Unser Diskussionsstand - wie vor zwei Wochen - im Bezirk war: Wir können mit einem vorliegenden Vorstandsantrag, nach dem die Meinungsbildung bezüglich Antragsrecht der Vertrauensleute in den Delegiertenversammlungen

stattfindet, gut leben. Dies ist auch die Position dieser beiden Ausschüsse. - Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Thorsten. - Ich rufe jetzt Jürgen Brandies auf. Er hat die Delegiertennummer 136, kommt aus der Verwaltungsstelle Hanau aus dem Bezirk Mitte.

Jürgen Brandies, 136

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt festgestellt, dass die Masse der Leute, die hier diskutiert haben, dafür ist, dass die Satzung im Zusammenhang mit den Vertrauensleuten so bleibt oder verbessert wird. Ich gehe auch davon aus, dass unser Vorstand weise und klug ist und deswegen diesen Antrag zurückziehen wird, auch wenn vielleicht irgendwelche Technokraten hier etwas als Antrag formuliert haben, was nicht ganz so glücklich ist. Denn es gibt doch wirklich kein Argument.

Wir wollen doch nicht ernsthaft - heute wird in der Presse noch überall geschrieben, dass die erste Frau ins Zentrum der IG Metall gewählt wurde - damit anfangen, dass unsere Gewerkschaft das Antragsrecht ausgerechnet der Angestellten - was ja auch in den Zeitungen zu lesen ist - kappt. Migranten und so weiter. Das kann doch nicht wahr sein! (Vereinzelt Beifall)

Ich verstehe auch nicht, dass wir hier überhaupt noch diskutieren. Denn die Stimmung, die Argumente sind doch klar - ich will sie einmal zusammenfassen -: Der eine Kollege hat von Spaltung gesprochen. Ich selbst bin schon öfter auf Gewerkschaftstagen gewesen als „die Mutti“. Also, ich habe mehr Erfahrung mit Gewerkschaftskongressen als sie. (Heiterkeit)

Auf allen Gewerkschaftskongressen war das nie ein Problem. Wieso jetzt? Was hat denn da wen geritten?

Die zweite Argumentation mit den Delegiertenversammlungen oder - wie ich es immer noch sage - den Vertreterversammlungen: Die werden doch damit nicht aufgewertet. Delegiertenversammlungen gibt es auch schon so lange, und die übergroße Masse unserer Anträge - ich habe es nicht ausgerechnet - wird auch von diesen Delegiertenversammlungen gestellt. Die Handvoll Anträge - meiner Meinung nach viel zu wenig -, die von solchen Ausschüssen gestellt werden, die wollen wir auch noch kappen?

Wenn das unser neues Zeichen von der IG Metall ist, dann sage ich es einmal auf Hessisch: Da lache aber wirklich die Hinkel. (Vereinzelt Beifall) Deswegen bitte ich

einfach: Lasst uns aufhören zu debattieren! Das schadet niemandem, aber auch wirklich niemandem, wenn wir mehr Beteiligung in unserer Gewerkschaft organisieren.

Wie gesagt: Ich gehe davon aus, dass wir einen schlaunen Vorstand haben. (Vereinzelt Beifall) - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall - Pfiffe)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Jürgen. - Jetzt wird Günter Triebe zu Euch sprechen. Er hat die Delegiertennummer 289. Er kommt aus der Verwaltungsstelle Berlin. Der Bezirk ist Berlin-Brandenburg-Sachsen.

Günter Triebe, 289

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von mir noch einmal einen recht schönen Nachmittag. - Ich bin stellvertretender Sprecher des Seniorenarbeitskreises in Berlin. Wir sind eine relativ aktive Truppe von rund 40 Kolleginnen und Kollegen, rüstige Rentner und welche, die schon ein bisschen klapprig, aber im Kopf noch sehr klar sind und die in den letzten Jahren sehr viel dazu beigetragen haben, Mitglieder, die an Austritt gedacht haben, in der IG Metall zu halten.

Seit gestern sind wir einer mehr. Detlef Wetzel gehört ja nun auch zu den Senioren in unserer Organisation.

Wir sind in der IG Metall eine halbe Million und auf dem Gewerkschaftstag vier. Dann haben wir noch, soweit ich weiß, zwei Kollegen aus dem Arbeitslosenbereich, sodass der AGA-Bereich hier auf dem Gewerkschaftstag mit sechs Leuten vertreten ist. In unserer Delegiertenversammlung in Berlin sind wir 150 Mitglieder. Davon sind 12 Seniorinnen und Senioren. Wir haben dort eine Reihe von Anträgen gestellt, auch einen Antrag zu diesem Thema. Leider hat er keine Mehrheit gefunden, wie die meisten unserer Anträge keine Mehrheit gefunden haben.

Das ist auch der Grund dafür, warum ich für die Annahme des Antrags S.029 spreche. Wir wollen in der Delegiertenversammlung gar nicht stärker repräsentiert sein, denn die Musik spielt in den Betrieben und nicht dort, wo sich die Rentnerinnen und Rentner befinden. Wenn wir aber feststellen - das haben wir in Berlin festgestellt -, dass unsere Anliegen dort abgebügelt werden, gibt es überhaupt keine andere Möglichkeit, als über Ausschüsse bis hin zum Bundesausschuss ein Antragsrecht zu haben. Ansonsten können wir unsere Anträge gar nicht mehr auf einem Gewerkschaftstag einbringen.

Schon im Debattenpapier wurde nur von Beschäftigten gesprochen. Die Seniorinnen und Senioren kamen dort im Grunde gar nicht vor.

Wir haben den Widerspruch, dass auf der einen Seite eine Wertschätzung gegenüber den Seniorinnen und Senioren geäußert wird, während bei der praktischen Umsetzung, bei der Integration in die Organisation noch viel Nachholbedarf besteht.

Deshalb werbe ich noch einmal für die Annahme des Antrags S.029. Natürlich schließe ich mich den Vorrednern an, dass der Antrag S.024 des Vorstands abgelehnt wird. - Danke schön. (Beifall)

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Günter. - Das Wort hat jetzt Murat Yaman mit der Delegiertennummer 014. Murat kommt aus der Verwaltungsstelle Bochum-Herne, Bezirk Nordrhein-Westfalen. Murat, Du hast das Wort.

Murat Yaman, 014

Danke schön. - Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe extra aufgepasst, damit ich nicht wieder darauf hingewiesen werde, dass ich „Kollegen und Kollegen“ sage. Darauf wurde ja vom Präsidium hingewiesen.

Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil ich finde, dass die Diskussion gerade in die falsche Richtung geht. Das Thema Migration wird aufgebauscht. Ich will versuchen, einiges klarzustellen, warum ich für diesen Antrag stimmen werde.

Meine Eltern haben einen Migrationshintergrund. Wo fängt ein Migrationshintergrund an? Wenn man in Deutschland geboren ist? Wenn man sich hier etabliert hat? Wenn man hier arbeitet? Wenn man sich hier in dieser Gewerkschaft IG Metall engagiert oder auch hier vor Ort sitzt?

Ich glaube, die Jugend hat aufgezeigt, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund hier sitzen. Ich glaube, ich bin nicht allein. Man muss nur einmal in der eigenen Verwandtschaft zurückgehen und gucken: Gibt es da noch irgendwo Migration?

Ich möchte die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im Bundesmigrationsausschuss loben. Diese Arbeit war notwendig. Das Antragsrecht war notwendig, als die Menschen hierhergekommen sind, die Arbeit aufgenommen haben und verdammt viele Probleme hatten, die speziell auf sie bezogen waren. Ich glaube, diese Menschen

haben wir alle in Altersteilzeit oder in den Vorruhestand gebracht. Vielleicht haben wir es mittlerweile schon geschafft, einige aus der zweiten Generation in Rente zu bringen.

Ich komme aus einem 60-Nationen-Betrieb. Ich bin bei Opel in Bochum stellvertretender Betriebsratsvorsitzender gewesen, bis zur Beendigung der Fahrzeugproduktion. Mittlerweile bin ich Betriebsratsvorsitzender im Rest-Opel-Betrieb mit 700 Beschäftigten. Wir haben immer noch verdammt viele Nationen bei uns oder Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund.

Wir haben verdammt viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Angestelltenbereich integriert, so wie es die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes vorgeschrieben hat. Ich glaube, wir sind in der Delegiertenversammlung alle vertreten, da ist die Migration vertreten. Alle diejenigen, die Angst haben, dass ihre Anträge nicht angenommen oder nicht akzeptiert werden, kann ich beruhigen. Die Jugend hat hier gestanden, hat für die Menschen, die hierhin geflüchtet sind, gestanden. Sie hat entsprechend ihre Stimme erhoben.

Wenn dieser Antrag nur an dem Thema Migration scheitern sollte, führen wir hier die falsche Diskussion. Ich plädiere dafür, dass wir alle Angestellten in die Delegiertenversammlungen hineinbekommen müssen. Wir müssen die Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund in die Delegiertenversammlungen bekommen. Dort müssen wir die Basisarbeit machen. Wir müssen der Delegiertenversammlung den entsprechenden Wert geben, den sie verdient hat. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen. - Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Bettina Haller, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Murat. - Jetzt kommt als letzter Redner Peter Borchert mit - hört Euch das gut an - der Delegiertennummer 001. Er kommt aus der Verwaltungsstelle Bielefeld, Bezirk Nordrhein-Westfalen. Peter, bitte schön.

Peter Borchert, 001

Moin, moin, Kolleginnen und Kollegen! Jetzt bin ich der erste Delegierte auf der Liste. Ob ich es gleich noch bin, weiß ich nicht.

Ich möchte den Vorstand ermutigen, seinen wahrscheinlich gleich vorgetragenen Rückzug zurückzunehmen. Ich bin dafür, dem Vorstandsvorschlag zuzustimmen. Als ich als Auszubildender in die IG Metall eingetreten bin, habe ich das nicht so verstanden: Ich trete als Auszubildender in die IG Metall ein. Ich bin in die IG Metall

gegangen, weil mein Großvater Gewerkschafter war und ich eingesehen habe: Gewerkschaft ist wichtig, gemeinsam ist man stark.

Irgendwann war ich dann Arbeitnehmer; heute bin ich Angestellter. Deswegen bin ich immer noch Metaller. Für mich ist die Keimzelle der Gewerkschaft der Betrieb. Die Kolleginnen und Kollegen in unserem Betrieb fühlen sich als Gewerkschafter. Der Kollege, der in Marokko geboren ist, sagt nicht: Ich bin Gewerkschafter mit Migrationshintergrund. Er sagt vielmehr: Ich bin IG Metaller. Wir setzen uns gemeinsam als Euscheraner - so nennen wir uns - für unsere tarifpolitischen Ziele ein.

Die Keimzelle in der Geschäftsstelle - ehemals Verwaltungsstelle - ist die Delegiertenversammlung. (Beifall) Wenn ich ein politisches Ziel über die Delegiertenversammlung nicht durchbekomme, dann muss ich mir Gedanken machen: Liegt das daran, dass ich keine Mehrheiten schaffen kann? Wenn das so ist, dann muss ich mir darüber ebenfalls Gedanken machen und an die politischen Entscheidungsträger appellieren, nämlich an die Delegierten in der Delegiertenversammlung, sich einen Kopf über Mitgliedsgruppen und Zielgruppen zu machen und sie dafür zu gewinnen, dass ich mich für deren Interessen entscheide.

Meiner Meinung nach kann es nicht sein, dass man, wenn das gefällige Ergebnis nicht zustande kommt, sagt: Dann gehe ich ganz nach oben und werde den Leuten schon zeigen, wo es langgeht. (Beifall)

Wir brauchen Zielgruppenarbeit, sicherlich. Aber Zielgruppenarbeit heißt für mich nicht Sonderstatus. Das ist das Problem für mich, wenn ich bestimmten Zielgruppen einen Sonderstatus gebe, indem sie ein Sonderbeantragungsrecht haben. - Ich danke Euch. Glück auf! (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Peter. - Das war jetzt der letzte Wortbeitrag. Es war eine lebhaft Diskussion. Kolleginnen und Kollegen, wir bleiben dabei, wir machen jetzt eine Pause. Die Satzungsberatungskommission zieht sich zur Beratung zurück. Wir treffen uns dann nach der Pause wieder zur Abstimmung beziehungsweise hören uns an, wie der Beschluss ausgefallen ist, den die Kommission fasst.

Ich habe dann noch eine Ansage zu machen. Die Delegierten des Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt treffen sich jetzt gleich zu Beginn der Pause hier an der Bühne, um ein gemeinsames Foto zu machen.

Dann noch eine Bitte an die Bezirksleiter, nämlich hier nach vorne zu kommen. Auch der Vorstand soll bitte hier bleiben. Ihr seht, Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion wird sehr ernst genommen.

Wir treffen uns um 16.15 Uhr wieder hier.

(Unterbrechung des Kongresses: 15.42 Uhr)

•

(Fortsetzung des Kongresses: 16.17 Uhr)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Bevor wir in der Satzungsberatung weitermachen, eine kurze Vorrede: Die Kolleginnen und Kollegen, die den Verteildienst übernommen haben, haben Euch in der Pause auf die Tische gelegt die Entschließung 1 sowie Ergänzungs- und Initiativanträge, die dem zugeordnet werden, auch den Leitantrag für Junge IG Metall sowie weitere Ergänzungs- und Initiativanträge.

Dies alles dient der Vorbereitung unserer Antragsberatung, in die wir aller Voraussicht nach morgen früh einsteigen werden. Aber das steht zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz fest. Wir müssen abwarten, wie wir heute vorankommen.

Ich hoffe, wir haben jetzt weiterhin Eure Aufmerksamkeit.

Ich habe vorhin gesagt: „Das war dann unser letzter Redner.“ Ich muss es noch einmal ganz formal sagen: Wir haben damit auch die Rednerliste geschlossen. Zukünftig werden wir dieses immer ganz deutlich machen; denn das alles soll ja auch formal richtig sein, damit auf unserem Gewerkschaftstag nichts Falsches passieren kann.

Die Beratungen haben stattgefunden. Ich werde jetzt als Erstem Kai Trulsson von der Satzungsberatungskommission das Wort erteilen. Danach wird Jörg Hofmann noch einmal zu uns sprechen. - Kai, Du hast das Wort.

Kai Trulsson, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Danke, Birgit. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Besserung gelobt. Nach Rücksprache mit dem Antragsteller, also dem Vorstand, möchte ich Euch mitteilen,

dass die Satzungsberatungskommission ihre Empfehlung für den Antrag S.024 geändert hat; sie empfiehlt nun Ablehnung. (Beifall) Näheres dazu wird Jörg gleich noch sagen.

Eines zu sagen ist uns aber noch wichtig: Bei allen anderen Anträgen, bei den Anträgen S.025 bis S.029, bleibt die Empfehlung wie bisher bei Ablehnung. - Danke.

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke Kai. - Jörg, Du hast das Wort.

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in außergewöhnlichen Zeiten braucht man außergewöhnliche Entscheidungen, auch solche Entscheidungen des Vorstands. In einer solchen Situation, nämlich in der Situation, dass wir gerade auf diesem Gewerkschaftstag intensiv über das Thema Migration und Flüchtlinge gesprochen haben, müssen wir darauf achten, dass keine negative Außenwirkung und Symbolik über Anträge entsteht. (Beifall)

Deswegen, aber nur deswegen. Und nicht weil wir weiter darauf bestehen, dass der Betrieb unsere gewerkschaftliche Basis ist und die Verwaltungsstelle der Ort der Demokratie innerhalb der IG Metall. Das bleibt bestehen. Aber weil es gegebenenfalls durch die Veränderung des Status quo eine negative Außenwirkung im Kontext Migration und Flüchtlinge geben könnte, ist der Vorstand in seiner Mehrheit der Auffassung, dass wir diesen Antrag nicht weiter verfolgen, sodass die Satzungsberatungskommission jetzt auf Ablehnung plädiert.

Damit gilt aber auch, dass wir als Vorstand mit aller Deutlichkeit sagen: Das gilt dann auch bei der Empfehlung der Satzungsberatungskommission für die Anträge S.024 bis S.029.

Ich glaube, Kolleginnen und Kollegen, damit können wir leben. Ich bitte Euch, dem so zu folgen. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Jörg.

Wir kommen damit zur Abstimmung, Kolleginnen und Kollegen. Ihr habt die veränderte Position der Satzungsberatungskommission gehört.

Ich stelle jetzt den Antrag S.024 zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich sehe keine einzige Karte. - Doch, dort ganz hinten gibt es vereinzelt Kartenzeichen. Der Empfehlung der Satzungsberatungskommission ist damit bei nur wenigen Gegenstimmen gefolgt worden.

Folgt Ihr also der Empfehlung der Satzungsberatungskommission auf Ablehnung dieses Antrags? Wenn ja, dann bitte ich Euch um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen ist dieser Antrag abgelehnt. Danke, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag S.025. Ich frage: Wer ist für die Annahme dieses Antrags? Den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wenige Stimmen dafür. Danke schön. Wer ist für die Ablehnung dieses Antrags? - Danke sehr. Bitte noch die Enthaltungen. - Bei wenigen Enthaltungen ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag S.026. Auch hier wieder das gleiche Verfahren: Wer ist für diesen Antrag? Bitte die Karte hoch. - Wenige Zustimmungen. - Jetzt die Frage: Wer ist für die Ablehnung dieses Antrags? - Danke sehr. Wer enthält sich? - Wenige Enthaltungen. Somit ist auch dieser Antrag abgelehnt, Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag S.027. Wer ist für die Annahme dieses Antrags? Bitte die Karte hoch. - Wenige Zustimmungen. Wer ist für die Ablehnung dieses Antrags? - Danke schön. Ich frage auch noch nach Enthaltungen. - Wenige Enthaltungen. Auch dieser Antrag ist abgelehnt, Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag S.028. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wenige Zustimmungen. Wer ist für die Ablehnung dieses Antrags? - Danke schön. Und wer enthält sich? - Wenige Enthaltungen. Somit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum letzten Antrag aus diesem Paket, zum Antrag S.029. Wer ist für die Annahme dieses Antrags? Bitte die Karte hoch. - Wenige Zustimmungen. Wer ist für die Ablehnung dieses Antrags? - Danke. Wer enthält sich bei diesem Antrag? - Wenige Enthaltungen. Somit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir haben damit bewiesen: Durch muntere Diskussionen und eine flexible Satzungsberatungskommission und einen flexiblen Vorstand konnten wir auch dieses Problem vorerst lösen. (Beifall) Ja, das ist durchaus einen Applaus wert.

Wir haben jetzt einen Wechsel beim Sprecher der Satzungsberatungskommission. Für die nächsten Anträge wird uns Martin Röhl die Empfehlungen der Satzungsberatungskommission begründen.

Der Antrag S.030 wurde zurückgenommen. Wir starten deshalb jetzt mit dem Antrag S.031, den ich hiermit aufrufe. - Martin, Du hast das Wort.

Martin Röhl, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Danke, Birgit. - Ganz kurz zu mir: Ich bin Martin Röhl, Zweiter Bevollmächtigter in der aufstrebenden Verwaltungsstelle Stuttgart. (Beifall) Das ist der Ort, wo die Autos gebaut werden, die keiner braucht, aber doch jeder gerne hat.

Ich komme zum großen Thema Arbeitskampf. Birgit hat es angekündigt. Der Antrag S.030 ist zurückgenommen worden. Ich weiß von unserer Nachbar-Verwaltungsstelle: Die Kolleginnen und Kollegen wollten sicherstellen, dass das Thema „Neue Arbeitskampfkonzepte“ hier auf dem Gewerkschaftstag adäquat behandelt wird, das wir in der Organisation in der Zwischenzeit auch schon intensiv diskutiert haben in einer Arbeitsgruppe aus haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen beim Vorstand sowie in vielen Tarifkommissionen und Delegiertenversammlungen.

Sicherlich ist zum Thema selbst im Laufe der Woche noch vieles zu diskutieren. Ich kann und will diese Diskussion jetzt nicht vorwegnehmen, so spannend es auch wäre und so sehr es mich auch juckt.

Ein Zwischenergebnis der Diskussion ist, dass vieles von dem, worüber in der IG Metall, also in den Bezirken und in den Tarifkommissionen diskutiert wird, auch bei der aktuellen Satzungslage möglich und zulässig ist. Das wurde satzungsrechtlich ausführlich geprüft. Wir haben da jede Menge Möglichkeiten.

Aus diesem Grund findet sich das Thema jetzt auch in den Entwürfen für die Entschlüsse, vor allem im Leitantrag wieder, den wir im Laufe der Woche hier diskutieren wollen. Auch wir als SBK schließen uns dieser Einschätzung an und möchten, dass eine intensive Diskussion über die Änderungen unserer Arbeitskampfkonzepte stattfindet, aber dass wir diese Diskussion ganz offen ohne Satzungszwänge unterhalb der Ebene einer Satzungsänderung führen. Deswegen bitten wir Euch, dort dann intensiv zu diskutieren und gemeinsam zu gucken: Wie kommen wir bei der Frage voran?

Es bleibt in diesem Komplex der Antrag S.031 der Verwaltungsstelle Dortmund. Bei dem Antrag kommt aus unserer Sicht hinzu, dass er ganz konkret in der Formulierung so nicht nötig ist. Nach diesem Antrag sollte das Wort „Warnstreik“ eingeführt

werden. Aus unserer Sicht und auch rechtlich ist klar, dass zum Streik auch Warnstreik gehört. Das ist immer Streik. Wenn da steht, dass wir bei Streik Unterstützung gewähren können, müssen wir das nicht durch „Warnstreik“ ergänzen. Das würde in der Sache nichts ändern. Deshalb plädieren wir an der Stelle für Ablehnung.

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Martin. - Wir haben eine Wortmeldung zu diesem Antrag. Ich bitte Stefan Schneider ans Mikrofon. Er hat die Delegiertennummer 021. Stefan kommt aus der Verwaltungsstelle Dortmund, Bezirk Nordrhein-Westfalen. - Stefan, Du hast das Wort.

Stefan Schneider, 021

Vielen Dank. - Auch von mir einen schönen guten Tag an alle Bundesländer, besonders natürlich an Nordrhein-Westfalen. Von hier aus auch noch ein besonderer Gruß an die Geschäftsstelle Dortmund.

Viele werden sich die Frage stellen: Wie kommen wir dazu, diesen Antrag zu stellen? Das hat folgenden Hintergrund: In einem Betrieb, der von unserer Geschäftsstelle betreut wird, wurde zum Warnstreik aufgerufen. Der Arbeitgeber hat dann Tankgutscheine mit einem netten Wert an die Leute verteilt, die sich an dem Warnstreik nicht beteiligen. Das ist, finde ich, keine gute Sache. Ich finde, dass man hier auch einer namhaften anderen Gewerkschaft folgen kann, die schon bei Warnstreiks Streikgeld zahlt.

Ich weiß nun nicht, wie viele Anträge auf Streikunterstützung auch bei Warnstreiks schon beim Vorstand eingegangen sind. Das wäre vielleicht auch noch eine Frage.

Unsere Bitte an Euch, liebe Delegierte, wäre, dass Ihr für den Antrag stimmt. - Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit. Glück auf! (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Stefan. - Da uns keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir in die Abstimmung einsteigen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wenige, die zustimmen. Wer für die Ablehnung ist, bitte die Karte hoch! - Danke schön. Wer enthält sich? - Wenige Enthaltungen. Somit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Antrag S.032. Martin, Du hast wieder das Wort.

Martin Röhl, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht jetzt noch einmal kleinteilig um Ergänzungen und Klarstellungen zum Umfang unseres Rechtsschutzangebotes. Das müssen wir halt tun. Denn wir können Rechtsschutz nur dort gewähren, wo das auch in der Satzung verankert ist. Sonst kommen wir mit dem Rechtsdienstleistungsgesetz in Konflikt.

Es geht hier um zwei Problemfelder, die bisher nicht klar und eindeutig geregelt waren.

Das erste Problemfeld sind Schadenersatzansprüche unserer Mitglieder gegenüber Dritten. Jetzt werden sich viele fragen: Wer ist denn Erster, Zweiter oder Dritter? In der Bundesliga gibt es immer eine schöne Tabelle. Aber hier ist es nicht so ganz selbsterklärend.

Also, meistens geht es bei Schadenersatzansprüchen im Rechtsschutz um Unfälle, manchmal auch um körperliche Auseinandersetzungen und so weiter.

Wenn man dann einen Streit mit dem Arbeitgeber wegen Schadenersatz hat, ist das per Definition Arbeitsrecht. Da greift unser Rechtsschutz - kein Problem.

Aber wenn es in den neuen Konstellationen - die wir jetzt viel haben und die wir hier auch diskutieren - gegen eine Werkvertragsfirma oder gegen einen Lieferanten des Arbeitgebers geht, der vielleicht durch einen Fehler einen Schaden verursacht hat, dann greift der Rechtsschutz bisher nicht; denn das ist nun mal nicht Arbeitsrecht, sondern der hier im Satzungsentwurf beschriebene zivilrechtliche Anspruch. Deswegen müssen wir das ergänzen.

Die Wegeunfälle nehmen wir da heraus. Bei denen bleibt es natürlich beim sozialrechtlichen Rechtsschutz gegen die Berufsgenossenschaft. Das brauchen wir, und das wollen wir auch gar nicht anpacken. Bei den Wegeunfällen wollen wir keinen zivilrechtlichen Rechtsschutz gewähren. Denn dann müssten wir das gesamte Straßenverkehrsrecht mit abdecken. Das wäre zum einen von den Finanzen her völlig unkalkulierbar, und zum anderen haben wir da auch größere wettbewerbsrechtliche Schnittstellen mit der Versicherungswirtschaft. Das wäre auch in dem Punkt durchaus heikel.

Deswegen halten wir diesen Antrag an dem Punkt für sehr gut und richtig formuliert und empfehlen Annahme.

Das zweite Thema des Antrags, das mit drin ist, betrifft die Tatsache, dass die bisherige Satzungslage bei Prüfungsentscheidungen im Rahmen einer Ausbildung Rechtsschutz nur bei berufsbezogenen Kammerprüfungen, nicht aber bei Hochschulabschlüssen gewährt. Das wollen wir ändern.

Wir haben inzwischen viele Tausend studentische Mitglieder, von denen die allermeisten natürlich ihre Prüfung bestehen. Aber für den Fall der Fälle wollen wir den jungen Kolleginnen und Kollegen dann die Hilfe geben und den Rechtsschutz nicht zuletzt im Rahmen unserer Aktivitäten an den Hochschulen, wo wir sehr erfolgreich sind, auch als Werbeargument nutzen.

Deshalb gibt es unsere Empfehlung, den Antrag in der Form so anzunehmen.

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Martin. - Ihr habt die Begründung gehört. Wir kommen zur Abstimmung des Antrages S.032, Kolleginnen und Kollegen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Ich sehe keine Karte. Gibt es jemanden, der sich enthält? - Das ist nicht der Fall. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen. Danke schön.

Wir kommen dann zum Antrag S.033. Martin, bitte.

Martin Röhl, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Es wird wieder ein bisschen einfacher: Bei der Rentnerunterstützung - Paragraph 29 unserer Satzung - gibt es noch die alte Erwerbsunfähigkeitsrente. Die gibt es im richtigen Leben nun nicht mehr als Erwerbsunfähigkeitsrente, sondern als Rente wegen voller Erwerbsminderung. Als solche wird sie inzwischen bewilligt und bezahlt.

Der Gesetzgeber hat im Rentenrecht hier schon 2001 einiges geändert. Die Rentenexperten unter uns wissen, dass es rentenrechtlich jetzt nicht eins zu eins das Gleiche ist, sondern dass da vieles geändert wurde. Aber die Personengruppe, denen wir diese Renten- und Rentnerunterstützung nach Satzung gewähren wollen, ist im Kern die gleiche.

Deswegen vollziehen wir hier den gesetzlichen Wortlaut in unserer Satzung nach und treffen keine neuen inhaltlichen Entscheidung. Darum halten wir es auch für richtig, diesen Antrag anzunehmen.

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Martin. - Ihr habt die Begründung gehört. Wer für die Annahme des Antrags ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Keine Karte. Wer enthält sich? - Das ist auch nicht der Fall. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden. Danke, Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen zum Antrag S.034. Martin, bitte schön.

Martin Röhl, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Wir bleiben bei der Rentnerunterstützung. Hier geht es jetzt um die Frage, wem und in welcher Höhe wir eine solche Rentnerunterstützung gewähren wollen.

Ein kurzer Blick zurück - für mich nicht aus der Erinnerung, sondern mehr aus dem Archiv; aber einige waren ja noch dabei -: Schon 1989 wurde beschlossen, die Leistung auslaufen zu lassen. Daher gibt es die aktuelle Satzungsregelung.

Im Moment ist es daher so, dass Mitglieder, die nach 1990 eingetreten sind, keine Rückzahlung bekommen und die Berechnung für die, die damals schon dabei waren, auf die Beiträge bis 1990 begrenzt ist.

Heute wissen wir, was da finanziell auf uns zukommt. Der jetzt vorliegende Antrag würde die geschlossene Tür für alle Mitglieder wieder aufmachen und die Leistungen auf Basis der Beiträge der jeweils letzten 20 Mitgliedsjahre vor der Rente berechnen.

Dagegen sprechen aus unserer Sicht zwei Gründe: Wir haben die Befürchtung, dass - ich sage mal - der Jürgen dann trotz seines super Ergebnisses von 98 Prozent sich das noch einmal überlegt; denn das würde enorme Kosten auf die IG Metall zukommen lassen. Man geht von mindestens einer Verdoppelung aus. Von daher ist das Ganze finanziell unberechenbar, und wir hätten einen gigantischen Rückstellungsbedarf für die Hauptkasse.

Zum Zweiten - das ist, glaube ich, wichtiger - halten wir die Entscheidung auch in der Sache für richtig. Wir haben das damals so entschieden, und wir sollten dabei bleiben. Wir könnten das Geld für viele gute Dinge gebrauchen. Jörg hat uns heute Morgen einiges ins Aufgabenheft für die nächsten vier Jahre geschrieben. Deswegen sollten wir an der Stelle die Mittel auch dafür verwenden, was wir in Zukunft vorhaben.

Insofern gibt es auch hier die Empfehlung, diesen Antrag abzulehnen.

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke schön, Martin. - Uns liegt keine Wortmeldung vor, sodass wir gleich abstimmen können. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wenig Zustimmung. Wer ist für die Ablehnung dieses Antrages? - Danke schön. Die Frage nach Enthaltungen kommt natürlich auch. - Wenige Enthaltungen. Somit ist der Antrag abgelehnt. - Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben wieder einen Wechsel bei der Satzungsberatungskommission. Die nächsten Anträge wird uns Willi Eisele erläutern.

Wir starten mit dem Antrag S.035. Willi, bitte schön. - Entschuldigung, das ist ein Paket. S.036 muss ebenfalls aufgerufen werden.

Willi Eisele, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Kolleginnen und Kollegen, ich komme aus dem Innovationsbezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen. Bei uns geht zwar die Sonne auf, aber uns fehlt noch ein Stückchen im Logo: Das ist die „35“. (Beifall)

Mein Name ist Willi Eisele. Ich bin Erster Bevollmächtigter der Kooperationsverwaltungsstelle mit dem Kürzel DD-R. - Keine Angst! Das ist kein Schritt zurück, sondern das Kürzel steht für „Dresden“ und „Riesa“.

Die Anträge S.035 - da ist der Antragsteller der Vorstand - und S.036 - hier ist die Antragstellerin die Verwaltungsstelle Würzburg - betreffen die Auszahlungsmodalitäten unserer Unterstützungsleistungen im Todesfall. Wir haben sie als Kommission daher gebündelt.

Zunächst möchte ich auf den S.035 eingehen. Der Satzungsantrag erfolgt auf Initiative des Kontrollausschusses und zielt darauf ab, die Satzung in Paragraf 30 Ziffer 6 dahingehend zu ändern, dass der Anspruch auf Unterstützung im Todesfall erst grundsätzlich zwölf Monate nach dem Todestag und nicht mehr - wie aktuell in der Satzung geregelt - nach drei Monaten erlischt.

Das Erlöschen des Anspruchs auf Auszahlung der Unterstützungsleistungen nach drei Monaten ist nicht praxisgerecht.

Der Tod eines Angehörigen ist immer ein massiver Einschnitt. Ihr könnt Euch sicherlich vorstellen, dass bei Verlust einer nahestehenden Person viele Angehörige mehr als überfordert sind, auch was die Korrespondenz mit Behörden und Beantragungen bei Organisationen betrifft.

Beim S.036 bleibt der Antragsteller bei der Geltendmachung des Anspruchs auf Unterstützungen im Todesfall und macht deutlich, dass der Anspruch in den ersten drei Monaten nach dem Bundestag geltend zu machen ist. Über zu einem späteren Zeitpunkt geltend gemachte Ansprüche soll dann nach Einzelfallprüfung der zuständige Ortsvorstand entscheiden.

Kolleginnen und Kollegen, viele Anträge auf Unterstützung im Todesfall gehen aber eben erst nach dieser Frist von drei Monaten bei uns ein.

Bei mir in Dresden verstarben 133 Mitglieder im Jahr 2014. Sechs Anträge wurden nach drei Monaten eingereicht. So mussten der bis dahin gezahlte Beitrag durch uns zurückerstattet und das Sterbegeld ausgezahlt werden, da die Angehörigen in diesen Fällen einfach überfordert waren.

Auch erfolgt die Auszahlung der Unterstützungsleistungen nicht mehr nur in den Verwaltungsstellen, viele lassen sie sich über das kostenlose Serviceangebot des Vorstands auszahlen.

Der S.035 ermöglicht auch noch eine Auszahlung in Ausnahmefällen über den Zeitraum von 12 Monaten hinaus. „Grundsätzlich“ bedeutet „in der Regel“. Ausnahmen sollen (dann auf Weisung des Vorstands) weiter möglich sein.

Wir halten das daher für eine praktikable und sinnvolle Lösung für uns in den Verwaltungsstellen - jetzt Geschäftsstellen - und empfehlen Euch den Antrag S.035 zur Annahme und den Antrag S.036 zur Ablehnung.

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Willi. - Ihr habt die Begründung gehört. Wir haben keine Wortmeldungen vorliegen. So können wir gleich abstimmen über den Antrag S.035. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Ich sehe keine Enthaltung. Gut, damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich bringe den Antrag S.036 zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wenig Zustimmung. Wer ist für die Ablehnung dieses Antrags? - Danke. Wer enthält sich? - Wenige Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Antrag S.037 auf. - Willi, bitte schön.

Willi Eisele, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Euch vorliegende Antrag des Vorstands beschäftigt sich mit einer zukunftsweisenden Fragestellung für die IG Metall. Der Paragraph 32 Absatz 1 soll um einen Satz ergänzt werden, nämlich dahingehend, dass uns als Organisation die Satzungsvorschriften des DGB und Beschlüsse von Organen des DGB nur insoweit binden, als sie unserer Satzung oder unseren Beschlüssen des Gewerkschaftstags, des Beirats und des Vorstands nicht entgegenstehen.

Wir sind als Organisation Mitglied im DGB, und das ist uns auch wichtig. Wir brauchen einen starken DGB.

Nach Paragraph 32 unserer Satzung haben wir uns jedoch - das im Gegensatz zu anderen DGB-Gewerkschaften - besonders eng und weitgehend verpflichtet, die Satzung des DGB einzuhalten und seine Beschlüsse durchzuführen.

Die Rahmenbedingungen haben sich aber wesentlich verändert. Tarifzuständigkeitskonflikte in der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass wir sowohl innerhalb des DGB als auch gegenüber den neuen Strategien der Arbeitgeber in die Lage versetzt werden müssen, auf wirtschaftliche und/oder organisationspolitische Entwicklungen flexibel und zügig reagieren zu können. Wir wollen und müssen als Organisation unsere Autonomie erhalten.

Im Rahmen von Tarifstreitigkeiten über die Tarifzuständigkeit, die immer häufiger vor den Arbeitsgerichten ausgetragen werden, kommt es bei der Auslegung unserer Satzung stets auch auf den Gesamtzusammenhang an. Dazu würde auch eine Verpflichtung unsererseits gehören, die wir gegenüber dem DGB in Paragraph 32 der Satzung eingegangen sind.

Hat sich die IG Metall zur bedingungslosen Einhaltung der DGB-Satzung verpflichtet, wird daher in Zweifelsfällen die Auslegung einer Satzung der DGB-Gewerkschaften vorzusehen sein, die nicht gegen die Satzung des DGB verstößt.

Mit der angestrebten Ergänzung des Paragraphen 32 der Satzung sind eine klare Erneuerung unseres Bekenntnisses zum Zusammenschluss im DGB, aber auch eine Klarstellung und politische Zeichensetzung in Bezug auf unsere Autonomie als Organisation beabsichtigt.

Bei allen politischen Überlegungen soll ohne Fremdeinfluss Dritter die letztliche Entscheidungskompetenz bei uns, der IG Metall, liegen. Auf neue Herausforderungen können wir mit dieser Änderung gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften, aber künftig auch flexibel allein reagieren.

Wir empfehlen daher die Annahme des Antrags S.037.

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Willi. - Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung für diese gesamten Satzungsanträge und würde dann, wenn ich jetzt gleich die Marion aufgerufen habe, die Rednerliste schließen. - Marion Koslowski-Kuzu hat jetzt das Wort. Sie hat die Delegiertennummer 255, kommt aus der Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine aus dem Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Marion Koslowski-Kuzu, 255

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Satzungsanträge S.037 und S.039 können aus meiner Sicht nicht getrennt voneinander diskutiert werden.

Zu dem inhaltlichen Themenbereich dieser beiden Anträge gehören ebenso die Tarifeinheit in der EntschlieÙung 2 als auch der Abschnitt „Die IG Metall im DGB“ in EntschlieÙung 3. Auf unserem Gewerkschaftstag werden wir an jeweiliger Stelle die Debatte führen müssen, obwohl es sich um ein einziges, zusammenhängendes Thema handelt.

Es geht um die Zukunft der IG Metall in einer sich stark verändernden Wirtschaftsstruktur. Die Zergliederung der Branchen und Wirtschaftszweige wirft erhebliche Zuständigkeitsfragen und vor allen Dingen Konflikte innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf.

Ich kann den Anträgen S.037 und S.039 nicht folgen, und ich spreche mich mit aller Deutlichkeit gegen sie aus.

Der Vorstand der IG Metall möchte mit dem Antrag S.037 erreichen, dass die IG Metall der Satzung und den Beschlüssen des DGB nur insoweit folgen muss, als sie den eigenen Beschlüssen nicht im Wege stehen. Konkret geht es hier meiner Meinung nach um die DGB-Schiedsverfahren, bei denen Streitigkeiten zwischen den Einzelgewerkschaften über die Organisationszuständigkeiten entschieden werden.

Ich bin nicht nur Metallerin, ich bin auch DGB-Stadtverbandsvorsitzende, und ich habe ein hohes Interesse an einer solidarischen Zusammenarbeit der Einzelgewerkschaften im DGB. Den Streit über die Zuständigkeiten zwischen IG Metall und Verdi können wir seit einiger Zeit in den Medien verfolgen, und er ist auch schon auf unserem Gewerkschaftstag zur Sprache gekommen.

Die IG Metall will ihren Organisationsbereich ausdehnen. Die Stichworte dafür sind Wertschöpfungsketten und industriennahe Dienstleistungen wie Forschung, Entwicklung, Kontraktlogistik, Facility-Management und so weiter. Um diese Ausweitung auch für die IG Metall auf sichere Beine zu stellen, will der Vorstand im Antrag S.039 den Organisationskatalog um diese Bereiche ergänzen.

Das Problem ist nur, dass wir mit dieser Ergänzung in den Organisationskatalog unserer Schwestergewerkschaft Verdi eingreifen. Der Antrag S.037 soll sicherstellen, dass Konflikte, die sich daraus ergeben und die eventuell vor die DGB-Schiedsstelle getragen werden, für uns irrelevant sind, weil wir die Beschlüsse sowieso nicht anerkennen.

Ich weise den Vorstand und auch die Satzungsberatungskommission darauf hin, dass dieser Antrag gegen die Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbunds verstößt. Das ist eine sehr ernste Angelegenheit. Mitglied des DGB kann nur sein, wer die Satzung und die Beschlüsse des DGB anerkennt.

Die Anträge stehen übrigens auch im Widerspruch zu dem, was Du heute in Deinem Referat gesagt hast, Jörg.

Am 29. September ist der Kollege Detlef Wetzel auf tagesschau.de mit den Worten zitiert worden: „Jeder ist für sich selbst verantwortlich. Das gilt auch für Verdi. Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne zu wissen, ob dieses Zitat tatsächlich stimmt, sage ich zu der dahinterstehenden Haltung Nein. Nein, es ist eben nicht jeder für sich selbst verantwortlich. Darum organisieren wir uns in Gewerkschaften und darum organisieren sich Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund. Wir sind gemeinsam für uns verantwortlich. Diese Erkenntnis tragen wir seit 124 Jahren in uns. (Beifall)

Diese Erkenntnis ist uns aber auch schon einmal in der Vergangenheit verloren gegangen. Wenn wir nur eine einzige gewerkschaftspolitische Schlussfolgerung aus der irrsinnigen Gewerkschaftskonkurrenz der Weimarer Republik ziehen könnten, die dem Faschismus nichts entgegenzusetzen hatte, lautet sie: Schafft die Einheit und überwindet die Konkurrenz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit mindestens 25 Jahren wird den abhängig Beschäftigten in diesem Land massiv der Arsch rasiert. Unsere Betriebe und Tarifbindungen werden zerschlagen. Wir werden aufgespalten, outgesourct, fremdvergeben, verliehen und verlagert. Millionen stehen am prekären Rand, der kein Rand mehr ist.

Die europäische Finanzpolitik und TTIP stehen vor der Tür, um der demokratischen Gestaltung unserer Gesellschaft den Todesstoß zu versetzen. In dieser Situation und mit dieser Zukunftsperspektive rufen wir die Konkurrenz unter den Einzelgewerkschaften aus und schwächen die einzige Waffe, die wir haben: die Solidarität. Das kann nicht unser Ernst sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Geschlossenheit im Deutschen Gewerkschaftsbund, die uns der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann am Sonntagabend angepriesen hat, ist nicht da. Sie ist nicht da bei der Tarifeinheit und sie ist nicht da bei den Zuständigkeitskonflikten. Die Erfahrungen bei der Auseinandersetzung um die Kontraktlogistik, von denen der Kollege von BMW Dingolfing vorgestern berichtet hat, haben mittlerweile schon mehrere von uns gemacht. Mit Verdi um die Mitglieder konkurrieren - dieses Thema können wir hier nicht einfach für uns klären, indem wir unsere Satzung ändern.

Ich erwarte vom Vorstand der IG Metall Vernunft und Verständigung im DGB, solidarische Lösungen und Kooperation, erst recht bei Konflikten. Ich erwarte einen weitreichenden Weg in die Zukunft. Wenn wir die Einschätzung haben, dass das Modell der Einzelgewerkschaften nicht mehr trägt, weil unser politischer Gegner die Wirtschaftszweige und Branchen ineinander zerfließen lässt, dann müssen wir uns eben mit einem anderen Organisationsmodell des Deutschen Gewerkschaftsbunds auseinandersetzen und ihn solidarisch gestalten. Genauso wie die Vertrauensleute 1891 debattiert und den Deutschen Metallarbeiter-Verband gegründet haben, genauso müssen wir uns heute vielleicht aufstellen und eventuell auch über ein neues Organisationsmodell nachdenken, wenn das alte nicht mehr passt.

Ich bitte Euch, diesen Anträgen nicht zu folgen. - Danke. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Marion. - Willi, Du hast das Wort.

Willi Eisele, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Kolleginnen und Kollegen! Wir bleiben bei unserer Empfehlung: Annahme. Dazu zwei Positionen. Meine Nachbarverwaltungsstelle war länger im Streit gerade mit unserer Schwestergewerkschaft Verdi um die Zuständigkeit im Betrieb. Der andere

viel wichtigere Punkt ist: Wir stellen jetzt einen Gleichlauf mit Verdi her. Verdi hat es bei ihrer Gründung schon in ihre Satzung mit aufgenommen. Da sind wir vielleicht ein bisschen langsamer als Verdi. Wir haben jetzt gemerkt, dass wir da auf Gleichlauf stellen wollen, damit wir, falls wir vor die Gerichte gezerrt werden, nicht in unserer eigenen Satzung festhängen, sondern dass wir frei entscheiden können und uns in unserem Organisationsbereich unseren Kolleginnen und Kollegen widmen können, um sie mit Betriebsräten und anständigen Tarifverträgen zu versehen. Sonst kämen sie nicht zu uns.

Also: Wir bleiben bei der Annahme. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Willi. - Ich bringe diesen Antrag gleich zur Abstimmung, sage aber noch, weil meine Kolleginnen noch eine Wortmeldung entgegengenommen haben: Das geht nicht mehr. Ich habe die Rednerliste bereits geschlossen. Tut mir leid, Kollege. Das ist jetzt formal nicht mehr möglich.

Wir können jetzt zur Abstimmung schreiten. Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer für die Annahme des Antrags S.037 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Wenige Enthaltungen. Somit ist der Antrag angenommen. Danke schön. (Beifall)

Wir haben jetzt wieder einen Wechsel bei der Satzungsberatungskommission. Jürgen Scholz wird uns die nächsten Anträge erläutern. Ich rufe den Antrag S.038 auf. Jürgen, Du hast das Wort.

Jürgen Scholz, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Birgit, recht herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Der Antrag S.038 behandelt eine Geschichte, die sich jedes Mal wiederholt. Das wissen diejenigen, die schon öfter dabei waren. Beim Antrag S.038 geht es um das Inkrafttreten unserer Satzung. Üblicherweise tritt sie nicht sofort in Kraft, sondern zu Beginn des folgenden Jahres. Das haben wir bisher immer so gemacht. Das ist ein Stück weit Tradition. Im Übrigen verschafft uns das ein bisschen Zeit, uns an den neuen Begriff Geschäftsstelle zu gewöhnen.

Ich empfehle im Namen der Satzungsberatungskommission die Annahme des Antrags S.038.

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Jürgen. - Ihr habt die Empfehlung gehört. Wir kommen zur Abstimmung des Antrags S.038. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Auch niemand. Somit einstimmig angenommen. Danke, Kolleginnen und Kollegen.

Jürgen, wir kommen zum Antrag S.039. Du hast das Wort.

Jürgen Scholz, Sprecher der Satzungsberatungskommission

Wir kommen nun zur Beratung über den letzten Satzungsantrag. Euch liegt ein weiterer wichtiger zukunftsweisender Antrag vor, der in einem engen Zusammenhang mit dem gerade diskutierten und abgestimmten Antrag S.037 steht.

Ich möchte grundsätzlich an das von Willi Gesagte anknüpfen. Um was geht es in diesem Antrag? Es geht dabei um den Organisationskatalog im Anhang unserer Satzung. Er regelt beispielhaft, für welche Branchen, Wirtschaftszweige und Gruppen wir zuständig sind. Dieser Organisationskatalog ist mit den Zusammenschlüssen mit der damaligen GTB und der GHK erweitert worden und umfasst beispielsweise auch die in unseren Zuständigkeitsbereichen eingesetzten Leiharbeitnehmer.

Unser Organisationskatalog soll mit diesem Antrag präzisiert werden. Es geht um die gerade intensiv diskutierte Kernfrage: Wie können wir als Organisation bei geänderten und sich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gestaltungsmächtig bleiben? Die Unternehmen konzentrieren sich mittlerweile zunehmend auf das Kerngeschäft und lagern andere Funktionen aus. Das, was gestern noch unsere Stammbeschäftigten gemacht haben, wird morgen von Beschäftigten in Werkvertragsfirmen gemacht. Da geht es nicht nur um die Produktion, sondern beispielsweise auch um Service-, Dienstleistungs-, Entwicklungs- und Managementfunktionen.

Ich kann Euch aus eigener Erfahrung schildern, wie das in der Praxis abläuft, auch mit unserer Schwestergewerkschaft. BMW hatte beschlossen, das wachsende Geschäft der Versorgung der Auslandsmontagewerke über einen Werkvertrag an die Logistikdienstleister BLG und Syncreon auszugliedern. Wir haben uns um die Belegschaft gekümmert, wir haben sie organisiert, wir haben Betriebsräte installiert. Die Wahl bei BLG wurde angefochten. Man mutmaßt, wer dahintersteckt. Wir haben letztlich auch Tarifverträge durchgesetzt.

Klingt easy, war es aber nicht. Die Geschäftsleitungen haben unsere Zuständigkeit in Frage gestellt und haben auf den Logistik-Tarifvertrag unser Schwester Verdi ver-

wiesen. BLG war zuerst nicht tarifgebunden, ist dann extra Mitglied des Arbeitgeberverbandes geworden, um sich an den Logistik-Tarifvertrag aus dem Organisations- oder Zuständigkeitsbereich von Verdi anzulehnen und hat Verhandlungen abgelehnt. Die Geschäftsleitung von BLG hat uns damals mitgeteilt, wenn wir ein Papier vorlegen könnten, dass wir zuständig seien, würden sie sich das mit den Verhandlungen vielleicht noch einmal überlegen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen von Verdi haben diesen Ball dankbar aufgenommen, haben Mitgliederversammlungen organisiert und haben ebenfalls ihre Zuständigkeit reklamiert.

Das Problem - nicht für uns - war bloß: Die überwiegende Zahl der Mitglieder war bei uns. Wir hatten die Mitglieder und eine klare Erwartungshaltung an die IG Metall.

Das Papier, das unsere Zuständigkeit beweist, woher nehmen? Wir haben dann zu einem Warnstreik aufgerufen. Über 90 Prozent der Beschäftigten haben sich beteiligt. Am nächsten Tag haben wir dann das Papier vorgelegt: Das war der Artikel der regionalen Zeitung über den Warnstreik, Kolleginnen und Kollegen. Damit war die Frage geklärt. (Beifall)

Von da an ging es bergauf. Na ja, wir haben noch den Antrag auf Urabstimmung stellen müssen. Wir haben letztendlich vor der Genehmigung der Urabstimmung eine Abstimmung in der Belegschaft durchgeführt, wobei uns 98 Prozent erklärt haben: Jawohl, wir sind bereit, dafür auch in einen unbefristeten Arbeitskampf einzutreten, macht weiter.

Hätten wir uns in dieser Situation in ein zeitaufwendiges Schlichtungsverfahren zur Zuständigkeit beim DGB begeben, ich weiß nicht, wie es ausgegangen wäre. Im Zweifelsfall gegen uns, gegen die Belegschaft und damit gegen eine deutliche Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen, weit über den Logistik-Tarifvertrag hinaus. Es ist uns nämlich gelungen, über Grundentgelt für die Beschäftigten besseres Urlaubsgeld, mehr Urlaub, Übernahme von Leiharbeitern und vieles mehr zu vereinbaren. (Beifall)

In der Folge sind die Kolleginnen und Kollegen von Syncreon auf uns zugekommen. Wir haben mittlerweile bei Synchron einen Tarifvertrag, wir haben bei AFG einen Tarifvertrag. Wir sind gerade dabei, die Betriebsratswahlen bei Rhenus durchzuführen, weil die Kolleginnen und Kollegen zu weit über 50 Prozent Mitglieder der IG Metall geworden sind, ohne Betriebsrat bei Rhenus, und uns einen klaren Auftrag erteilen. Noch einmal: Das waren alles mal Arbeitsplätze, die unsere Stammbeschäftigten vorher hatten.

Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass wir uns vor nachteiligen Auslegungen und Interpretationen unserer eigenen Satzung besser schützen müssen. Im Rahmen diverser DGB-Vermittlungs- und Schiedsgerichtsverfahren wurde unsere Satzung „historisch“ interpretiert, und uns wurde erklärt, dass dieser Organisationskatalog, der Teil III b), der von hinten vor die Klammer nach vorne gezogen werden soll, nicht anwendbar wäre. Er würde sich beziehen auf die Bereiche der alten GHK. Man hat also gesagt, Ihr habt es bei der Fusion mit der anderen Gewerkschaft hinten angehängt, und deshalb gilt das nicht für den Bereich der Metall- und Elektroindustrie.

Dieser Auslegung widerspricht aber ganz eindeutig unsere Satzung in Paragraph 3 Ziffer 1, wonach der Anhang der Satzung, der Organisationskatalog der Satzung, Bestandteil der gesamten Satzung ist. Nichtsdestotrotz seht Ihr, wie an der Stelle auch ein Schiedsgericht urteilen kann.

Wir brauchen zudem für unsere aktuellen und künftigen Mitglieder Klarheit und Orientierung. Eine Umstellung und Präzisierung des Organisationskatalogs ist daher dringend erforderlich, um solchen Interpretationen in Zukunft keinen Spielraum zu geben.

Im Übrigen steht es der IG Metall rechtlich grundsätzlich frei, ihren Zuständigkeitsbereich zu ändern, wenn ihr das zweckmäßig und notwendig erscheint.

Im Einzelnen geplante Änderungen: Der gesamte Organisationsbereich III Teil B - Ihr müsst es jetzt nicht nachblättern, Ihr könnt es mir glauben - wird hinten gestrichen und nach vorne vor Organisationsbereich I gezogen, um den Wertschöpfungskettenansatz ergänzt und damit vor alle nachfolgenden Bereiche gesetzt. Also Klarheit zu dieser Frage.

Der spezielle Begriff der industriellen Kontraktlogistik wird anstatt des bereits in der Satzung vorhandenen allgemeinen Begriffs der Logistik aufgenommen.

Neu aufgenommen werden die Begriffe Facility Management, Entwicklung und Entwicklungsdienstleistungen.

Dann gibt es noch ein paar kleine redaktionelle Veränderungen. Der Organisationsbereich II wird durchnummeriert. Die Präambel und die Organisationsbereiche II und III werden hinsichtlich der Zeichensetzung verändert.

Kurzum, wir empfehlen Euch die Annahme dieses Antrages S.039.

Gestattet mir aber, bevor ich zurückgebe ans Präsidium, mich abschließend - weil wir dann auch durch sind als Satzungsberatungskommission - im Namen aller Kommissionsmitglieder bei Euch ganz herzlich zu bedanken für die konstruktive Mitarbeit, die leidenschaftliche Diskussion. Ich hatte am Anfang gesagt, Ihr müsst Euch ganz schön ins Zeug legen, wenn Ihr unsere Empfehlungen verändert wollt; es ist passiert. Ich möchte mich auch für die aus unserer Sicht hohe Aufmerksamkeit und Disziplin ganz herzlich bedanken.

Besten Dank und hohe Anerkennung für meine Mitstreiterin und meine Mitstreiter in der Satzungsberatungskommission. Ihr müsst wissen, die sind alle neu in der Satzungsberatungskommission. Der einzige, der vorher drin war, bin ich. Ich muss sagen, Ihr habt einen klasse Job gemacht, wie Ihr in dieses Thema eingestiegen seid. Herzlichen Dank. (Beifall)

Mein besonderer Dank gilt allen, die uns im Laufe der Vorbereitungen tatkräftig unterstützt haben. Glaubt es mir, wir haben Fachbereiche hinzugezogen, wir haben das Justizariat hinzugezogen - ein schwieriges Wort -, Sabine Maaßen. Allen voran möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei unseren ständigen Unterstützerinnen und Wegbegleiterinnen Dianne Köster, Irena Dierichsweiler und Raffaella Fiordelisi. Ganz herzlichen Dank, Kolleginnen.

Euch allen noch einen schönen Gewerkschaftstag und viel Spaß. - Danke. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Jürgen. - Ihr habt die Empfehlung der Satzungsberatungskommission gehört. Wir stimmen jetzt über den Antrag S.039 ab. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Einige wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Wenige Enthaltungen. Somit ist der Antrag angenommen. Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen.

GO-Antrag? - Okay. Sag bitte selbst, wer Du bist und Deine Delegiertenummer.

Wolfgang Räschke, 037

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Name ist Wolfgang Räschke. Ich komme aus der Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine und habe die Delegiertenummer 037.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei dem Antrag S.037 ist etwas passiert, was meines Erachtens gegen unsere Geschäftsordnung verstößt. Vom Präsidium wurde der

Antrag aufgerufen, eine Wortmeldung bekannt gegeben und Schluss der Rednerliste erklärt. In unserer Geschäftsordnung steht, dass Anträge auf Schluss der Debatte gestellt werden können und dann die Mehrheit der Stimmen erhalten müssen.

Ich will hier nur für die weitere Debatte, auch bei den Anträgen, klargestellt haben, dass das Präsidium nicht das Recht hat, Schluss der Debatte von sich aus zu erklären (Beifall) und schon gar nicht schon beim Aufrufen des Antrags Schluss der Debatte zu erklären. Das geht nicht. Hier wird sonst eine Diskussion abgewürgt. Wir hatten zu diesem Antrag noch mehrere Kolleginnen und Kollegen, die eigentlich in die Bütt gehen wollten und sollten. An der Stelle hast Du Schluss der Debatte erklärt; das geht meines Erachtens nicht. Ich will das nur für den weiteren Verlauf klargestellt haben. - Schönen Dank. (Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Wolfgang, für den Hinweis. Ich lasse jetzt nicht abstimmen. Es tut mir leid. Wir sind nicht perfekt. Wo gearbeitet wird, werden auch Fehler gemacht. Wir versprechen Besserung. Vielen Dank für den Hinweis.

Wir haben jetzt die Satzungsberatung abgeschlossen, Kolleginnen und Kollegen. Ich bedanke mich bei unserer Kollegin und unseren Kollegen in der Satzungsberatungskommission für ihre geleistete Arbeit und kann mich dem Lob von Jürgen Scholz nur anschließen.

Wir möchten jetzt gerne mit Euch noch bis 18 Uhr weitermachen.

Das bedeutet eben auch, dass wir noch in die Antragsberatung einsteigen wollen. Ihr seht an der Bewegung hier oben schon: Das ist mit den Kommissionen so abgesprochen.

Wir bereiten hier oben jetzt einen fliegenden Wechsel vor. Die Satzungsberatungskommission verlässt ihre Plätze hier oben, und die Antragsberatungskommission wird dort jetzt Platz nehmen. Wir bitten Euch, hier im Raum zu bleiben, weil der Wechsel nur zwei, drei Minuten dauern wird.

Ich verabschiede mich von Euch für heute als Sprecherin der Kongressleitung. Die Karola wird jetzt die Einführung in die Antragsberatung übernehmen. - Danke, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Kolleginnen und Kollegen, der Wechsel ist jetzt ein bisschen hektisch gewesen. Aber ich denke, das kriegen wir gemeinsam in den Griff.

Weil eben der Kollege aus Bielefeld mit der schönen Delegiertennummer 001 geredet hat, habe ich mal nachgeschaut, welche Teilnehmernummer ich habe. Ich habe die Teilnehmernummer 3/007. Da kann eigentlich nichts mehr schiefgehen.

Ich rufe nun auf den Tagesordnungspunkt 12: Beratung und Beschlussfassung der weiteren Anträge.

Wir hatten bereits gesagt: Wortmeldungen können abgegeben werden, wenn der entsprechende Tagesordnungspunkt aufgerufen ist. Das heißt, von jetzt an können alle Wortmeldungen abgegeben werden, die sich auf die weiteren Anträge beziehen.

Wir haben jetzt allerdings eine Bitte an Euch. Wir möchten Euch bitten, jetzt nur die Wortmeldungen abzugeben, die zu dem ersten Block, nämlich zu dem Block Gesellschaftspolitik, gehören. Die meisten von Euch werden sicher schon ihre Wortbeiträge vorbereitet haben, aber spontane Wortmeldungen kommen dann natürlich auch. Wer aber weiß, dass er zur Gesellschaftspolitik sprechen möchte, der möge seine Wortmeldung bitte jetzt abgeben.

Alle weiteren Wortmeldungen, die sich auf die weiteren Anträge beziehen, auf die weiteren Blöcke oder Leitanträge, gebt bitte erst morgen früh ab. Das gibt uns die Möglichkeit, das zu sortieren. Wenn Ihr jetzt Eure Wortmeldungen alle auf einmal abgibt, dann können wir Eure Wortmeldungen nicht mehr in eine vernünftige Reihenfolge bringen.

Jetzt geben also bitte nur die Redner ihre Wortmeldungen an, die zum Thema Gesellschaftspolitik sprechen möchten, und morgen geben bitte alle anderen Redner ihre Wortmeldungen ab. Dann haben wir auch eine leichte Orientierung darüber, zu welchen Bereichen sehr viel Redebedarf besteht und zu welchen Bereichen nicht. Wir müssen das ja auch in den Tagestakt eintakten und entsprechend planen.

Wir kommen also jetzt, wie angekündigt, zu dem ersten Bereich, zum Bereich Gesellschaftspolitik. Witich Roßmann von der Antragsberatungskommission möchte gerne zu Beginn einige grundsätzliche Fragen der Antragsberatung ansprechen. - Witich, Du hast das Wort.

Witich Roßmann, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist fortgeschritten. Ich habe hier ein dickes, 17 Seiten langes Manuskript bei mir, das ich Euch jetzt vortragen müsste. Ich schlage Euch aber einen Deal vor: Ich lege das 17-Seiten-Manuskript beiseite und beschränke mich auf wenige Anmerkungen, die für die weiteren Beratungen wichtig sind. Als Gegenleistung hört Ihr mir einfach zu. Einverstanden? (Beifall) Okay.

Mein Name ist Witich Roßmann. Witich ist der Vorname, Roßmann ist der Nachname. Ich komme aus der Verwaltungsstelle Köln-Leverkusen. Die sieben Mitglieder der Antragsberatungskommission stellen sich dann nacheinander vor. Das werde ich jetzt nicht tun, um so kürzer in der Zeit zu sein.

Die erste Anmerkung, die ich machen möchte, bezieht sich auf das Thema Abstimmungsverfahren und Beschlussempfehlungen. Alles das, was Ihr dazu wissen müsst, habt Ihr unter den Stichworten Antragsverfahren, Abstimmungsverfahren und Beschlussempfehlungen in Euren Tablets. Ihr seid das auch ausführlich schon einmal auf den Delegierten-Besprechungen durchgegangen. Deshalb mache ich dazu nur eine einzige Anmerkung, und die lautet:

Für diejenigen, die ein bisschen älter sind und die in der Schule noch eine Schultafel und Kreide hatten, gilt: Schwamm über alles, was wir bisher in der Satzungsberatung gelernt haben. Diejenigen, die mit dem Tablet arbeiten, drücken gedanklich den Reset-Knopf; denn jetzt gibt es ein anderes Verfahren. Und dieses Verfahren lautet: Bei jedem Antrag stimmen wir nicht über den Antrag ab wie eben, sondern wir stimmen ab über die Beschlussempfehlung, die wir als Mitglieder der Antragsberatungskommission, die Ihr Euch ja gewählt habt, Euch vorgelegt haben.

Wir haben 455 Anträge bearbeitet und haben für jeden einzelnen Antrag eine Beschlussempfehlung ausgearbeitet. Das Gleiche haben wir auch bei den Initiativanträgen gemacht, die Ihr am Montag vorgelegt habt, auch noch für die Ergänzungsanträge.

Bevor Ihr jetzt in Ehrfurcht vor unserer Arbeit erstarrt, sage ich Euch: Ein großer Dank gilt auch dem Referententeam, das uns vom Vorstand zugearbeitet hat. Diesen Dank will ich schon vorab aussprechen, damit Ihr nicht glaubt, wir hätten eine so außerordentliche Größe, dass wir es geschafft hätten, die 455 Anträge alleine zu bewältigen. (Beifall)

Was haben wir noch gemacht? Wir haben alle Anträge in eine Beratungsreihenfolge gebracht, sodass wir thematische Schwerpunkte haben und jeden Themenblock auch als Themenschwerpunkt diskutieren können. Die Themenblöcke sind Entschlüsse und Leitanträgen des Vorstands zugeordnet. Entschlüsse und

Leitanträge sind Anträge des Vorstands, und beratungstechnisch werden sie gleichermaßen behandelt. Ihnen sind jeweils die den jeweiligen Entschlieungen und dem Leitantrag zugehörigen Themen zugeordnet.

Damit Ihr das übersichtlich nachvollziehen könnt, habt Ihr jetzt auf den Tisch diese Aufrufliste auf den Tisch bekommen. Es gibt zwei Möglichkeiten, mit dieser Aufrufliste zu arbeiten. Die eine Möglichkeit ist diese: Wer gerne mit Papier arbeitet, nimmt diese Variante. Derjenige aber, der mit dem Tablet arbeitet, schlägt das in der Konferenz-App unter dem Stichwort „Konferenz“ nach, und dann erscheint die Aufrufliste in der jeweils aktuellen Fassung, die dazu jeweils vorliegt. Zu dieser Aufrufliste mache ich nur eine wichtige Bemerkung, und das ist diese:

Die Entschlieung wird von uns als Erstes bei jedem Themenblock oder Leitantrag beraten. Zu den Entschlieungen haben einige Delegierte noch Ergänzungsanträge gemacht. Diese werden vorab beraten. Wenn sie positiv entschieden werden, kommen sie mit in die Entschlieung rein und werden gemeinsam mit der Entschlieung abgestimmt. Wenn sie abgelehnt worden sind, dann sind sie abgelehnt.

Diese Ergänzungsanträge haben die Farbe Blau. So wisst Ihr immer: Das müsst Ihr ganz vorne bei der Entschlieung einsortieren; denn ein solcher Ergänzungsantrag wird noch behandelt, bevor wir über die Entschlieung abstimmen.

Außerdem gibt es noch grüne Anträge; das sind die Initiativanträge. Diese behandeln wir jeweils am Ende des Abschnittes von einer Entschlieung oder einem Leitantrag.

Jetzt habt Ihr einen guten Hinweis, wie Ihr Euer Papier auf dem Tisch für Euch selbst organisieren könnt.

Um jetzt nicht so viel zu diskutieren, werden wir es einfach so machen: Bei jeder neuen Beschlussfassungsart wird derjenige von uns, der sie zum ersten Mal vorstellt, das Verfahren noch einmal ein bisschen langsamer und gründlich mit Euch diskutieren. Würde ich den kompletten Text von 17 Seiten jetzt auf einmal abstrakt vortragen, würde kein Mensch etwas verstehen. Wir werden das gleich zum ersten Mal am Beispiel der Entschlieung 1 machen.

Werft jetzt bitte noch einmal einen Blick auf die Aufrufliste. Ganz oben in der letzten Spalte steht „Ergänzungsantrag“. Wenn Ihr das seht, wisst Ihr: Das ist ein Ergänzungsantrag, der zuerst aufgerufen wird. Danach wird dann die Entschlieung aufgerufen, und dann folgen ganz viele Anträge aus unterschiedlichen Bereichen, bei

denen immer in der Spalte „Empfehlung der ABK“ steht: Erledigt durch die EntschlieÙung. Das gilt für alle auf der ersten Seite und noch für die ersten auf der zweiten Seite aufgeführten Anträge.

Bei ganz vielen Anträgen steht: Erledigt durch EntschlieÙung. Das heißt: Bei Annahme der EntschlieÙung werden diese Anträge im weiteren Kongressverlauf nicht mehr diskutiert. Ich möchte Euch ausdrücklich bitten, die jetzt folgenden Anmerkungen zu beachten. Das ist mir eine Herzensangelegenheit.

In den allermeisten Fällen bedeutet „Erledigt durch EntschlieÙung“ für einen Antrag, den Ihr in der Delegiertenversammlung beschlossen habt: Nachdem die Anträge in Frankfurt eingelaufen sind, wurden die EntschlieÙungen und Leitanträge geschrieben. Viele der Inhalte aus Euren Anträgen sind von den Referenten zum Teil in die EntschlieÙungen eingebracht worden, weil sie schon gesehen haben: Das ist ja ein hervorragender Gedanke; der muss unbedingt in die EntschlieÙung aufgenommen worden.

In vielen Fällen bedeutet die Empfehlung der Antragsberatungskommission „Erledigt durch EntschlieÙung“ also, dass der Inhalt Eures Antrags den Vorstand dazu gebracht hat, das auch in die EntschlieÙung aufzunehmen. Im Prinzip ist das also eine Top-Annahme.

Ihr als Delegierte seid aber auch so klug - deshalb seid Ihr ja gewählt worden -, dass Ihr erkennen könnt, wenn in einer EntschlieÙung das Gegenteil von dem steht, was Ihr in Eurem Antrag fordert. Dann ist das eine Negativ-Erledigung. Die hat es in einzelnen Fällen auch gegeben. Dann ist eben mit Annahme der EntschlieÙung auch die Ablehnung beschlossen. Ihr müsst aber selber für Euch entscheiden, ob es eine Positiv- oder Negativ-Erledigung ist. Wir wissen aus der inhaltlichen Kenntnis: Beim allergrößten Teil der Anträge bedeutet eine solche Empfehlung, dass der Inhalt voll oder zum größten Teil in die EntschlieÙung eingegangen ist.

Das bedeutet letztendlich: Wenn wir die EntschlieÙung beschlossen haben, sind wir gleich auf der Seite 2 der Aufrufliste.

Die nächste Anmerkung, die ich machen möchte, ist ganz einfach: Die ABK hatte einen Grundsatz. Wenn wir Anträge wegen irgendeiner Kleinigkeit bei der Formulierung nicht zur Annahme empfehlen konnten, haben wir versucht, diese Kleinigkeit zu korrigieren, damit der sinnvolle Inhalt als Antrag angenommen werden kann. Man fährt ja mit einem schöneren Gefühl nach Hause, wenn ein Antrag angenommen worden ist, als wenn aus formellen Gründen Ablehnung oder Annahme als Material entschieden wurde.

Ihr werdet also von uns eine ganze Reihe Anträge finden, bei denen wir Annahme in geänderter Fassung empfehlen. Wir haben uns in allen Fällen Mühe gegeben, dabei keinen Antragsinhalt zu verfälschen, sondern lediglich den Antrag so zu formulieren, dass er annahmefähig wird. Zum Teil werden wir auch bei Vorstandsanträgen, EntschlieÙungen und Leitanträgen Annahme in geänderter Fassung empfehlen, wenn wir Kleinigkeiten aufgenommen haben, weil Anträge von Euch vorlagen und wir der Meinung waren: Vielleicht bekommen wir es hin, dass der gesamte Kongress dem Antrag in dieser von uns geänderten Fassung zustimmen kann.

Wir haben zu jedem Antrag einen langen Redetext vorbereitet und sind inhaltlich blendend vorbereitet. Würden wir alles, was wir vortragen könnten, auch tatsächlich vortragen, wäret Ihr nächste Woche Freitag noch da. (Zuruf: Ja!) Das finanziert der Kassierer wohl nicht.

Deshalb haben wir uns entschieden, nur ganz kurz etwas zu einem Antrag zu sagen, wenn die Empfehlung Annahme oder Annahme als Material zur EntschlieÙung ist. Ihr habt die Anträge gelesen, Ihr wisst, was Ihr beschlieÙt. Deshalb sagen wir gar nicht viel dazu.

Wenn sich ein Delegierter meldet, kann der am besten etwas zu seinem Antrag sagen. Dann wird die Zeit am besten genutzt. Wir werden uns optimal zurückhalten. Wenn allerdings Nachfragen oder Kontroversen aufkommen, werden wir Euch die kompletten Inhalte, auf die wir uns vorbereitet haben, preisgeben. Aber das müsst Ihr dann schon provozieren.

Das Ganze dient nicht dazu, irgendwie nur schneller durchzukommen. Sinn und Zweck ist, dass wir weniger reden und Ihr als Delegierte dann mehr Chancen habt, tatsächlich etwas zu Euren Anträgen zu sagen.

Ich habe noch zwei Bemerkungen. Ihr habt am Beitrag von Kanzlerin Merkel gemerkt: Wir werden als IG Metall in hohem Maße ernst genommen. Wir sind eine einflussreiche, respektierte Organisation in der Bundesrepublik. Wir haben viele Weichenstellungen für die Entwicklung des Sozial- und Rechtsstaates auf den Weg gebracht.

Das beinhaltet für uns als Delegierte, dass wir ernsthaft mit unseren eigenen Anträgen umgehen; denn nur wer sich selbst ernst nimmt, wird auch ernst genommen. Das sollte unsere Verhandlungen in den nächsten Tagen prägen.

Jedem Antrag, jedem Anliegen, das in einem Antrag enthalten ist, hat mindestens eine Delegiertenversammlung zugestimmt. Jedes Anliegen war es den Kolleginnen

und Kollegen in einer Delegiertenversammlung wert, es in einen Antrag aufzunehmen. Deshalb verdient auch jeder Redebeitrag einer Kollegin oder eines Kollegen Euren Respekt, auch wenn Euch das Thema selbst nicht interessiert, wenn Ihr müde, erschlagen oder sonst was seid. Zeigt Respekt und hört den Kolleginnen und Kollegen zu. Mit dieser Ernsthaftigkeit sollten wir mit unseren Anträgen umgehen. (Beifall)

Damit Ihr auch wisst, welche Aufgabe Ihr habt, zitiere ich noch einmal aus der Satzung: „Höchstes Organ der IG Metall ist der Gewerkschaftstag. Der Gewerkschaftstag ist beschlussfähig. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.“ Paragraf 18 Ziffer 3 b) sagt: „Der Vorstand hat die Beschlüsse des Gewerkschaftstages durchzuführen.“ Das ist also die Arbeitsteilung in den nächsten Tagen.

Letzte Bemerkung: Wir haben Entschließungen, und wir haben Leitanträge. Beides sind Vorstandsanträge, wie ich bereits gesagt habe. In den Entschließungen haben wir gebündelt unsere Grundsatzpositionen, unsere strategischen Positionen, also das, was man zum Selbstverständnis der IG Metall sagen muss. In den Leitanträgen haben wir gebündelt die Handlungs- und Aktionsschwerpunkte für die nächsten vier Jahre bis zum nächsten Gewerkschaftstag.

Diese Doppelung von Grundsatzbeschlüssen und Aktionsprogramm ist eine der besten Traditionen der IG Metall, die wir seit den Fünfzigerjahren so durchziehen. Das heißt ganz einfach: Wir wollen die Welt zugunsten der Arbeitnehmer und ihrer sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und demokratischen Mitbestimmungsrechte ändern. Wir kritisieren nicht nur, wir stellen nicht nur Forderungen an Gott und die Welt, sondern wir wollen das, was wir beschließen, auch durchsetzen. Deshalb haben wir diese Aktionsschwerpunkte in den Leitanträgen gebündelt. Das ist unsere Aufgabe.

Damit bin ich fertig, und wir können mit den Beratungen beginnen. - Ich danke Euch für die kurze Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Witich, ich danke Dir. - Zuerst möchte Uwe Schütz von der Antragsberatungskommission einige einführende Worte zum Thema Gesellschaftspolitik im Allgemeinen machen, also zu dem gesamten Block, der jetzt auf uns zukommt.

Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uwe Schütz, mein Name ist schon gesagt worden. Meine Verwaltungsstelle ist Neustadt an der Weinstraße im Bezirk Mitte. (Beifall)

Wir beginnen direkt mit einem Ergänzungsantrag zur EntschlieÙung. Wundert Euch also nicht, wenn wir es beim ersten Mal ganz langsam machen. Wenn wir das jetzt ganz langsam machen und uns darauf konzentrieren, können wir es beim nächsten Mal, wenn wieder so ein Fall auftaucht, ganz schnell machen.

Aber - wie Karola sagte - zuerst einmal der Blick auf unsere jetzt zu Beginn der Beratung anstehende EntschlieÙung 1:

Die EntschlieÙung 1 liegt in meiner Zuständigkeit. Wir haben eine Arbeitsteilung vereinbart, und alle Mitglieder der Antragsberatungskommission, die am Anfang einer EntschlieÙung oder eines Leitanspruchs sprechen, werden hier kurz einführen. Ich darf also den Auftakt machen; darüber freue ich mich besonders.

Wenige Worte dazu, bevor wir dann den Ergänzungsantrag, der Euch bereits vorliegt, in Augenschein nehmen: Die Kanzlerin hat es heute schon gesagt - ich hatte es vorher aufgeschrieben -: Gute Arbeit - Gutes Leben - IG Metall.

Die EntschlieÙung 1 ist „Gesellschaftspolitik“. Ich war als Mitglied der IG Metall zu jeder Zeit - und bin es auch heute noch - stolz darauf, dass wir uns nicht als Tarifmaschine verstehen, sondern auch für ein Gutes Leben eintreten. Und das ist der Kern dieser Themen, die jetzt anstehen, nämlich die Gesellschaftspolitik. Das nimmt bei uns eine zentrale, nicht untergeordnete, nicht kleine, sondern eine ebenbürtige Rolle neben der Welt der Arbeit ein.

In der EntschlieÙung werden wir - ausgehend von der Wirtschafts-, Finanz- und Industriepolitik - die Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Handlungsbedarfe von einer ganzen Reihe von Sachgebieten anschauen. Dazu gehören die Sozialpolitik, die Bildungspolitik, die Europapolitik, globale Handlungsfelder der IG Metall, aber auch solche Themen wie gleiche Rechte und Chancen, der Kampf gegen Rechtsextremismus und die Friedenspolitik.

Unsere Erfolge in diesen Handlungsfeldern möchte ich kurz in Erinnerung rufen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Vor vier Jahren, beim 22. Ordentlichen Gewerkschaftstag, haben wir beschlossen, gegen die Rentenpolitik anzugehen, Verbesserungen bei der Rentenpolitik durchzusetzen, und wir haben beschlossen, für einen Mindestlohn einzutreten.

In der Rentenpolitik haben wir mit der Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren einen großen Erfolg erzielt, und der Mindestlohn ist inzwischen Gesetz. Das ist die IG Metall, wenn sie Entscheidungen trifft! Das ist die IG Metall, wenn sie handelt! Wir machen das auch, wir setzen das durch.

Genau in diesem Sinne wollen wir uns nun der EntschlieÙung 1 zuwenden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt könnten wir in die Beratung des Ergänzungsantrags zu E1 einsteigen und über diesen Ergänzungsantrag abstimmen. - Das rufe ich zum Präsidium, zu Karola, herüber.

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Das machen wir doch gerne. - Ich rufe den Ergänzungsantrag E1.001-EA 1 auf; das ist der Ergänzungsantrag, den Ihr auf Euren Tischen gefunden habt, der blaue Antrag zum Thema „Für eine aktive Friedenspolitik“.

Uwe, Du wirst sicherlich etwas dazu sagen.

Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission

Das werde ich gerne machen. Wir haben dem Antrag mit dem Titel „Für eine aktive Friedenspolitik“ die Beschlussempfehlung Annahme in geänderter Fassung gegeben.

Das Antragsbegehren wünscht die Aufnahme von Gründen und Ursachen für Armut und internationale Konflikte - weiter, als sie in der EntschlieÙung 1 bereits enthalten sind.

Wir haben allerdings eine Änderung vorzuschlagen: Wir möchten im letzten Abschnitt den Satz „Diese Finanzwetten auf den Preis von Agrarstoffen führen zu steigenden Preisen und damit zu Hunger in der Welt“ streichen. Denn wenn der Satz da alleine steht, ist er unseres Erachtens nach nicht in der Lage, die ganzen Auswirkungen dieser Finanzmarktspekulationen auf Lebensmittel tatsächlich zu erfassen. Fokussiert auf einen Punkt und durch die Streichung - so haben wir gesagt - führt das weiter.

Mit dieser Änderung empfehlen wir den Ergänzungsantrag zur Erschließung 1 somit zur Annahme.

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Uwe. - Wir haben dazu eine Wortmeldung: Adrian Wiemer, Verwaltungsstelle Aachen, Bezirk NRW, mit der Delegiertennummer 067.

Da Ihr gesehen habt, wie wir eben hektisch sortiert haben, frage ich vorsichtshalber am Anfang: Hat sich sonst noch jemand zu dem Ergänzungsantrag gemeldet? Uns

liegt im Moment nichts vor. - Ich sehe auch keine Hand oben. Dann ist Adrian der Einzige, der jetzt zu dem Antrag spricht.

Adrian Wiemer, 067

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Ihr seht, habe ich diesen Ergänzungsantrag verfasst.

Die Finanzkrise 2008 hat uns gezeigt, zu welchen Auswüchsen die Deregulierungen seit Anfang der Achtzigerjahre geführt haben. Mit unerträglicher Skrupellosigkeit werden dort mit Kasinomethoden Milliardenbeträge vernichtet, Preise werden nicht mehr durch reales Angebot und Nachfrage gebildet, sondern allein durch die Zockerei der Finanzmarktspekulanten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als wenn das nicht schon schlimm genug wäre, wird auch vor der Spekulation auf Nahrungsmittelpreise nicht Halt gemacht, mit der Konsequenz, dass Millionen von Menschen auf unserem Planeten nicht genug zum Essen haben und hungern müssen.

Ich finde es unerträglich, wie hier die hässliche Fratze der Profitmaximierung unter dem Motto „koste es, was es wolle“ zum Vorschein tritt. Dem müssen wir ein Ende setzen.

Das tun wir eindrucksvoll, indem in der Erschließung 1 ergänzt wird, dass auf Nahrungsmittel nicht mehr spekuliert werden darf, dass wir diese Spekulationen einfach verbieten. Denn wir wissen: Das Elementarste im Leben der Menschen sind das Essen und das Trinken. Wer das in Frage stellt, der muss den entschiedenen Widerstand der IG Metall spüren.

Ich bitte Euch, diesem Ergänzungsantrag zuzustimmen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Adrian, für Deine ergänzenden Worte. Ich gehe davon aus, dass Uwe nicht noch einmal dazu etwas sagen möchte. - Doch, er möchte.

Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission

Nur das eine: die Zustimmung bitte mit der Ergänzung, wie von uns, von der Antragsberatungskommission, vorgeschlagen.

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Wie Ihr gehört habt: Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme in geänderter Fassung, wie eben von Uwe beschrieben. Wer möchte dieser Empfehlung folgen? - Danke schön. Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Da sehe ich auch keine. Damit habt Ihr einstimmig beschlossen, die EntschlieÙung 1 entsprechend zu ändern. (Zuruf) - Nein, sie haben mit dem Ergänzungsantrag die EntschlieÙung im Wortlaut geändert.

Jetzt rufe ich die EntschlieÙung E1.001 mit den bei Euch aufgeführten Anträgen auf - ich muss jetzt tatsächlich alle einzeln vorlesen; denn das ist wichtig -, und zwar mit den Anträgen 1.034, 1.042, 1.043, 1.044, 1.045, 1.049, 1.051, 1.053, 1.061, 1.062, 1.087, 1.088, 1.089, 1.090, 1.133. und 1.134. - Uwe, Du hast das Wort.

Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir empfehlen die EntschlieÙung 1 und die damit aufgerufenen Anträge zur Annahme.

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Entschuldige, Uwe! Ich habe gerade hier zugehört, aber habe nicht Dir zugehört. (Heiterkeit)

Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission

Dann wiederhole ich es noch einmal: Wir empfehlen die EntschlieÙung 1, Gesellschaftspolitik, in der Form, wie durch den Ergänzungsantrag verändert, zur Annahme.

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Danke, Uwe. - Wir haben zu dieser EntschlieÙung einige Wortmeldungen. Als Erster hat das Wort Uwe Fritsch aus der Verwaltungsstelle Braunschweig, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt mit der Delegiertennummer 226. Ihm folgt Hartwig Erb.

Uwe Fritsch, 226

Kolleginnen und Kollegen, ich beziehe mich in der EntschlieÙung E1 auf den Abschnitt 5.1: „Global agierendes Kapital braucht grenzüberschreitende gewerkschaftliche Gegenmacht“.

Ich bin seit 33 Jahren bei Volkswagen in Braunschweig. Meine Kolleginnen und Kollegen haben mich zum Betriebsratsvorsitzenden und in den Aufsichtsrat von Volkswagen gewählt.

Wir hatten in der letzten Woche in Früh-, Spät- und Nachtschicht Vertrauensleuteinformation. Ihr könnt Euch sicherlich vorstellen, wie die Stimmung dort war. Die Vertrauensleute vertreten über 8.800 Beschäftigte bei Volkswagen in Braunschweig. Davon sind 1.000 in Projekten der hundertprozentigen Tochtergesellschaft AutoVision und 450 in der hundertprozentigen Zeitarbeitsfirma von Volkswagen AutoVision Zeitarbeit.

Wir haben einen Organisationsgrad von weit über 90 Prozent. Das gilt auch für die AutoVision-Projekte und für die Kolleginnen und Kollegen in der AutoVision Zeitarbeit.

Sie alle machen sich Sorgen um ihre Arbeitsplätze. Das, was ich überhaupt nicht verstehe, sind die tollen Ratschläge solcher Experten wie Professor Rieble oder Professor Dudenhöffer, die eigentlich aussagen - wenn man es auf den Kern bringt -, dass am Abgasskandal eigentlich nur die Mitbestimmung, der starke Betriebsrat, der hohe Organisationsgrad der IG Metall und am Ende auch noch das VW-Gesetz schuld sein sollen. Deshalb, weil man ja so einen Skandal nicht wiederholen darf, muss das alles weg.

Und wir fragen uns: Warum? - Ist doch das VW-Gesetz dafür zuständig, dass es heute noch den Standort Brüssel von Audi gibt und dass es heute noch das VW-Werk in Südafrika gibt, weil eben nur mit Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat entschieden werden kann, ob ein Werk geschlossen oder neu eröffnet werden kann. (Vereinzelt Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir müssten den 5.1 eigentlich ergänzen. Die Kolleginnen und Kollegen in Bochum brauchten eigentlich ein Opel-Gesetz und ein Nokia-Gesetz, und die Kolleginnen und Kollegen in Stuttgart-Sindelfingen oder auch woanders brauchten ein Daimler-Benz-Gesetz oder ein BMW-Gesetz. Wir brauchen mehr statt weniger Mitbestimmung, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Mit diesem großen Organisationsgrad und mit diesem VW-Gesetz im Rücken ist es uns gelungen, länder- und grenzüberschreitend die Mitbestimmung zu ergänzen und zu erweitern. Es geht um die Charta der Arbeitsbeziehungen, dass - egal, wo - an 120 Standorten weltweit, bei über 600.000 beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, es möglich ist, es richtig ist und es notwendig ist, Interessenvertretung zu

betreiben, dass Gewerkschaften in die Betriebe gehören und Betriebsräte oder auch Vertretungen der Belegschaften.

Ebenso wichtig war für uns die Charta der Leiharbeit. So gelten gleiche Bedingungen für Leiharbeit in allen 120 Betrieben, die zum Volkswagen-Konzern gehören. Das heißt, wir haben auch die Begrenzung der Leiharbeit durchsetzen können.

Das alles soll geschliffen werden.

Erst kürzlich - am Rande der Weltkonzern-Betriebsratssitzung - haben wir die Charta der Berufsausbildung unterschrieben. Das heißt, wir brauchen weltweit die duale Ausbildung, wir brauchen in Zukunft an allen Standorten gleiche Bedingungen für Qualifizierung, nicht nur der jungen Kolleginnen und Kollegen, sondern auch der älteren Kolleginnen und Kollegen, und auch für die Erweiterung der Qualifizierungsmöglichkeiten für ein sogenanntes lebenslanges Lernen. (Vereinzelt Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen mehr statt weniger Mitbestimmung, aber ich sage das auch in Erfahrung der Vier-Tage-Woche: Wir haben 1994 Arbeitsplätze sichern können und müssen durch die radikale Verkürzung der Arbeitszeit auf vier Tage in der Woche oder auf 28,8 Stunden. Eine der bittersten Niederlagen war, dass wir 2006 zurück mussten auf 33, 34 oder 35 Stunden.

Kolleginnen und Kollegen, worum ich Euch in der Antragsberatung E 1 und mit der Entscheidung der E 1 auch mit dem Abschnitt 5.1 bitte, ist: Lasst uns bei Volkswagen nicht allein mit der Charta der Arbeitsbeziehungen, lasst uns nicht allein mit der Charta der Leiharbeit. Wir brauchen das für viel mehr Betriebe - europaweit und weltweit. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, vielleicht zum Abschluss und weil wir in Frankfurt sind und weil das fast 125 Jahre her ist, dass unsere IG Metall gegründet worden ist: Mir reden zu viele von der anderen Seite von einem Kulturwandel, und sie meinen natürlich in erster Linie das Thema Mitbestimmung. Aber der Skandal oder die Verfehlung - oder wie man es immer nennen will - hat nicht nur etwas mit Kultur zu tun. Es ist ein Grundgesetz, das Streben in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu Maximalprofit, und vielleicht ist es auch nach 125 Jahren gestattet, Karl Marx am Rande des Gewerkschaftstages der IG Metall zu zitieren, dass es bei 300 Prozent Profit, bei der Aussicht auf 300 Prozent Profit, kein Verbrechen gibt, das es nicht riskiert, selbst bei Strafe des eigenen Untergangs. Am Ende ist es aber nur so, dass meist die Arbeitsplätze untergehen, und das müssen wir vermeiden. - Danke, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Vielen Dank, Uwe. - Jetzt hat Hartwig Erb, Verwaltungsstelle Wolfsburg, Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, mit der Teilnehmernummer 3/038 das Wort.

Hartwig Erb, 3/038

Vielen Dank. Ich wollte unter der Entschließung E 1 noch einmal ein paar Dinge in der Frage von Industrie- und Regionalpolitik aus unserer Sicht verdeutlichen. Jörg hat in seiner Rede heute Morgen noch einmal - was ich sehr geschätzt habe - darauf hingedeutet, welchen Einfluss Industrie 4.0 beziehungsweise Digitalisierung eventuell auf die Arbeitswelt und dann auch auf die Produkte nehmen.

Ich glaube, wir müssen unter dem Thema Gesellschaftspolitik auch viel stärker noch einmal beachten und diskutieren, dass unter der Frage Digitalisierung Produkte einen starken Einfluss haben werden auf unsere Stadtgesellschaften, auf unsere Gesellschaft in einer strukturellen Veränderung der Lebensbedingungen, weil auch Produkte wie das Auto, das durchdigitalisiert wird, überhaupt keinen Sinn haben würden, wenn man nicht die Infrastruktur vollständig veränderte.

Ich sage das noch einmal so deutlich, um zu erklären, wie wichtig für uns auch die Frage der Regional- und Strukturpolitik wird. Wir sollten es nicht der Wirtschaft und der Politik überlassen, in der Frage Strukturpolitik letztlich allein zu handeln, so, wie wir das zurzeit erleben, dass über Hundert-Prozent-Töchter oder Fünfzig-Prozent-Töchter der Industrie - wie in Wolfsburg von Volkswagen - und der Stadt nicht nur geregelt wird, was in der Infrastruktur gestaltet wird, sondern auch, wo es gestaltet wird. Denn ich glaube, es wird unser Leben stark beeinflussen.

Meine Aufforderung ist ganz einfach, in der Frage Regional- und Industriepolitik als IG Metall viel stärker einzusteigen, mitzugestalten, aufzuklären und dafür zu sorgen, dass unsere Gesellschaft auch nur das bekommt, was sie haben möchte, und dass nicht die Industrie über ihre Produkte bestimmt, was in der Strukturpolitik über Steuergelder beziehungsweise über kommunale Gelder für Infrastruktur ausgegeben wird, damit die Produkte der Industrie sich gut verkaufen lassen.

Ich will das hier so deutlich sagen, damit hier nicht etwas zuungunsten der Gestaltung von Schulen und Kindergärten, also der frühkindlichen Bildung, der Bildung und vielem mehr geschieht - das betrifft auch die Frage der Mobilität außerhalb von Individualverkehr -, sondern dass wir uns mit einbringen, damit wirklich auch das passiert, wofür wir schon lange streiten: sozialer Wohnungsbau und gesellschaftsgerechte Gestaltung unserer Städte. - Vielen Dank. (Vereinzelt Beifall)

Birgit von Garrel, Sprecherin des Präsidiums

Danke auch Dir, Hartwig. - Jetzt hat das Wort Adrian Wiemer, Verwaltungsstelle Aachen, Bezirk NRW, mit der Delegiertenummer 067. Dann liegen mir keine weiteren Wortmeldungen zur Entschließung 1 mehr vor und auch keine zu all den mit aufgerufenen Anträgen.

Adrian Wiemer, 067

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte einige Bemerkungen zur Europapolitik machen. Europa - genauer gesagt: die Europäische Union - befindet sich in einer tiefen Krise, einer Krise, die getrieben ist von einer im Ansatz falschen Politik, einer Politik, die die Ursachen der Krise nicht erkennt und Lösungen hervorbringt, die die Situation weiter verschlimmern.

Dass der Ansatz fundamental falsch ist, lässt sich beispielhaft an einer Äußerung der Bundeskanzlerin festmachen, die unsere parlamentarische Demokratie als eine marktconforme Demokratie bezeichnete. Diese Handschrift des marktconformen Handelns ist Leitlinie der Euro-Rettungspolitik, einer Politik, die nur darauf ausgelegt ist, dass die abhängig Beschäftigten in Europa die Zeche zu zahlen haben für Fehler, die sie nicht zu verantworten haben; einer Politik, die Europa spaltet, anstatt es zu vereinen. Dass diese Politik auch noch von Deutschland ausgeht, zeugt davon, dass die Bundesregierung aus der Vergangenheit nicht viel gelernt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schlage die Kerbe noch etwas tiefer. Herbert Wehner sagte einmal zum Ziehvater der Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem damaligen Koalitionsführer Helmut Kohl, im Bundestag - ich maße mir nicht an, Herbert Wehner richtig wiedergeben zu können, aber ich werde es versuchen -: Ich gehöre nicht zu denen, die die Bundesrepublik ruinieren wollen. Ich hoffe, Sie machen noch halt, Herr Kohl, ehe Sie unwissentlich vieles dazu tun, dass sie ruiniert wird.

Ich gebe der Bundeskanzlerin mit auf den Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir, die IG Metall, gehören nicht zu denen, die Europa ruinieren wollen. Wir hoffen, Sie machen noch halt, Frau Merkel, ehe Sie unwissentlich oder bewusst vieles dazu tun, dass Europa ruiniert wird.

Diese Absicht wird sichtbar an der Tatsache, dass Menschen in Perspektivlosigkeit und Verzweiflung getrieben werden und dabei der soziale Frieden aufs Spiel gesetzt wird. Wer den sozialen Frieden aufs Spiel setzt, der treibt einen großen Keil in die europäische Einigung und legt den Nährboden für das Erstarken extremistischer Kräfte.

Dass der soziale Frieden in Europa auf dem Spiel steht, lässt sich insbesondere an der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa ableiten. Wenn die Lebensperspektive ganzer Generationen mit Füßen getreten wird, steht nicht nur der soziale Frieden auf dem Spiel, Kolleginnen und Kollegen, sondern die Demokratie als Ganzes droht an Akzeptanz zu verlieren. Das ist etwas, was eigentlich mit der europäischen Einigung für immer der Vergangenheit angehören sollte.

Aus dieser Analyse ergibt sich ein dringender Handlungsbedarf für uns als IG Metall und Gewerkschaft und als kollektive Interessenvertretung. Wir müssen mit aller Entschiedenheit für ein solidarisches Europa in den nächsten vier Jahren und darüber hinaus kämpfen. Die IG Metall wird, wie in der Entschließung 001 skizziert, Maßnahmen ergreifen, diese Krise zusammen mit ihren europäischen Partnergewerkschaften zu bekämpfen, denn wir können das politische Feld nicht allein den politischen Akteuren überlassen. Wir müssen mit allen Kolleginnen und Kollegen zusammen wirksame Konzepte gegen die Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation in Europa entwickeln.

Unsere politischen Entscheidungen als Gewerkschaft müssen immer auch europäisch gedacht werden. Die europäischen Gewerkschaften müssen sich gemeinsam Gedanken machen, wie europaweite Mechanismen zur Stärkung der Interessen aller abhängig Beschäftigten implementiert werden können. Dabei muss es auf lange Frist eine gemeinsam abgestimmte Lohnpolitik geben, die allen Menschen in Europa ein sicheres und geregeltes Einkommen gewährt.

Eine gemeinsame Sozialversicherungspolitik ist in der Zukunft unabdingbar. Ich finde, es lohnt sich, auch über die Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung nachzudenken.

Ja, wir müssen uns auch überlegen, wie alle Menschen in Europa die Chance bekommen, Demokratie in Unternehmen in Form von Mitbestimmung zu erleben. Wir brauchen ein Europa mit einem Markt, der demokratiekonform ist, und nicht eine Demokratie, die marktkonform ist. Wir brauchen einen Markt, der allen Menschen dient und nicht ein paar wenigen. Wir brauchen also im Grunde genommen ein Europa, in dem der soziale Frieden gelebt und wertgeschätzt wird.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin optimistisch, dass wir das schaffen, denn ich war letzte Woche in Berlin. Ich war beeindruckt, wie viele Menschen wir für einen gerechten Handel in Europa und auf der ganzen Welt auf die Straße bekommen haben. Wir haben der Politik deutlich gemacht: Wer unsere Interessen nicht berücksichtigt, bekommt die Antwort auf der Straße. Ich rate der Politik, diese Antwort ernst zu nehmen und nicht weiter gegen demokratische Prinzipien in Hinterzimmern faule Deals auszuhandeln.

Die Herausforderungen bleiben für uns also gewaltig. Arbeiten wir die nächsten vier Jahre für unsere Interessen und dafür, dass Europa nicht scheitert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen wir ein Zeichen für Europa, stimmen wir der Entschlie-ßung 1 mit überwältigender Mehrheit zu. - Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Hoch die internationale Solidarität! (Beifall)

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Danke Dir, Adrian. - Uwe hat Zeichen gegeben, dass er noch etwas sagen möchte.

Uwe Schütz, Sprecher der Antragsberatungskommission

Ich wiederhole lediglich die Beschlussempfehlung: Wir empfehlen E1 zur Annahme, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Karola Pieschnik, Sprecherin des Präsidiums

Ihr habt die Empfehlung gehört. Die Antragsberatungskommission empfiehlt An-nahme. Durch die Entschlie-ßung sind die Anträge, die aufgeführt sind, erledigt. Wer von Euch dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltung? - Bei ganz wenigen Enthaltungen und kei-ner Gegenstimme wurde Eurer Empfehlung gefolgt. Die Entschlie-ßung ist in der ge-änderten Fassung angenommen.

Kolleginnen und Kollegen, ich hätte jetzt vorgeschlagen, dass wir vier Minuten vor der angestrebten Zeit Feierabend machen. (Beifall) - Ich habe gesagt: ich hätte.

Ich wünsche Euch einen ganz tollen Verwaltungsstellenabend. Wir sehen uns wie-der morgen früh um 9 Uhr.

Damit ist der Gewerkschaftstag unterbrochen.

Ende des 3. Kongresstages: 17.56 Uhr